

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 9. September 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:
Monatlich 1.00 M., vierteljährlich 3.00 M., halbjährlich 6.00 M., jährlich 12.00 M. (Postgebühren eingeschlossen).
Einzeln 5 Pf. (Sonntagsausgabe 10 Pf.).
Abonnement: 1.10 Mark pro Monat.
Eingetragen in die Post-Zustellungsliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Interfons-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Kolonne ober deren Raum 60 Pfg. für politische und gesellschaftliche Berichte und Besprechungen 30 Pfg., „Kleine Anzeigen“, das erste (stillegedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg., Stellenangebote und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg., Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte.
Inserate für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.
Telegraphen-Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“.

Quittung.

Im Monat August gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

München, Beitrag des Wahlkreises 50.—, Groß-Berlin a Konto seiner acht Wahlkreise 15 000.— (darunter Bezirk 548 0,50, Sechster Klasse Georg Bauer 6.—, Mitglieder der Union-Druckerei 14,90, Alt 18.—, A. Bieg, Warschauerstr. 61 10.—, Sitwagen 3,00, Bierprozent W. B., Franzfurter Allee 60.—, von den Argus-Rotoren 10.—, Monatsbeitrag Rastke 10.—, für Unkosten des Parteitag von den Drehern d. Firma Wolzani d. Helmung 10.—, A. V. Fischer 1.—, von den Konfektionswebern und Heimarbeitern der Firma Baer Sohn für Unkosten des Parteitag 10.—, Carl Berger 1.—, Kranzüberhöhung der Bezirke 723 und 723a 13,35, Kranzüberhöhung von Löfche 8.—, von Karl Döbling durch Vogel 10.—, Laub Bezirk 650a 10.—, Deibis 2.—, Laub Bezirk 650a 10.—, amerik. Auktion bei der Partei des 679. Bezirkes 4,35, für Agitation D. R. 50.—, Ueberhöhung der Sechserklassen der Pa. Spengler 8.—, Ueberhöhung der Rührer der Müllwischer der Wirtschaftsgenossenschaft 15.—, Herrenpartei des 652. Bez., amerikan. Auktion durch W. zum Parteitag 8,20, gef. v. Personal der Buchdruckerei Gebr. Herrmann zum Parteitag 8,50, Hilfsarbeiter der „Vorwärts“-Verl. 5.—, Berlin, diverse Beiträge: Kranzüberhöhung v. d. Arbeitnehmern der Brauerei Germania 2.—, Gesangsverein „Freiheitskämpfer“, Restaurant Weihnacht, Grünstraße 21 20.—, Landpartei-Ueberhöhung der Firma R. R. 3.—, Dr. R. R. 25.—, C. H. 1.—, Personal der Buchdruckerei Vorwärts, Abt. Buchbinderei 48.—, von den Koll. der Firma W. u. Genest, Abt. Schulz 8.—, Feidler 6.—, Ueberhöhung v. Kranzgeb. der Koll. v. Selas 4,65, „Abt.“ 3.—, Zurückgehaltene Diäten 50,50, Madetes, Juni-Juli 10.—, Die Kontobuchhalter vom Wedding 5.—, Gutenberg 30,20, Dr. L. A. 100.—, W. S. 50.—, A. V. 50.—, Bonn-Rheinbach, Beitrag des Wahlkreises 20.—, Vererbung, 2. anhalt. Wahlkr. 184,68, Weich, Sanatorium 20.—, Wachsung, 11. würt. Wahlkr. 35,05, Dresdener Agit.-Bez. Wahlkreise: Wreslau-Land-Remarkt 229,78; Eigenitz-Goldberg 82,19; Wrieg-Ramslau 37,68; Orlau-Rimptsch 29,40; Neustadt (Ober-Sachsen) 9,08; Reize 13,06, Summa 401,17, Wöblingen, sozialdemokr. Kreisver. d. 4. würtemb. Wahlkr. 194,12, Bremerhaven u. 19. hannov. Wahlkr. 932,76, Bremen, Beitrag für Juli-August 1900.—, Braunschweig, Ortsbeitrag der drei braunschweig. Wahlkreise 1000.—, Bern 50.—, Vorna, Beitrag des 14. sächs. Wahlkreises 300.—, Chemnitz, J. C. —, 50.—, Coblenz-St. Goar, Wahlkreisbeitrag 25.—, Goltz, 7. würtemb. Wahlkreis 184,78, Chemnitz, 16. sächs. Wahlkreis 3000.—, „Eichwege“ 4,20, Falkenberg (Ober-Schl.) 3.—, Hannau-Gelndhausen-Orb. Wahlkreisbeitrag 500.—, Herford-Halle, Wahlkreisbeitrag 258,40, Hofe u. Saalfeld, sozialdem. Ver. 1. Rate 500.—, Kiel, 7. schlesw.-holst. Wahlkr. 2389,92, Köln a. Rh., Reg. B. 20.—, Köpenick, Gabl. 4.—, Lübeck, sozialdemokr. Verein 650.—, Ludwigshafen, Gau Pfalz, a Konto der sechs Pfälzer Wahlkreise 700.—, Ludwigshafen, Rückzahlung des Gau Pfalz auf Landtagswahl-Darlehen 150.—, München, Beiträge der Wahlkreise des Gau Pfalz: Aichach 8,85; Wasserburg 1,68; Weilheim 22,35; Rosenheim 58,40; Traunstein 16,32; Dandoluf 5,73; Straubing 2,82; Passau 8,13; Pfarrkirchen 3,81; Kelheim 2,19; Augsburg 80,94; Dillingen 4,14; Wertingen 12,67; Kaufbeuren 7,52; Immenstadt 27,30; Summa 264,14, Neuwied, Parteibeitrag 8.—, Offenburg, 7. badischer Wahlkr. 49,45, Ober-Schönweide, von einem Ausschussmitglied der Schulz-Beuener, Abt. 4.—, Oldenstedt, Wahlkreis Bolmsriedt-Neuhaldensleben, 3. Quart. 08. 110.—, Posen, sozialdemokr. Verein 17,30, Pöschel, 1. mein. Wahlkr. 27,03; 2. mein. Wahlkr. 183,19, Summa 210,22, Siegen-Wittgenstein, Wahlkreisbeitrag 24.—, Schleifstadt-Barr, Beitrag des Wahlvereins 12.—, Saargemünd-Forbach, sozialdemokratischer Kreisverein 2,80.

Berlin, den 7. September 1908.

Für den Parteivorstand: A. Gerich, Lindenstr. 68.

Wohin der Kurs geht!

(Schluß.)

Koll, der nicht nur ein bewußter, sondern auch ein ehrlicher Revisionist ist, erhebt von neuem die Forderung, daß die ganze Taktik der Partei geändert werden müsse. Diese bisherige Taktik sei weder konsequent reformistisch, noch konsequent revolutionär. Sie erschwere daher die politische Orientierung. Es sei deshalb notwendig, nicht nur die Süddeutschen in der von ihnen eingeschlagenen Taktik gewähren zu lassen, sondern auch in Norddeutschland, in Preußen müsse eine andere Taktik eingeschlagen werden:

„Für grundsätzlich verfehlt halte ich es, eine Wahlrechtsreform als eine Klassenforderung des Proletariats hinzustellen. In Preußen genau so wie in Süddeutschland.“

Dann an einer anderen Stelle:

„Und es muß ein Weg gefunden werden, auf dem Sozialdemokratie und Liberalismus sich zusammensuchen, um dem heutigen politischen Zustand Preußens und damit im Reich ein Ende zu bereiten.“

Diese Waffenbrüderschaft mit dem Liberalismus, — und Koll spricht von „drei Millionen liberaler Wähler“, — rechnet also auch die Rational Liberalen zum bündnisfähigen Liberalismus! — kann nach Koll nur erreicht werden, wenn unsere ganze Agitationsweise geändert wird:

„Gätten wir eine Politik, die statt nur auf das Agitatorische (d. gestimmt zu sein, darauf gerichtet wäre, die Umstände, unter denen wir zu arbeiten gezwungen sind, selbst zu beeinflussen, es wäre schon jetzt manches anders in Preußen und im Reich.“

Also, unsere Agitationsweise muß umgekrempelt werden. Wir dürfen nicht mehr eine sozialistische Analyse an der bürgerlichen Gesellschaft und den bürgerlichen Parteien voll-

ziehen, wir dürfen nicht mehr den Klassencharakter des Staates und der bürgerlichen Parteien betonen, wir dürfen nicht mehr nachweisen, daß es wirtschaftliche Gegensätze sind, welche den politischen Kampf beherrschen, wir dürfen nicht mehr konstatieren, daß der Freisinn sich aus wirtschaftlichen Gründen zu einer Reaktionspartei mauert und mauern muß, wir dürfen nicht mehr aufzeigen, daß nicht nur der Großkapitalismus, sondern auch teilweise das Kleinbürgertum infolge wirtschaftlicher Interessengegensätze ein Gegner nicht nur des Sozialismus, sondern auch der wahrhaften Demokratie ist, sondern wir müssen die liberalen Parteien schonen, ihnen nicht allzu heftig zusetzen, ihre politischen Gauleiten nicht allzu rücksichtslos enthüllen, wir müssen das Proletariat und das Bürgertum mit allgemeinen Lebensarten von der Notwendigkeit und dem Nutzen einer Demokratie einzusehen suchen. Daß das Bürgertum, Kleinbürgertum wie Großbourgeoisie, einen sehr sicheren Instinkt hat, daß es die schönsten Beteuerungen der Sozialdemokratie, sie sei ja gar nicht so schlecht, sondern sie erstrebe nur das Beste auch für bürgerliche Schichten, nicht eher Glauben schenken werden, als bis es sich von der tatsächlichen Unschädlichkeit der Sozialdemokratie überzeugt hat, d. h., bis ihm die Grundlosigkeit und reformistische Verworfenheit in proletarischen Kreisen die Garantie bietet, daß das Proletariat die ihm eingeräumten politischen Rechte nicht in einer Weise „mißbraucht“, die dem Bürgertum und dem heutigen Staat unangenehm werden könnte, bedenken offenbar der Genosse Koll und ihm gleichgesinnte Seelen nicht! Es ist eigentlich unglücklich! Die Sozialliberalen, die paar ehrlichen Elemente des Liberalismus, haben es aufgegeben, tauben Ohren zu predigen und auf eine Umgestaltung des Liberalismus zu einer ehrlich liberalen Partei zu hoffen. Sie haben das Tischchen zwischen sich und den Mugdanesen zerhackt. Und nun predigen sozialdemokratische Führer der Sozialdemokratie, daß sie durch eine Veränderung ihrer Taktik und ihrer Agitation die Waffenbrüderschaft dieses selbst von der ehrlich bürgerlichen Demokratie aufgegebenen Liberalismus erstreben soll!

Nun könnte man entgegnen, daß ja Genosse Koll ein intransigent Revisionist sei und nicht die Meinung weiterer Revisionisten vertritt. Wir werden aber sofort eines besseren belehrt durch einen Artikel des Genossen Gradnauer: „Die Wahlrechtsbewegung“, der zwar nicht so deutlich und entschieden, aber im Grunde doch mit denselben Argumenten der Sozialdemokratie genau dieselben Zumutungen stellt wie Genosse Koll. Genosse Gradnauer spinnt den Faden des Genossen Koll weiter. Er wirft die Frage auf, ob denn die Wahlrechtsbewegung in Preußen, speziell der Wahlkampf in Preußen, die Sozialdemokratie irgendwie gefördert habe. Er beantwortet diese Frage, indem er die preussischen Verhältnisse mit den sächsischen vergleicht. In Sachsen, führt er aus, habe die Sozialdemokratie zwar prozentual eine Stärke erreicht, die sie nicht einmal in Preußen besitze, trotzdem aber sei für die Wahlrechtsreform einwilligen nichts Ernsthaftes zu erhoffen. Wenn aber die in Sachsen erreichte Stimmenzahl noch keineswegs der sozialdemokratischen „Forderung zur Macht“ Geltung verschafft habe, sie vielmehr vor der Macht der Herrschenden habe Halt machen müssen, so sei auch in Preußen ein Erfolg für die Demokratie durch die Wahlerfolge resp. durch das Anschwellen der sozialdemokratischen Stimmen nicht zu erwarten. Nun gäbe es ja als weitere Pressionsmittel, z. B. Straßendemonstrationen, allein auch deren Erfolg dürfe nicht überschätzt werden. Was also sei zu tun, um der Demokratie auch in Preußen zum Siege zu verhelfen? Und nun gibt Genosse Gradnauer genau so wie Genosse Koll das folgende Rezept:

„Die zweite Möglichkeit aber beruht darin, daß wir die Wahlrechtsfrage ernsthaft und beharrlich als Zentralfrage der nächsten Jahre deutschen politischen Lebens betrachten und ihr alles weitere anpassen und unterordnen. Es versteht sich, daß nicht irgend welches Hintansetzen sozialdemokratischer Grundzüge und Ideale in Frage kommt, aber es ist sehr wohl möglich, die Gegensätze, die unter den verschiedenen bürgerlichen Parteien bestehen und hauptsächlich durch die soziale Verschiedenartigkeit innerhalb der Anhängerschaften dieser Parteien tief bedingt sind, zur Förderung der Wahlrechtsfrage auszunutzen. Dabei kann freilich eine bloß gelegentliche Erklärung, daß uns alle aufrichtigen Freunde des allgemeinen, gleichen, geheimen Wahlrechts willkommenes Bundesgenossen seien, noch nicht genügen. Es müßte aus dem gesamten politischen Verhalten, aus jeder Schrift und Rede der Eindruck sich machend den weitesten Volksschichten andrängen, daß wir mit heiligem Ernst nichts anderes wollen als dem Volk das Wahlrecht zu gewinnen. Ohne Zweifel ist solches Arbeiten, bei der neueren Gestaltung der deutschen Parteiverhältnisse, bei den Erfolgen, die Härt Wilow in der einen Art bei dem Freisinn, in der anderen Art bei dem Zentrum errungen hat, äußerst schwierig. Ist doch von den beiden Parteien, die das gleiche Wahlrecht für Bundesstaaten zu wollen behaupten, die eine hochbeglückt, daß die wahlrechtsfeindliche Regierung sie ihres Nichtes würdig, während die andere nur wider den eigenen Willen in die Wüste der Opposition geschickt wurde und auf den Moment erpicht ist, wo sie wieder Regierungspartei sein darf. Andererseits sind jedoch beide Parteien durch unauweiche Rückfichten auf große Teile ihres, der beschaffenen Klasse an-

gehörigen oder nahestehenden Anhangs immer wieder genötigt, in der Wahlrechtsfrage oppositionell aufzutreten. Unsere Aufgabe muß deshalb darin bestehen, daß alles vermieden wird, was die für die Wahlrechtsreform sich erklärenden Parteien zum Zusammenschluß mit den wahlrechtsfeindlichen Parteien drängt; daß ebenso alles vermieden wird, was den bürgerlichen Wahlrechtsparteien es leicht machen könnte trotz Unzuverlässigkeit und Lauheit in der Wahlrechtsfrage ihre Anhängerschaft gegen den Abfall zur Sozialdemokratie zu sichern; daß vielmehr alles getan werden muß, was diese Parteien in Rücksicht auf die Stimmungen ihrer bisherigen Anhängerschaft nötig, in der Wahlrechtsfrage fest zu sein und möglich weit mit uns zu gehen. Wie diese Aufgabe zu erfüllen ist, das kann nicht im einzelnen ausgeführt werden. Das ist nicht eine Frage der politischen Taktik, sondern des politischen Taktik. Politik ist kein Handwerk, Politik ist eine Kunst, die mit Kraftworten und löbenden Artikeln nicht vollbracht wird.“

Also auch Genosse Gradnauer empfiehlt eine Abkehr von unserer bisherigen Kampftaktik. Der Wahlrechtskampf darf nicht dergestalt geführt werden, daß wir das volks- und wahlrechtsfeindliche Verhalten des Bürgertums brandmarken, die ökonomischen Ursachen dieses Verhaltens darlegen und dadurch alle die wirklich demokratischen Elemente, die sich bisher durch die liberalen Phrasen noch täuschen ließen, zu uns herüberziehen, um dergestalt eine Armee von Wahlrechtskämpfern zu schaffen, die dem Bürgertum zunächst vielleicht zwar auch nur gewisse Konzessionen abzutrotzen, im weiteren Verlauf aber die völlige Demokratie zu erringen vermag; sondern dadurch, daß wir das sozialistische Banner zusammenrollen, jede grundsätzliche Auffassung einstellen und das Bürgertum in den Bahn einzulassen versuchen, die Gewährung demokratischer Zugeständnisse sei ja doch gar nichts Sozialdemokratisches, sondern nur eine liberale Forderung und für die bürgerliche Gesellschaft ganz ungefährlich. Das Bürgertum wird der Sozialdemokratie solche rührenden Versicherungen natürlich niemals glauben. Es wird, wie wir schon einmal hervorgehoben, nur dann gutwillig der Sozialdemokratie Zugeständnisse machen, wenn es sich versichert glaubt, daß die Sozialdemokratie wirklich eine harmlose, mit dem bürgerlichen Staat ansöhnte Reformpartei geworden ist. Um ihm aber diese Ueberzeugung beizubringen, müßten wir tatsächlich die Sozialdemokratie in eine bürgerliche Reformpartei umwandeln!

Die Auslassungen dieser drei Verfasser, von denen der letztgenannte keineswegs im Rufe steht, ein besonders entschiedener Revisionist zu sein, beweisen, wohin der Kurs geht, wozu man die sozialdemokratische Partei verleiten will! Und da gilt es, dem Anfang mit geharnischter Hand zu wehren, jeden Versuch, die Partei von den in Dresden abermals festgelegten prinzipiellen und taktischen Grundfragen abzulenken, mit äußerster Energie entgegenzutreten!

Nicht durch Umschmeichelung, nicht durch Anpassung an die bürgerlichen Anschauungen läßt sich der Kapitalismus überwinden, sondern nur durch Gewinnung aller derjenigen Bevölkerungsschichten, deren richtig verstandenes materielles und ideelles Interesse sie auf die Seite der Sozialdemokratie verweist. Diese Schichten, die die große Mehrheit des Volkes bilden, sind aber nur dann für die Sozialdemokratie zu gewinnen, nur dann als unübersteiglicher Sturmbock gegen die Nutznießer der heutigen Gesellschaftsordnung zu gebrauchen, wenn sie grundsätzliche Verheerung über das Wesen des heutigen Staates sowohl wie über alle politischen Aktionen erfahren. Jede Verwässerung und Verschleierung der Klassenkampfpolitik des Proletariats kann nur unseren Gegnern zugute kommen, niemals dem sozialistischen Proletariat selbst!

Es ist also kein Literatengezänk, kein Journalistenstreit, der gegenwärtig verhandelt wird, wie schon wieder gewisse Leute entdekt haben, sondern die ernsteste, die Aufmerksamkeit, das vollste Interesse eines jeden wirklich denkenden Genossen in Anspruch nehmende Auseinandersetzung über die wichtigsten Grundfragen des sozialistischen Befreiungskampfes selbst, um die sich diesmal die Debatte vor und auf dem Nürnberger Parteitag dreht!

Die Erbschaftsteuer.

Die Junfer wollen partout von der Ausdehnung der Erbschaftsteuer auf die Deszendenten und Ehegatten nichts wissen. Die „Deutsche Tageszeitung“ und die „Kreuzzeitung“ weitem fast in jeder Nummer gegen diese Steuer, die angeblich die „Heiligkeit der Familie“ antasten soll. Die „Kreuzzeitung“ ist so boshaft, eine Rede des Führers der Freisinnigen Volkspartei, des Dr. Wiemer, vom 10. Mai 1906 zu zitieren, in der sich Herr Wiemer anfänglich der damaligen Reichsfinanzreform gegen die Besteuerung von Deszendenten und Ehegatten ausspricht! Eine solche Maßnahme, so fährt damals Herr Dr. Wiemer aus, entspreche nicht der deutschen Rechtsauffassung von der Einheit des Familienvermögens. In Todesfällen erleide die Familie ohnehin eine wirtschaftliche Einbuße, zumal wenn der Ernährer der Familie stirbt. Eine Verfestigung durch die Steuerbehörde wiege um so schwerer, als sie in die Trauer um den Verlust eines Angehörigen falle! Außerdem werde gerade bei dem mobilen Kapital ein Teil des Kapitalbesitzes sehr leicht der Steuer entzogen werden können.

Die „Kreuzzeitung“ fügt hinzu, daß man doch eigentlich meinen solle, ein Steuerprojekt, das außer von der Sozialdemo-

Fraktion von keiner Partei ernstlich gewollt werde, müsse wenigstens für absehbare Zeit von der Tagesordnung verschwinden. Die „Kreuzzeitung“ schließt ihre Betrachtungen mit einem Zitat des Regierungsrats Wehmann-Düsseldorf:

„Nehmen wir hiernach vor allem in der Erwägung, daß die Besteuerung der den Ehegatten und Kindern zufallenden Erbschaften eine teilweise Expropriation des Familienbesitzes bedeuten und dem Bestreben des Familienvaters, das Familienvermögen, einen der Grundpfeiler der christlichen Staatsordnung, für seine Kinder zu vermehren, zuwiderlaufen würde, jedwede steuerliche Belastung dieser Erbschaften von Rechts wegen ab, so hoffen wir, daß auch die verbündeten Regierungen konsequent auf ihrem bisherigen Standpunkte verbleiben und sich nicht... dazu bewegen lassen werden, diesen Standpunkt aufzugeben.“

Während so die Konservern von einem Ausbau der Reichserbschaftsteuer absolut nichts wissen wollen, bemüht sich eine Zeitungskorrespondenz, den Junkern klar zu machen, daß der Ausbau der Reichserbschaftsteuer, wie ihn die freisinnigen vorschlagen, ja gar nicht ernstlich gemeint sei, sondern nur ein liberales Schmeichelei darstelle! Denn die Erträge der geplanten Erbschaftsteuer würden so gering angesetzt sein, daß sie lediglich eine Kompensation für die unsozialen Parteien bedeute, um ihnen ihre Stellung zu den zahlreichen rein indirekten Steuern zu erleichtern!

Man sieht, der Freisinn will sich nicht nur mit den indirekten Steuern in Höhe von mehreren hundert Millionen Mark abfinden, sondern er hat nicht einmal die Kurage, wenigstens eine einigermaßen ertragreiche direkte Steuer zu fordern. Die Erbschaftsteuer soll nur ein Schmeichelei sein, das, obwohl es so gut wie nichts bringt, der besitzenden Klasse absolut nicht weh tut, die denkbarste Auspöndelung der Masse durch den konserverativen liberalen Block verschleiern und beschönigen soll!

Die „schwarzen Kabinette“.

Das klassische Land der innerpolitischen Spionage ist und bleibt Rußland. Manche orientalische Länder vermögen in den Formen grausamer Exekutionen Rußland zu Zeiten den Vorrang strittig zu machen, aber in den Künsten geheimnisvoller Raffinementes für den Menschenfang ist die zaristische Regierung unübertroffen.

Eines der vielen „technischen“ Mittel ist das „Schwarze Kabinett“, das unzählige wirkliche und vermeintliche politische Verbrecher ins Verderben gestürzt hat. Das „Schwarze Kabinett“ ist in einem Lande wie Rußland sozusagen die Ergänzung zur Postverwaltung. Das reaktionäre Regiment betrachtet die Post nicht allein als Verkehrsmittel, sondern auch zugleich als Kampfmittel gegen die Revolution. Denn was läßt sich nicht aus Briefen herauslesen, was läßt sich nicht in sie hineinstecken? Das „Schwarze Kabinett“ ist die systematische Aufhebung des Briefgeheimnisses im großen und richtet sich nicht allein gegen einzelne Personen, sondern gleich einem umspannenden Netz gegen die Intellektuellen des ganzen Landes.

Zahrelang hatte man in Rußland von der Existenz der „Schwarzen Kabinette“ gesprochen, aber bis zur letzten Zeit keine Gewißheit darüber bekommen, ob es etwas Reales oder nur ein Schreckgespenst der Revolutionäre sei. Noch vor kurzem hat Sewastjanow, der Chef der Postverwaltung, in einer Erwiderung auf die Rede des oppositionellen Schingarew von der Tribüne der Reichsduma herab feierlich erklärt, daß die „Schwarzen Kabinette“ ein Mythos seien.

Nur kommt aber ein Mann, der selber in der russischen Geheimpolitik gedient hat und dann voll Glets von dieser Beschäftigung sich abgewandt hat, und läßt den Schleier von diesem „Mythos“. Das dieser Mann namens Sakai in der neuesten Nummer der Zeitschrift „Wjosto“ aus eigenen Erlebnissen über die „Schwarzen Kabinette“ unter Angabe zahlreicher Beispiele und einer Reihe von Adressen längerer Kabinetsbeamten berichtet, übersteigt alle Gerüchte. Er läßt uns gewissermaßen die Werkstätten der „Kabinette“ betreten und wir erfahren daraus, daß solche Institutionen ebenso wohl in den großen Städten wie in kleinen Nestern sich befinden. Ein ganzer Stab von Beamten gibt sich mit dieser Kunst ab und bringt es darin zu horrenden Leistungen. An Orten wie Petersburg, Moskau, Warschau, Kiew, Odessa usw. erfüllen diese Beamten, denen die Zensur ausländischer Zeitungen und Journale obliegt, an anderen Orten sind es spezielle Postangestellte, für die an vielen Postämtern besondere Räume zur Verfügung stehen.

Schon seit langem geübt, ist dieses System insbesondere seit 1902 zu besonderer Blüte gelangt, hat dann in den Herbsttagen des Jahres 1903 einen gewissen Stillstand erfahren und ist dann bald wieder aufgenommen worden.

In diese „Schwarzen Kabinette“ wandern nun bereits Jahre hindurch sämtliche Briefe, die aus dem Ausland kommen, und alle diejenigen aus dem Inlande, die aus irgend welchem Grunde verdächtig erscheinen. Da es unmöglich ist, alle Briefe durchzulesen, so sind überall grandiose alphabetische Register jener Adressaten angelegt, deren Briefe einer obligatorischen Zensur unterliegen. Zeitweilig kam es soweit, daß nicht nur die Briefe von Personen, die im Geruch revolutionärer Anschauungen sich befinden, sondern auch solche bekannter Politiker oder, wie Sakai behauptet, selbst von Vertretern fremder Mächte in diesen Kabinetten gelesen und kopiert wurden. Meister Plehwe hatte sogar die Angewohnheit, die Korrespondenz sämtlicher Bureaufürsten, die gegen ihn persönlich Opposition machten, öffnen und sich Kopien anfertigen zu lassen. Nicht wenig erstaunt war darum der ehemalige Chef des Polizeidepartements, Lopuchin, als er nach der Ernennung Plehwe's bei der Sichtung von dessen Papieren auch die Abschrift eines von ihm selbst abgeschickten Privatbriefes vorfand.

Natürlich erfordert ein solcher Mechanismus besondere Hilfsmittel. So gibt es zur Extrahierung der Briefe seine Gänge, die in irgend eine Röhre oder Ecke des Kuberts hineingetan werden und das insliegende Schreiben so zusammenrollen, daß es mit Leichtigkeit hinausgezogen und nach eventueller Vornahme einer Kopie wieder hineingeföhrt werden kann. Der Adressat merkt gewöhnlich nichts, da die Manipulationen auch nicht die Spur irgendwelcher Beschädigungen hinterlassen.

Was übrigens wirklich revolutionäre Briefe anbelangt, so bieten sie den Beamten weit größere Schwierigkeiten. Meist chiffriert, erfordern sie Spezialkünste, die keine Hände scheuen dürfen, um den Inhalt zu entziffern. Ja, es gibt sogar freiwillige Liebhaber solcher kopierbrecherischen Leistungen, die aus Sportbedürfnis zu Virtuosen in dieser Branche werden.

Unendlich ist das Unheil, das die „Schwarzen Kabinette“ angerichtet haben. Sie haben nicht nur ganze Organisationen zertrümmert, sondern oft genug die unschuldigsten Menschen auf die Anklagebank gezerrt. In Zeiten der aufgeregten revolutionären Leidenschaften pflegten jugendliche Elemente in ihren Briefen ihrer Phantasie die Flügel schenken zu lassen und sich zu weltumflügelnden Politikern zu kempeln, aber alle solche an Wankos, Sonjas usw. gerichteten Ergüsse wurden von Spitzeln aufgefangen und als Beweise „staatsgefährlicher Aktionen“ vor die Kriegsgerichte gebracht. Wie viele hatten dann schwere, für das Leben entscheidende Folgen zu tragen! —

Politische Uebersicht.

Berlin, den 8. September 1903.

Die Hoffnung auf die Sozialdemokratie.

Das „Berliner Tageblatt“ schreibt: „Schon am 20. Oktober soll diesmal der neu gewählte preussische Landtag zusammentreten. Ein so früher Beginn der Landtagsverhandlungen ist seit einer Reihe von Jahren nicht mehr dagewesen. Die preussische Regierung hatte sich daran gewöhnt, den Landtag erst kurz vor dem verfassungsmäßig spätesten Termin, Mitte des Januar, einzuberufen. Wenn sie jetzt eine Ausnahme macht, so liegt der Grund in der Reform der Beamtengehälter. Die Regierung kann den Beamten eben die Lust der Gehaltserhöhung nicht gar zu lange vor der Nase herumtaumeln lassen, wenn die Beamten nicht ungemütlich werden sollen. So dürfte aber noch ein anderer Grund bei dieser Beschleunigung der Beamtenreform in Preußen mitsprechen. Mit der preussischen Reform hängt die Reform der Beamtengehälter im Reich eng zusammen. Wird an der preussischen Vorlage geändert, so muß auch die Vorlage der Reichsregierung eine Umgestaltung erfahren. Schon deshalb muß der preussische Landtag vor Weihnachten mit der Beamtenreform fertig werden, da sonst der Reichstag keine Zeit findet, die Gehälter der Reichsbeamten neu zu regeln.“

Diese Rechnung ist an sich verständlich; sie hat aber noch den Haken, daß in der Zwischenzeit die Reform der Reichsfinanzen in die Wege geleitet werden muß, wenn die Beamten überhaupt etwas bekommen sollen.

Man sieht schon an diesem Punkt, daß wieder einmal der preussische Landtag gegen den Reichstag auszuspielen werden soll. Das Abgeordnetenhaus soll als braves Kind vorangehen und dem Reichstag den Weg weisen, auf dem er sich die Anerkennung der preussischen Regierung erringen kann. Es fragt sich nur, ob auch das neue Abgeordnetenhaus so brav ist, wie es das alte war. Man muß immerhin berücksichtigen, daß jetzt im Abgeordnetenhause sieben Sozialdemokraten sitzen. Sie fallen ja für die sachliche Entscheidung nicht ins Gewicht, aber sie verstärken doch die Opposition, und sie dürfen auch nicht jene Rücksichten walten lassen, die von freisinniger Seite nur zu oft den preussischen Reaktionen gegenüber beobachtet worden sind. Auch wenn der Präsident des Abgeordnetenhauses Herr v. Köller (soll natürlich v. Erdöcher heißen) heißt, so ist damit noch nicht gesagt, daß die Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses, die der Minderheit einen weiten Spielraum läßt, außer Kraft gesetzt worden sei. Es kann deshalb auch für die reaktionäre Mehrheit im preussischen Parlament wie für die preussische Regierung manche Ueberlegungen geben, die vielleicht den Siegeslauf der Reaktion nicht verhindern, aber doch verzögern können.

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion im preussischen Unterparlament wird sicherlich nichts verschäumen, um die von einem freisinnigen Blatte in sie gesetzten Hoffnungen, sie werde die politischen Pflichten ausüben, die eigentlich auch einer ernsthaften liberalen Opposition zuzuehen, nachdrücklich zu erfüllen! —

Wilow und der Block!

Die konservernische Presse bemüht sich, durch Drohungen, daß den Konservern am Auseinanderfallen des Blocks gar nichts liege, den Freisinn für die Reichsfinanzreform in agrarischer Sinne fester zu machen. Auf der anderen Seite unterläßt die Zentrums- und die Regierung immer wieder ein Bündnis anzutragen. So hat die „Augsburger Abendzeitung“ ein angebliches Kaiserwort verbreitet: „Verharde bleibt, ob mit oder ohne Block!“ Und die „Kölnische Volkszeitung“ hält diese Worte für wichtig genug, um verstehen zu geben, daß es nur liberaler Ordnungswahn sei, den Austritt des Fürsten Wilow beim Auseinanderfallen des Blocks für selbstverständlich zu halten! Das Zentrum bietet sich also auch dem Fürsten Wilow wieder als Helfershelfer für einen konservernisch-ultramontanen Block an, falls er dem Freisinn einen Zutritt applizieren sollte!

Ob das Zentrum sobald wieder zur Regierungspartei avancieren wird, ist freilich die Frage. Der Freisinn aber wird nur noch bescheidener und demütiger werden und dem Fürsten Wilow und den Konservern jede gewünschte Konzession machen! —

Warum so schämig?

Der freisinnige Abgeordnete Doormann versucht in der „Vossischen Zeitung“ auf Grund der letzten preussischen Steuerstatistik den Nachweis zu führen, daß der Anteil der besitzenden Klassen am Konsum des Volkes weit geringer sei, als man gemeinlich annahme. Er berechnet, daß auf die Wohlhabenden und Reichen, günstig gerechnet, nur der sechste Teil des Gesamtvermögens entfällt. Wenn das auf den ersten Blick auffallend wenig erscheint, so möge man sich doch vergegenwärtigen, daß nicht ganz 5 Prozent der Bevölkerung auf die Einkommen von über 3000 M. entfallen.

Wir wollen diese Berechnung heute nicht nachprüfen und Herrn Doormann auch darin durchaus zustimmen, daß auf den Verbrauch gelegte Luxussteuern keinen nennenswerten Ertrag abwerfen würden. Wenn aber der freisinnige Abgeordnete Doormann sich nichts von Luxussteuern verspricht, so hätte er doch um so eindringlicher bereuen müssen, in welcher Art die besitzende Klasse besteuert werden muß, um die ohnehin schon in unermesslichem Maße belastete Klasse der Nichtbesitzenden vor weiterer Steuerausplünderung zu bewahren! Eine solche Unterlegung hätte um so näher gelegen, als Herr Doormann ausgerechnet hatte, daß die besitzende Klasse allein in Preußen jährlich 4000 Millionen Mark Kapital in den verschiedensten Formen anhäufe!

Ist Herr Doormann nicht der Ansicht, daß diese Vermögensanhäufung auch dann noch stark genug wäre, wenn die besitzende Klasse die auf 400 Millionen Mark geschätzten neuen Steuern aus ihrer eigenen Tasche aufbrächte in Gestalt direkter Steuern?!

Warum also so schämig im Vorschlagen solcher direkten Steuern, Herr Doormann?!

Sanitäres aus Duisburg.

In Duisburg haben die schwarzen Pocken seit einigen Wochen, ja — wie ein durchaus glaubwürdiges Gerücht wissen will — seit einigen Monaten, ihren Einzug gehalten. Wenn auch in den letzten Tagen die Seuche keine weiteren Opfer forderte, so ist sie doch keineswegs erloschen, und man darf nicht so optimistisch sein anzunehmen, daß ihrer Weiterverbreitung endgültig Einhalt geboten sei. So vorzüglich sind die sanitären Einrichtungen der Stadt Duisburg nicht beschaffen, daß sie eine leicht übertragbare Seuche auf ihren Herd beschränken könnte. Mühten doch bei Ausbruch der Pocken allein 3000 M. aufgewendet werden, um die nötigen Isolierbaracken in Stand zu setzen.

Die Seuche wirkt überhaupt ein großes Streiflicht auf die sanitären und kommunalpolitischen Zustände Duisburgs. Sind doch in dieser rheinischen „Großstadt“ nur wenige Straßen gepflastert und nur diese kanalisiert; in den übrigen findet Regenwasser seinen oder doch nur ungenügenden Abfluß. Fäkalien und Hausabwässer werden noch in Senkgruben gesammelt, die wegen des hohen Grundwasserstandes häufig entleert werden müssen. Da aber die Entleerung derselben Sache der Hausbesitzer ist und die Polizeibehörde selbst bei Verfehlen der Mieter nicht einschreitet, stellen sich die unhygienischen Zustände heraus. Die Gruben laufen über, ihr verpestetes Wasser überflutet die Gasse, dringt in die Keller. Es lag somit nahe, daß bei Ausbruch der Pocken die Bürgererschaft beschleunigte Inangriffnahme der seit langem geplanten Schwemmanalisation forderte, und auch die Stadtverwaltung fand heraus, daß in dieser Hinsicht etwas getan werden müsse. Vom Kanalbauamt wurde eine entsprechende Vorlage eingereicht, die auch von dem ersten Beigeordneten der Stadt, der in Vertretung des vertriebenen Oberbürgermeisters der Stadt dessen Geschäfte erledigte, gut geheißen wurde! Zur Ausführung gelangte diese so wichtige sanitäre Maßregel jedoch nicht, und zwar nur, weil der zur Begutachtung herangezogene Kreisarzt sich dagegen stemmt! Die fehlende Kanalisation, so argumentierte der Herr, habe keineswegs den Ausbruch der Pockenepidemie verschuldet, nur bei Typhus, Cholera und ähnlichen Epidemien könne dieselbe in Betracht kommen. Wenn aber nun die Stadtverwaltung mit einer solchen Vorlage vor die Öffentlichkeit trete, so würde die Bürgererschaft das zum Anlaß nehmen, hier die Schuld an den Erkrankungen beizumessen. Das waren natürlich gute Gründe für die städtische Bureaucratie, ihre guten Vorläge unter den Tisch fallen und die Wünsche der Bürgererschaft unberücksichtigt zu lassen. Das Odium der Schuld wollte man nicht auf sich nehmen, aber man trägt es dennoch! Hat doch die Stadtverwaltung ihre sanitären Pflichten ständig nur mangelhaft erfüllt und hat noch manch andere Schuld auf dem Gewissen!

Es ist in Duisburg offenes Geheimnis, daß in einer ganzen Anzahl neuer Straßen die Abortgruben durch ein sogenanntes Ueberlaufrohr mit der Straßenkanalisation verbunden sind und so Fäkalien ungeklärt in den Rhein und die Ruhr gelangen! Eine Untersuchung wird eben nicht eingeleitet, trotzdem die Gefahr einer Massenvergiftung nahe liegt. Eine sofortige energische Untersuchung würde namentlich in den dicht und zahlreich bewohnten Straßen Antonien-, Sedanstraße und deren Nachbarschaft die größten Uebelstände ergeben. Bauarbeiter versichern uns, daß fast bei allen neueren Bauten diese Verbrechen an der Volksgesundheit verübt werden und es ist dringend notwendig, daß sofort eine gründliche Untersuchung veranlaßt wird, sollen nicht über kurz oder lang neue Seuchen die Bewohner Duisburgs heimsuchen! —

Landrat und Reichstagswahlrecht.

Im Wahlkreis Prenzlau-Angermünde findet am 14. Oktober Ersatzwahl zum Reichstag statt. Wahlkommissar ist der Landrat v. Buch in Angermünde, er hat also alle Anordnungen, die auf die Wahl Bezug haben, zu treffen. Der Landrat des Kreises Prenzlau wollte ihn anscheinend bei dieser Arbeit unterstützen, denn wie man der „Berliner Volkszeitung“ schreibt, erließ er folgende Bekanntmachung:

Die Ortsbehörden des Kreises mache ich darauf aufmerksam, daß inländische Schlichter (Wanderarbeiter), von denen feststeht, daß sie nach Ablauf der Arbeitszeit den Ort ihrer Beschäftigung wieder verlassen, in die Wählerlisten für die bevorstehende Reichstagsersatzwahl nicht aufzunehmen sind.
Der Landrat.
J. B. gez. Steinbeck, Regierungsdassessor.
Diese Verfügung ist total ungesetzlich. Jeder Reichstagsangehörige, der das Wahlrecht besitzt und zur Zeit der Ausstellung der Wählerliste im Wahlkreise wohnt — gleichviel wie lange — ist in die Wählerliste aufzunehmen. —

Vom preussischen Schulleben.

Der streng konservernische pommerische Kreis Kolberg-Neubau ist in den letzten Jahren mehrfach zu einer gewissen Verühmtheit gelangt. Jetzt bringt auch Kunde über die dortigen Schulverhältnisse in die Öffentlichkeit. Im Dorfe Dagoow haben zwei Lehrer nicht weniger als 240 Kinder zu unterrichten. Der eine Lehrer ist jetzt zu einer militärischen Uebersetzung einberufen worden und zu seiner Vertretung wurde der zweite Lehrer eines anderen Dorfes bestimmt, wo der zurückgebliebene Lehrer nunmehr 188 Kinder zu unterrichten hat. Ist es nicht geradezu blutiger Hohn, wenn Preußen als das Land der Schulen bezeichnet wird? —

Eine Friedensrede.

In Nottingham lagt zurzeit der Kongress der englischen Trade-Union, bei dessen Eröffnung der Präsident Challeton eine bemerkenswerte Rede über die deutsch-englischen Beziehungen hielt. Das „Berliner Tageblatt“ läßt sich aus dem Inhalt der Rede telegraphieren:

Ich kann nicht schließen, ohne die Paniklisten zu erwähnen, die seit verschiedenen Wochen verhaßt haben, das Volk Englands zu überzeugen, daß Deutschland im Begriffe steht, mit einer Armee von 200 000 Mann in unseren Riffen einzubringen. Dieselbe Art Leute arbeitet mit ähnlichen Methoden in Deutschland. Gewisse Zeitungen melden von Zeit zu Zeit, daß sie in ihrer nächsten Nummer von einem wohlbekannten und besonders gut informierten Verfasser, der an Ort und Stelle gewesen ist, einen Artikel publizieren werden, der beweist, daß die deutsche Armee sich für einen plötzlichen Ueberfall an der englischen Küste vorbereitet. Die Anzahl Zeitungsblätter, die mit solchem Zeug angefüllt werden, hätten eigentlich den Patriotismus des britischen Volkes derartig entzünden müssen, um das dreifache jener Zahl an Soldaten der Territorialarmee Halbdames zuzuführen, die die Aufgabe der Landesverteidigung zu erfüllen hat. Aber ich fürchte, Halbdame hat noch nicht einmal die erforderliche scheinende Zahl zusammen. Bei dieser Gelegenheit fand die professionelle Zeitungspresse die Unterstützung einiger wohlbekannter und vertrauenswürdiger, aber — wie ich fürchte — irreführender Freunde der sozialistischen Bewegung. Tatsache ist, daß die Sache des internationalen Friedens und die Verleugung internationaler Differenzen durch die Methode des gesunden Menschenverstandes — Schiedsgerichte anstatt des grausamen Krieges — immer mehr Boden gewinnt. Durch die internationalen Kooperationsgesellschaften, die internationalen Erwerbsgenossenschaftskongresse und die internationalen Sozialistkongresse ist eine feste und unbewegliche Barriere dagegen gebaut, daß der Krieg als das allernützlichste Mittel zur Befreiung von Schwierigkeiten zu betrachten ist. Arbeiter und Arbeiterinnen in allen Ländern haben vieles gemeinsam. Sie wissen, wie wir, daß Krieg Verzug, wenn nicht Vernichtung alles dessen bedeutet, was ihre Lebenslage zu bessern imstande ist. —

Von der preussischen Ansiedlungspolitik.

Vor kurzem meldeten wir, daß sich ein aus Galizien nach der Provinz Posen zugewogener Ansiedler in einem Briefe an die Posen-Presse beschwerte, daß die Schulverhältnisse in der deutschen „Ghema“ noch hinter denen Galiziens zurückblieben. Jetzt meldet der „Gesell.“, daß in Kulmsee (in Westpr.) während einer der letzten Wächte eine ganze Anzahl aus Sachsen dorthin importierter Ansiedler unter Zurücklassung von beträchtlichen Schulden an die dortigen Geschäftsleute verschwunden seien.

Obwohl in der Öffentlichkeit bis jetzt nur sehr vereinzelt ein solcher Fall bekannt geworden ist, stehen dieselben doch fast als typisch da. Mit den Anstellungsverhältnissen vertraute Personen wissen, daß solche Vorkommnisse sich sehr oft ereignen. Unter allerlei günstigen Versprechungen werden Leute aus allen Gegenden herangeschleppt, die nachher, wenn sie am eigenen Leibe verspüren, daß vieles von dem Versprochenen blauer Dunst gewesen ist, meist bei Nacht und Nebel wieder ausdrücken. Solche Vorkommnisse werfen ein sehr bezeichnendes Licht auf die Zustände in den Anstaltserbschern.

Schweiz.

Russische Polizeispiegel.

Genf, 6. September. (Fig. Ber.)

Wir berichteten kürzlich über die Enttarnung des russischen Polizeispiegels Geryig und nun veröffentlicht unser hiesiges Parteiblatt, der „Peuple“, den aus Paris an den emigrierten Polizeispiegel gelangten Brief, der durch Zufall in andere Hände geraten war und die Enttarnung Geryigs als Polizeispiegel zur Folge hatte. Der Brief lautet:

„Sehr geehrter Herr!

Ich beileibe nicht, Ihren Brief zu beantworten. Ich habe den Wunsch ausgesprochen, Sie als Mitglied der sozialrevolutionären Partei zu sehen, denn in Zukunft, glaube ich, werden wir eine ernstere Arbeit unter den Sozialrevolutionären entfalten, als unter den Sozialdemokraten, zumal wenn Sie keine genügend wichtige Rolle bei den Sozialdemokraten spielen können. Wenn Sie es aber nicht für geeignet erachten, sich den Sozialrevolutionären anzuschließen, so ist es notwendig, daß Sie alles aufheben, um späterhin in die Zentralorganisation der Sozialdemokraten aufgenommen zu werden.

Wenn Sie sich den Sozialrevolutionären anschließen wollen, so wird es für Sie leichter sein, das in Paris zu bewerkstelligen als in Genf. Ich schlage Ihnen deshalb vor, nach Paris zu kommen. Ueberlegen Sie sich, ob es möglich ist, Ihren Uebertritt zu den Sozialrevolutionären normalerweise vorzubereiten und geben Sie mir darüber Auskunft. Wenn Sie glauben, daß es für Sie unmöglich ist, sich den Sozialrevolutionären zu nähern, so bleiben Sie bei den „Volschewiki“. Aber in diesem Falle ist es dringend notwendig, daß Sie sich irgend einer Gruppe anschließen und nicht die Rolle eines „freien Bürgers“ spielen.

Suchen Sie sich der sozialdemokratischen Expedition zu nähern, die bald organisiert werden soll. ... Nach Empfang Ihrer Antwort werden wir uns über die Geldfrage verständigen. Aber ich wiederhole: wenn es nur möglich ist, treten Sie zu den Sozialrevolutionären über. ... Gezeichnet: Petrowsky.

Nachforschungen auf dem Postamt St. Peters in Paris, auf dem der Brief eingeschrieben worden war, ergaben, daß der Absender desselben R. Woltschanoff, Rue de Grenelle 70, heißt. In diesem Hause befindet sich aber — die russische Botschaft.

Woltschanoff und Petrowsky sind also die Leiter der politischen Spionage in der russischen Botschaft, die so die Vorrechte ihrer Exterritorialität schmählich mißbraucht, um die russischen Revolutionäre im Auslande mit ihren Fangarnen umspannen zu können.

Im „Peuple“ weist unser Parteigenosse Nicolet nach, daß der enttarnte Spiegel Geryig auch den Agenten für Menschenfleisch machte, indem er unter verschiedenen Namen durch Inserate in der Presse Mädchen nach Rußland zu verlocken suchte.

Solche Subjekte sind die Stützen des verfaulten offiziellen Rußland! Wie lange noch?

Dänemark.

Albertis Ende.

Kopenhagen, 8. September. Der frühere Justizminister Alberti stellte sich heute nachmittag der Polizei, indem er angab, Fälschungen und Betrugsereien, bei denen es sich um große Summen handelt, begangen zu haben. Geschädigt seien das Finanzministerium, die Nationalbank und die Privatbank, jedoch sei für die veruntreuten Summen volle Deckung vorhanden.

Schweden.

Reichstagswahlfrage der Sozialdemokratie.

Gegenwärtig und bis Ende dieses Monats finden die Neuwahlen der zweiten Kammer des schwedischen Reichstages statt. Die konservative Regierungspartei ist mit dem Schlagwort: „Front gegen den Sozialismus!“ in den Wahlkampf gezogen, hat aber bei den bis jetzt vollzogenen 121 Abgeordnetenwahlen sehr schlecht abgeschnitten. Sie hatte in diesen Kreisen bisher 76 Abgeordnete, hat nun jedoch nur 66 Mandate erlangt. Dagegen ist die Zahl der liberalen Abgeordneten von 43 auf 47 gewachsen, aber die der sozialdemokratischen von 4 auf 9. Die Sozialdemokratie hat nicht allein in diesen Wahlkreisen ihre 4 alten Mandate mit starkem Stimmenzuwachs behauptet, sondern auch 5 neue erworben, was um so bemerkenswerter ist, als es meist kleinstädtische und ländliche Kreise sind, die bis jetzt gewählt wurden. Wertwürdig ist es auch, daß der Gutbesitzer Persson in Akarp, der Vater des schwedischen Jugendgesetzes gegen die organisierte Arbeiterschaft, des „Arbeitsgesetzes“, durch einen Sozialdemokraten ersetzt wurde. Jener Persson hatte zwar auf Wiederwahl verzichtet, aber ein anderer reaktionärer Agrarier kandidierte an seiner Stelle, unterlag jedoch mit 938 gegen 1129 Stimmen dem sozialdemokratischen Kandidaten S. Linders. Dieser Genosse ist Kleinbauer und übrigens der erste Vertreter des Kleinbauernstandes, der in die zweite Kammer einzieht.

Die Kammer zählt 230 Abgeordnete, 100 sind also noch zu wählen. Die großen Städte, wo die Sozialdemokratie die stärksten Wählermassen hat, kommen noch an die Reihe. Stockholm wählt erst am 25. September.

Türkei.

Anständliche Kurden.

Konstantinopel, 7. September. Ein Telegramm der „Kölnischen Zeitung“ aus Konstantinopel von heute meldet: Eine ernste Bewegung gegen die Verfassung ist in dem kurdischen Lande südlich von Erzindjan ausgebrochen, wo der Kurdenchef Ibrahim Pascha mit Hamidieh-Regimenten den türkischen Truppen Gesichte liefert. Die Truppen haben bisher anscheinend wenig Erfolge und nicht unbedeutende Verluste. Befehle zum rückwärtslosen Vorgehen sind erlassen worden.

Expropriation.

Konstantinopel, 8. September. (Weldung des Wiener Telegr.-Korresp.-Bureaus.) Zanin erfährt aus maßgebender Quelle, daß der Sultan dem Finanzministerium seine Liegenschaften überläßt, die einen jährlichen Ertrag von 400 000 Pfund bringen und die als Garantie für die vier Millionen Pfund betragende Staatsanleihe und für die eine Million Pfund betragende Anleihe für die Zivilisten verwendet werden sollen.

Schon vor einigen Tagen wurde gemeldet, daß die jungtürkischen Komitees an die Opferwilligkeit des Sultans appellieren wollten. Der Erfolg spricht dafür, daß sie es sehr energisch getan haben.

Marokko.

Die französische Note.

Paris, 8. September. In dem heute unter Vorsitz des Präsidenten Fallières abgehaltenen Ministerrat berichtete der Minister des Auswärtigen Pichon über seine gestrige Unterredung mit dem spanischen Botschafter Del Muni. Es habe sich hierbei im großen und ganzen eine vollständige Uebereinstimmung zwischen Frankreich und Spanien über die den Mächten vorzulegende Note betreffend Marokko ergeben. Pichon wird heute nachmittag eine neue Unterredung mit Del Muni haben.

Abdul Afis.

Tanger, 8. September. Abdul Afis ist mit den Trümmern seiner Mahalla bei Casablanca angekommen und hat bei einer Quelle in der Nähe des Forts Provost ein Lager bezogen.

Eine Niederlage der Marokkaner an der algerischen Grenze.

Paris, 7. September. Der „Agence Havas“ wird aus Colomb-Béchar von heute gemeldet: Die französische Kolonne hat heute früh 6 Uhr das Lager der Harfa angegriffen. Folgende Einzelheiten werden gemeldet: Oberst Mir rühte gegen 5 Uhr früh mit 5000 Mann von Du Denib gegen das Lager der Harfa in Djorf vor und stieß 4 Kilometer von Du Denib entfernt auf den Feind. Die Harfa griff mit ihrer gesamten Streitmacht die französische Kolonne an und machte wiederholte Versuche, sie von Du Denib abzuschneiden. Nach vierstündigem Kampfe war die Harfa völlig aufgelöst. Oberst Mir bemächtigte sich des Lagers von Djorf, das die Harfa unter Zurücklassung der Lebensmittel in offener Flucht verließ. Die französische Kolonne nahm ihren Weg sodann gegen Tazougert, wo sie sich mit ihrer Kavallerie wieder vereinigte, die auf der Verfolgung der Stämme des Tafleits begriffen war. Die Verluste des Feindes sind beträchtlich. Auf französischer Seite sind nur ein Leutnant von den Schützen und 21 Mann verwundet, darunter drei schwer. Der Ausgang des Kampfes ist der großen Wirksamkeit der französischen Artillerie zu verdanken, die den Ansturm des Feindes in weiter Entfernung von den Infanterielinien zum Stehen brachte.

Aus der Partei.

In die Parteitage delegierten!

Die Vorarbeiten für den Parteitag sind zum größten Teil erledigt. Die Delegierten, die nach Nürnberg kommen, werden ersucht, sich bei ihrer Ankunft an das dortige Lokalkomitee zu wenden, wo ihnen die Wohnungskarten sowie ein Führer durch Nürnberg ausgereicht werden. Für die Meldung der Delegierten ist im Hauptbahnhof Nürnberg ein besonderes Empfangslokal eingerichtet. Es ist geöffnet von Donnerstag, den 10. September, mittags, bis Sonntag, den 13. September, abends. Dort werden auch Genossen anwesend sein, welche die Führung in die einzelnen Hotels übernehmen. Die Delegierten des Parteitages werden gebeten, ihre Dispositionen so zu treffen, daß sie bis Sonntag abend 7 Uhr zur Eröffnung des Parteitages anwesend sind.

Mit Parteigrüß

Das Lokalkomitee.

J. A. Martin Treu, Egghierplatz 23.

Die Parteipresse wird um Abdruck gebeten.

Bayerische Genossen gegen die Budgetbewilligung.

Eine Versammlung der Sektion I des sozialdemokratischen Vereins zu Augsburg nahm nach einem Referat des Genossen A. Walter über: „Parlamentarismus und Sozialdemokratie“ mit 62 gegen 3 Stimmen eine im Sinne des Referats gehaltene Resolution an, die folgenden Wortlaut hat:

„Die heutige Parteiversammlung erblickt in der Zustimmung süddeutscher Abgeordneter zum Gesamtbudget einen Verstoß gegen die Lüberder-Resolution. Die Versammlung nimmt Stellung dagegen, die Entscheidung so wichtiger Parteifragen, in der Masse der Parteigenossen vorbehalten bleiben müssen, in das Dunkel kombinierter Fraktionsstimmungen zu verlegen. Die Versammlung ist der Meinung, daß die ständige Aufsicht der wirtschaftlichen und politischen Geschehnisse auch in Süddeutschland eine Aenderung der seitherigen prinzipiellen Haltung der Partei nicht rechtfertigt. In dem Verhalten des bayerischen Landesvorstandes gegenüber dem Parteivorstand erblickt die Versammlung einen großen Verstoß gegen den Geist des Organisationsstatuts der Partei, einen Verstoß, der geeignet, die einheitliche Organisation der Partei aufs schwerste zu gefährden.“

Die Kölner Genossen zur Budgetfrage.

In einer Versammlung des sozialdemokratischen Vereins zu Köln referierte Genosse Prager über die Budgetfrage. Er bejahte von vornherein die Frage, ob durch die Verweigerung der Zustimmung an den Parteivorstand von den bayerischen Genossen die Disziplin mißachtet worden sei. Er bejahte ebenso die Frage, ob die Budgetbewilligungen in Baden und Bayern die Lüberder-Resolution verletzten. Der Hauptgrund, weshalb die Budgets abzulehnen seien, sei der, daß die Regierungen aller Einzelstaaten Vertreter des kapitalistischen Klassenstaates seien, nicht Vertreter von sozialen Organisationen, wie die Sozialdemokratie sie will und in denen die Mehrheit des Volkes entscheidet, sondern die von einer kapitalistischen Minderheit beherrscht werden. Ein Etat, der wie der bayerische 17 Millionen Mark für nichtkulturelle Zwecke enthalte, habe nicht die Zustimmung der sozialdemokratischen Abgeordneten finden dürfen; nicht von den Zufälligkeiten der Tagespolitik, sondern von den Grundbänden des sozialdemokratischen Programms müsse sich die Partei leiten lassen.

Als erster Diskussionsredner weist Genosse Peine vor allem der Budget- und Abstimmungsstechnik die Schuld an der Bewilligung des Gesamtbudgets zu. Im übrigen habe er sich gesagt, daß es wohl unübersehbar sei, daß die in Betracht kommenden süddeutschen Abgeordneten alle nicht zur Beurteilung der Tragweite ihrer Handlungsweise instande seien. Es sei unrichtig, aus der Ferne kurzzerhand über die süddeutschen Verhältnisse entscheiden zu wollen. — Genosse Dr. Erdmann: Ursache des Streiks sei die Fassung der Lüberder-Resolution, die Ausnahmen zulasse. Er sei der Ansicht, daß die Genossen der Einzelländer berufen und befähigt seien, zu beurteilen, ob die in der Resolution vorgesehenen „zwingenden Gründe“ vorliegen. Der Schlußsatz der Resolution beweist, daß es sich bei der Budgetbewilligung um eine taktische Frage handele; andernfalls dürfte keine Ausnahme zugelassen werden. Ein Vertrauensvotum enthalte die Budgetbewilligung nicht. Im übrigen sei die ganze Frage nicht von allzu großer Wichtigkeit. — Genosse Dietrich: Der bayerische Etat habe große, von unseren Abgeordneten selbst herbeigeführte Verbesserungen enthalten, die man nicht habe nachher wieder niederstimmen können. Für die Sozialdemokratie in Bayern als einem Agrar- und Kleinbürgerstaat seien die unteren Staatsarbeiter äußerst wichtig, und der Etat habe für diese große Verbesserungen enthalten. Die Abgeordneten hätten die Angelegenheit nicht als prinzipielle Sache betrachtet. — Genosse Fuhs: Diesem hätten in Bayern die Vorteile im Budget die Nachteile überwogen. Die Stellungnahme der Abgeordneten sei von den bayerischen Parteigenossen aufgegeben worden.

Genosse Haas will die Budgetbewilligung als prinzipiell behandelt wissen; er wünscht die Streichung des Schlußsatzes der Lüberder-Resolution. Gerade in Baden, wo das Ministerium unsere Partei in der schärfsten Art bekämpft habe, sei am wenigsten Grund zur Budgetannahme und damit zur Erteilung eines Vertrauensvotums für die Regierung gewesen. — Ge-

nosse Rieger: Wenn auch die Frage taktischer Natur sei, so dürfe dabei doch nur entsprechend unseren Grundanschauungen entschieden werden. Die Geheimnistuerei beweise, daß sich die Regierungen bemüht waren, daß sie unrichtig handeln würden. — Genosse Hofrichter: Die unglückliche Fassung des Lüberder-Beschlusses sei von den süddeutschen Abgeordneten als Hinterlistigkeit benutzt worden. Auch er halte die Bewilligung des Budgets für ein Vertrauensvotum. Ob im einzelnen Falle der Schlußsatz der Lüberder-Resolution richtig angewendet worden sei, darüber dürfe man nicht in den Einzelländern bestimmen, sondern nur auf dem Gesamtparteitag. Wer für das Budget wegen der darin enthaltenen Verbesserungen stimme, sei auch für dessen Ungerechtigkeiten und Schäden verantwortlich. Der Fehler bei der Sache sei, daß man den Sozialdemokraten hinter den Latz und Staatsmann zurückgestellt habe. — Genosse Meckel: So lange der Lüberder-Beschluß mit der Zulässigkeit der ausnahmsweisen Zustimmung bestehe, sei die Budgetbewilligung eine taktische Sache. Diese vorgegebene Ausnahme treffe aber bei den Abstimmungen in Baden und Bayern zweifellos nicht zu. — Genosse Funke hält die Zustimmung für ein Vertrauensvotum an die Regierung. — Hiermit war die Debatte erschöpft. Von der Beschlußfassung einer Resolution wurde abgesehen.

Außerordentliche Kreisgeneralversammlung für den Wahlkreis Sorau-Horst.

Am Sonntagvormittag fand in Horst eine außerordentliche Generalversammlung statt, deren Einberufung durch außerordentliche Umstände bedingt war. Der Kreisvorstand hatte den Genossen, die als Vertreter des Parteibereichs die ordentliche Kreisgeneralversammlung in Sorau besucht hatten, mitzuteilen, daß der in Sorau als Delegierter zum Nürnberger Parteitag gewählte Genosse Dr. Raurenbrecher-München es abgesehen habe, die in Sorau angenommene Resolution zur Budgetfrage zu vertreten. Er hatte in einem längeren Schreiben, das zur Debatte gestellt wurde, eine Begründung seines abweichenden Standpunktes gegeben. Nach einer längeren, sehr sachlichen Diskussion, in der alle Redner bedauerten, die opportunistischen Gründe, die Genosse Raurenbrecher zur Rechtfertigung des Verhaltens der bayerischen und badischen Landtagsfraktionen anführte, nicht akzeptieren zu können, wurde von der Delegation Raurenbrechers Abstand genommen und an seine Stelle Genosse Artur Müller-Horst als Delegierter des Kreises für den Nürnberger Parteitag gewählt.

Die Generalversammlung der sozialdemokratischen Partei Elsaß-Lothringens fand am Sonntag in Colmar statt. Der Bericht des Vorstandes bot ein nicht gerade erfreuliches Bild der Parteibewegung. Die Mitgliedschaften haben noch eine sehr starke Fluktuation zu verzeichnen. Mit Ausnahme der großen Städte Mülhausen, Straßburg, Colmar und Reims sind wenig stärkere Organisationen vorhanden. Wahlkreisorganisationen bestehen in allen Wahlkreisen mit Ausnahme der beiden Kreise Zabern und Saargemünd. Die Einnahmen der Landesliste betragen insgesamt 5083,40 M., die Ausgaben 5008,12 M., darunter 1956 M. für Agitation und 1078,91 M. für das Parteisekretariat, das am 15. April eröffnet wurde. Nach lebhafter Diskussion über den Vorstandsbericht, in der die verschiedensten Wünsche nach verstärkter Agitation laut wurden, wurde unter anderem beschlossen, mehr Agitation für die Frauenbewegung zu entfalten und öfter Frauen als Referentinnen zu gewinnen. Genosse Böhle referierte über die verflochtenen Gemeinderatswahlen, Genosse Emmerl über die Bezirksratswahlen im Jahre 1908. Auf seinen Vorschlag wurde beschlossen, in allen Kantonen, wo Aussicht auf praktische und agitatorische Erfolge bestehe, in die Wahl einzutreten und die Kosten eventuell durch eine Extrasteuer zu decken. Die Genossen von Mülhausen hatten folgenden Antrag gestellt:

„Die Generalversammlung der sozialdemokratischen Partei Elsaß-Lothringens sieht in der Budgetbewilligung der bayerischen und bayerischen Genossen einen Verstoß gegen den Lüberder-Parteitagsbeschluss und spricht die Erwartung aus, daß der Nürnberger Parteitag solchen Tun durch scharfe Präzisierung des Lüberder-Beschlusses einen Riegel vorsetze.“

Dem stellte Parteisekretär Genosse Knaut folgenden Antrag entgegen:

„In Erwägung, daß die Zeit der Landeskonferenz nicht ausreicht, die Frage der Budgetbewilligung eingehend zu besprechen, das Urteil in dieser wichtigen Frage also das Resultat einer zu sehr beschränkten Diskussion sein müßte, sieht die Landeskonferenz von einer Besprechung ab und hofft, daß der Nürnberger Parteitag eine der Entwicklung der Partei dienliche Lösung dieses Problems findet.“

Er begründete diesen Antrag damit, daß es bei der vorgeschrittenen Zeit — es war gegen 1/7 Uhr abends — nicht möglich sei, die Frage gründlich und nutzbringend zu besprechen. Es sei eine Entwertung der Budgetfrage, will man nach einer nicht genügend vorbereiteten Debatte einen voreiligen Beschluss fassen. Der Antrag Knaut wurde schließlich mit 29 gegen 14 Stimmen angenommen. In den engeren Vorstand wurden gewählt die Genossen Peitotes, Wöhle, Fuhs und Schmitt in Straßburg. Nächstes Jahr sollen wieder Wahlkreisversammlungen veranstaltet werden.

Die Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins des Wahlkreises Böhmen-Gesamtlande fand am Sonntag in Hérne unter Anwesenheit von 99 Delegierten statt. Die Mitgliederzahl betrug Ende des mit 30. Juni abgeschlossenen Geschäftsjahres 4899 gegen 4510 im Vorjahre. Nach den gezahlten Beiträgen betrug die Mitgliederzahl im Jahresdurchschnitt 4635 gegen 2931. Die Einnahmen und Ausgaben balancieren mit 29 701,40 M., an Eintrittsgeldern und Beiträgen wurden 17 409,20 M., an Versammlungsentree 2262,00 M., für die Landtagswahlen 2090,41 M. eingenommen.

Unter den Ausgaben seien aus dem gedruckt vorliegenden Bericht hervorgehoben: Für Agitation und Organisation 3180,15 Mark, Verwaltungskosten 2502,08 Mark, Druckkosten und Inserate 7798,00 Mark, Beitrag an den Parteivorstand 3126,42 Mark, Beitrag an die Landeskommission 2470,11 Mark. Der Kostenbestand betrug 1045,43 Mark. Die Kreisvertrauensperson für die Genossinnen requirte in Einnahmen und Ausgaben mit 655,22 M. ab. — In Sachen der Budgetfrage wurde keine bestimmte Stellung eingenommen. Die Gesamtsumme der Versammlung kam dahin zum Ausdruck, daß man erst die Süddeutschen hören solle, bevor man urteile und daß „Vorwärts“ und „Leipziger Volkszeitung“ die Angelegenheit von vornherein zu einseitig behandelt hätten, in welchen Fehler dann auch die andere Seite verfallen sei. Man erwarte, daß der Parteitag in Nürnberg den Ernst der Situation erkennen und sich einer objektiven Beurteilung befleißigen werde. — Als Delegierter wurde Genosse Wendler-Herne gewählt.

Generalversammlung für den Wahlkreis Necklinghausen-Vorken.

Die dritte Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins für den Reichstagswahlkreis Necklinghausen-Vorken (Westfalen) war die erste, die im Kreise abgehalten werden konnte, da es der Partei bisher nicht möglich war, ein Lokal zu erhalten. Vertreter waren 90 Delegierte. Aus dem Geschäftsbericht geht hervor, daß die Mitgliederzahl 971 betrug. Die Kasseinnahmen betragen 6048 M., die Ausgaben 5270 M., Bestand 772 M. Der Frauenorganisation gehörten 308 Genossinnen an.

Im Referat über die Stellungnahme zum Parteitag erklärte Genosse Bokorny, daß es Fälle geben könne, wo man auch einer kapitalistischen Regierung das Budget bewilligen könne. Dieser Ansicht schloßen sich die Genossen Salzmann, Janschel und Steinlamm an, während Genosse Müller die Ansicht vertrat, daß man einer solchen Regierung keinen Mann und keinen Groschen bewilligen dürfe. Allgemein war man der Ansicht, daß der bayerische Landesvorstand verpflichtet gewesen wäre, dem Parteivorstand Auskunft zu geben.

Im Anschluß an unsere gestrigen Bemerkungen möchten wir noch mitteilen, daß das Breslauer Parteiorgan die Mitteilungen der „Brandenburger Zeitung“ über angeblich unangehörige Delegationen (die wir unseren Lesern gestern ebenfalls unterbreitet haben) sofort abgedruckt hat. Die von uns gebrachten Zahlen, die ihre Argumente widerlegen, hat die Breslauer „Volkswacht“ dagegen immer noch nicht veröffentlicht. Auch das beweist wohl, daß sie in der Auswahl keineswegs objektiv verfährt und ihren Lesern ein eigenes Urteil leider nicht ermöglicht.

Zur Parteikonferenz der Provinz Brandenburg

Schreibt die „Brandenburger Zeitung“: „Bei der Beratung des Einheitsstatuts war von den Delegierten unseres Kreises der Antrag Brandenburg-Beschauabland betr. Festsetzung des Beitrags der Kreisvereine an die Provinzklasse auf 3 Pf. für jede verkaufte 30 Pf.-Beitragsmarke zugunsten eines Antrages von Kottbus-Spremberg zurückgezogen worden, der ungefähr dasselbe wollte und dahin lautete, daß von sämtlichen verkauften Beitragsmarken 10 Proz. an das Provinzialsekretariat zu entrichten sind.“

Dieser Antrag war von Vertretern sämtlicher Provinzkreise mit Leistungsfähiger Organisation eingehend begründet worden. Zahlmäßig wurde der Nachweis geführt, daß jeder höhere Beitrag die finanzielle Selbständigkeit der bisher selbständigen Provinzkreise faktisch aufheben würde. Trotzdem wurde der Antrag abgelehnt durch Annahme des weitgehenden Berliner Antrages, der, wie berichtet, den Provinzbeitrag auf 10 2/3 Proz., also ein Sechstel der gesamten Einnahmen der Kreisverbände festsetzt. Schuld an diesem Abstimmungsresultat, das in den größeren Provinzorganisationen überall lebhaftesten Protest hervorgerufen mußte, weil es dem ausgesprochenen Willen der Mehrheit der Parteimitglieder in der Provinz widerspricht, ist die Zusammenfassung der Provinzialkonferenz, in der die Provinzkreise jederzeit durch Groß-Berlin majorisiert werden können.

Das ist ein auf die Dauer unhaltbarer Zustand, der eigentlich zur schleunigen Aenderung des eben erst beschlossenen Organisationsstatuts veranlassen müßte. Wenn die Berliner Genossen allen Grund der Provinzdelegierten gegenüber sich taub verhalten und nur nach ihren vorgefaßten Beschlüssen stimmen, dann wird es eben notwendig sein, durch Einschaltung einer Bestimmung in das Organisationsstatut derartiger Hebertätigkeit vorzubeugen. Es müßte dann, solange die Provinzialkonferenz in ihrer jetzigen Zusammenfassung erhalten bleibt, wenigstens bestimmt werden, daß für einschneidende Beschlüsse, wie Festsetzung von Beiträgen usw., eine Zweidrittelmehrheit vorhanden ist. Diese war am Sonntag gerade bei den wichtigsten Beschlüssen anscheinend nicht vorhanden.

Auch in der Frage des Frauenbeitrages ist man über die wohlbekannteren Gründe der Provinzdelegierten nicht hinaus gekommen. Die Provinzkreise müssen jetzt gegen ihren Willen Beiträge erheben, die ihnen von Berliner Genossen unter völliger Ausheraussparung der provinziellen Verhältnisse diktiert worden sind. Es ist selbstverständlich unsere Pflicht, jetzt trotz alledem die gefaßten Beschlüsse zur Ausführung zu bringen, und es ist nur zu wünschen, daß die Befürchtungen, die wegen der hohen Beiträge von den Provinzdelegierten geäußert wurden, nicht in Erfüllung gehen. Aber weil wir überzeugt sind, daß ohne diese hemmenden Beschlüsse die Agitation für die Partei bessere Fortschritte machen würde, sind wir doch geneigt, zur Schaffung von Bestimmungen zu mahnen, die verhindern, daß die Provinzdelegierten auf der Provinzialkonferenz fortdauernd, auch in ihren eigenen Angelegenheiten, von den Vertretern Groß-Berlins überstimmt werden können.

Soziales.

Tuberkulose und Rentenempfänger.

Von der Rechnungstelle des Reichsversicherungsamtes ist eine Denkschrift über das Ausscheiden derjenigen Rentenempfänger aus dem Rentengemisse, deren Erwerbsunfähigkeit auf Tuberkulose der Lungen zurückzuführen ist, verfaßt worden. Diese Denkschrift ist als Rundschreiben den Vorständen sämtlicher Invalidenversicherungsanstalten zugegangen.

Die Untersuchung erstreckte sich über die Zeit von 1891 bis 1899 und auf diejenigen Empfänger der im genannten Zeitraum bewilligten Invalidentrenten, für welche als Grund der Erwerbsunfähigkeit auf den Zahlarten „Lungen-Tuberkulose“ angegeben war.

Die Beobachtungen wurden auf insgesamt 55 869 Rentenfälle ausgedehnt, von denen 44 461 auf das männliche und 11 408 auf das weibliche Geschlecht entfielen. Unberücksichtigt blieben 10 587 Fälle, was sich daraus erklärt, daß gerade bei den durch Tuberkulose erwerbsunfähig gewordenen Versicherten die Sterblichkeit in der ersten Zeit nach Eintritt der Erwerbsunfähigkeit eine außerordentlich hohe ist, so daß auch die Zahl derjenigen Fälle, in denen der Rentenberechtigte vor Ablauf des Bewilligungszeitraums stirbt, verhältnismäßig groß ist.

Die tuberkulösen Invalidentrentenempfänger verteilen sich auf die einzelnen Versicherungsanstalten recht verschieden. Am meisten belastet sind Rheinprovinz mit 5909, Königreich Sachsen mit 3403, Schlesien mit 3035, Hannover mit 2779, Großherzogtum Baden mit 2287 und Westfalen mit 2243 Fällen. Die niedrigste Belastung zeigt die Pensionskasse der Reichseisenbahnen mit 35 (nur männlichen) Fällen auf.

Von den beobachteten 45 292 Renten sind bis zur Wiederehrung des Rentenbeginns im Jahre 1902 weggefallen durch Wiederehrung der Erwerbsfähigkeit 876, durch Tod und andere Ursachen 33 080.

Die der Denkschrift weiter beigegebenen ausführlichen Tabellen geben noch andere Auskünfte. Da sind zunächst die tuberkulösen Invalidentrentenempfänger nach dem Alter beim Eintritt der Erwerbsunfähigkeit registriert. Bei dieser Beobachtung zählen auch nur die 45 292 dazu berücksichtigten Renten. Die Wegfallziffer durch Wiederehrung der Erwerbsfähigkeit und durch Tod und andere Ursachen ist dieselbe wie oben.

Es gab tuberkulöse Rentenempfänger im Alter von

Table with 4 columns: Age (20-50+ years), Male count, Female count, Total count.

Die Berechnung der Ausscheidewahrscheinlichkeit läßt erkennen, daß sie, wenn Lungen-Tuberkulose die Ursache der Erwerbsunfähigkeit ist, in den ersten Jahren des Rentenbezuges bei den jüngeren Invaliden größer ist, als bei den älteren Jahrgängen. Dasselbe beträgt im ersten Bezugsjahre für die männlichen Rentenempfänger der Altersklasse 20 bis 24 80,40 Proz. und fällt dauernd in den höheren Altersklassen; für die im Alter von 65 bis 69 Jahren erwerbsunfähig gewordenen Versicherten männlichen Geschlechts stellt sich die Ausscheidewahrscheinlichkeit im ersten Bezugsjahre nur noch auf 29,30 Proz. Für das weibliche Geschlecht sind die Ausscheidewahrscheinlichkeiten in den jüngeren Jahren annähernd eben so groß, in den höheren Jahren dagegen wesentlich niedriger als beim männlichen Geschlechte. Sie fallen von 84,20 Proz. beim Alter von

20 bis 24 Jahren stetig bis auf 21 Proz. für das Alter von 65 bis 69 Jahren beim Eintritt in die Erwerbsunfähigkeit.

Die Ausscheidewahrscheinlichkeiten nehmen von den höheren Lebensaltern abgesehen auch bei den tuberkulösen Rentenempfängern mit der Dauer des Rentenbezugs ab. Für die Altersklasse 20-24 fällt beispielsweise bei den männlichen Rentenempfängern die Ausscheidewahrscheinlichkeit von 80,5 Proz. im ersten Bezugsjahre auf 8 Proz. im neunten Bezugsjahre.

Nach den weiteren tabellarischen Zusammenstellungen der Denkschrift sind merkwürdigerweise die Unterschiede zwischen den Ausscheidewahrscheinlichkeiten der tuberkulösen und der anderen Rentenempfänger bei dem weiblichen Geschlechte erheblich größer als beim männlichen. In den ersten Rentenbezugsjahren scheiden von den tuberkulösen Rentenempfängern bei dem weiblichen Geschlechte etwa 3 bis 4, bei dem männlichen aber nur 2 bis 3 mal so viele als bei den sonstigen Rentenempfängern aus dem Rentengemisse aus.

Die Lungen-Tuberkulose spielt in den jüngeren Jahren eine viel größere Rolle als bei den höheren Jahren. Deshalb nähern sich mit zunehmendem Alter die Ausscheidewahrscheinlichkeiten immer mehr denen für die nicht tuberkulösen Rentenempfänger. Bei dem männlichen Geschlechte nimmt der Unterschied weniger schnell ab als beim weiblichen Geschlechte. Dies erklärt sich dadurch, daß besonders in den oberen Jahren die Tuberkulose beim männlichen Geschlechte viel häufiger als beim weiblichen Geschlechte als Ursache der Erwerbsunfähigkeit vorkommt. Auf diesen Umstand ist für die höheren Altersklassen zum Teil der große Unterschied zwischen der Sterblichkeit der Gesamtheit der männlichen und der weiblichen Invaliden zurückzuführen; für die nicht tuberkulösen Rentenempfänger ist dieser Unterschied hier kleiner. Bei den jüngeren Jahren wird der Einfluß der Häufigkeit der Tuberkulose auf die Sterblichkeit dadurch übertrumpft, daß beim weiblichen Geschlechte der Unterschied zwischen der Sterblichkeit der tuberkulösen und sonstigen Rentenempfänger größer als beim männlichen Geschlechte ist. Die Folge ist, daß der Unterschied in der Sterblichkeit zwischen dem männlichen und dem weiblichen Geschlechte hier bei den nicht-tuberkulösen Rentenempfängern größer als bei der Gesamtheit der Rentenempfänger ist.

Die überaus minutiöse Ausarbeitung der Tabellen der an die Versicherungsanstalten soeben versandten Denkschrift verdient den Dank aller Interessenten. Es ist aber zu bedauern, daß von der Ausgleichung der Ausscheidewahrscheinlichkeiten und der Ermittlung solcher für die einzelnen Alters der tuberkulösen Rentenempfänger aus dem Grunde abgesehen worden ist, weil die Verwertung derartiger Ausscheidetabellen für wissenschaftliche Berechnungen kaum jemals in Betracht kommen dürfte.

Ein Invalidentrentenempfänger für nicht tuberkulöse Rentenempfänger erkrankt die Landesversicherungsanstalt Hesse-Nassau in Hofgeismar bei Kassel. Das Invalidentrenten ist zunächst für zwanzig Invalidentrentenempfänger bestimmt und betragen die Herstellungskosten rund 75 000 M. Das Heim soll Ende dieses Jahres bezogen werden können.

Daß die „Rentner“ nicht ohne jede Beschäftigung sind, wurden mehrere Pektar Ackerland und Wiesen erworben, das sie bearbeiten sollen.

Darf ein Arbeitgeber dem Arbeiter irrtümlich zuviel gezahltes Lohn bei der nächsten Lohnzahlung einhalten?

Diese wichtige Frage hat das Gewerbeamt zu Essen in seiner letzten Sitzung verneint. Es handelte sich um folgendes: Der Handlungs-Merkantilist hatte bei dem Unternehmer Havig bei einer Lohnzahlung 18 Mark zuviel erhalten. Diese 18 Mark hielt er, dem M. bei der nächsten Lohnzahlung ein. Das ließ M. sich nicht gefallen, und als seine Vorstellungen fruchtlos blieben, wurde er klagbar. Das Gewerbeamt entschied, Havig sei, wenn auch der Betrag wirklich zuviel gezahlt worden, doch nicht berechtigt, den Lohn einzuhalten. Gegen den Arbeitslohn dürften keinerlei Aufrechnungen erfolgen. Demgemäß wurde Havig zur Zahlung der 18 Mark verurteilt. Will er zu seinem Gede kommen, muß er zivilrechtlich gegen den Arbeiter vorgehen.

Gegen die Arbeitslosigkeit. Das Bezirksamt Schwelm hat an die Gemeinden seines Amtsbezirks eine Bekanntmachung erlassen, worin es heißt, daß es, nachdem die allgemeine Lage des Arbeitsmarktes gegenüber dem Vorjahre sich ohne Zweifel ungünstiger gestaltet, geboten erscheine, mit besonderer Sorgfalt alle Maßnahmen zu treffen, um einer größeren Arbeitslosigkeit während des Winters vorzubeugen oder sie zu mindern. Den Gemeinden wird nahegelegt, dafür Sorge zu tragen, daß möglichst ausgedehnte Arbeitsmöglichkeiten für den Winter vorbereitet werden, namentlich größere Bau-, Meliorations- und ähnliche Arbeiten. Soweit als möglich sollen nur inländische Arbeiter, von diesen in erster Linie ortsanfängige, vor allem aber solche, die den Nachweis „unverschuldeten Arbeitslosigkeit“ erbringen, beschäftigt werden. Soweit wäre der Erlaß ganz nett, nur die Klausel von der „unverschuldeten Arbeitslosigkeit“ macht ihn bedenklich. Das ist ein „Erfolg“ des Zentrums, welches bei der sozialdemokratischen Arbeitsloseninterpellation im Landtage einen Antrag mit solchem Passus annahm, obwohl der Antragsteller, der Zentrumsabgeordnete Königsbauer, selbst erklärte, daß er auf diesen Satz nicht den „allergrößten Wert“ lege.

In Nürnberg hat der Magistrat die Eingabe der vereinigten Gewerkschaften um Vorbereitung von Notstandsarbeiten für den Winter dahin beantwortet, daß das Bauamt schon angewiesen sei, dem Magistrat geeignete Winterarbeiten zu bezeichnen, die vorgenommen werden sollen, wenn ein Bedürfnis hierfür eintritt. In die mit den Unternehmern sächsischer Bauarbeiten abgeschlossenen Werkverträge sei bereits die Bestimmung aufgenommen, daß sie unter Umständen verpflichtet sind, ihnen zugewiesene arbeitslose Personen zu beschäftigen.

Gewerkschaftliches.

Hirsche unter den Gelsen.

Ein köstliches Bild bietet der unter Ausschluß der Öffentlichkeit tagende Kongreß der Gelsen in Waldenburg. In dessen Beratungen nimmt nämlich offiziell der Waldenburger Ortsverein des — S.-D. Gewerbevereins der Fabrik- und Handarbeiter teil! Nach der schlesischen Freisinnspresse soll die Entrüstung der anderen Herren Hirsche darüber allerdings ganz fürchterlich sein, wir kalkulieren aber, deren Waldenburger Brüder handelten nur aus Gesinnungsinstinkt, als sie sich zu den Gelsen so gar hingezogen fühlten.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Metallarbeiter!

Der Streik bei der Firma Hansen, Bergmannstraße 68, ist beendet. Die Forderungen der Kollegen wurden bewilligt. Die Sperre ist hiermit aufgehoben.

Achtung, Töpfer!

Folgende Firmen sind wegen Lohnansfall gesperrt: Heinrich Artelt, Breslauer Straße 11. In Betracht kommt der Van Vlietberg, Rainiger Straße 22. Gustav Artelt, Altdorf, Schillerpromenade 27. In Betracht kommt der Van Finnländische Straße 11. Weiter die Firmen Josef Koyale und Hoflöchermeister Karl Hopfner. Die Verhandlung.

Fiskalrausdeckerung in Ologau. Die Unternehmer im Ologauer Holzbearbeitungsberufe wollen durchaus eine Nachprobe. Trotzdem ihnen die organisierten Gesellen bis aufs äußerste entgegengekommen sind, hat der Arbeitgeberverband am Sonntagabend die Aussperrung ins Werk gesetzt und diese auf jene Betriebe ausgedehnt, die schon zur Unterzeichnung des Tarifes sich bereit erklärt hatten.

Als amtliches Streifbrettervermittlungsbureau wird der städtische Arbeitsnachweis seit seinem Bestehen von den Nürnbergern bezeichnet. Die freisinnigen Rathausmänner stellen sich darüber sehr entrüstet, tun aber nicht das geringste, um das Institut in einen anderen Ruf zu bringen. Bei allen Lohnbewegungen ist es eifrig bemüht, den bedrängten Unternehmern Arbeitswillige zu vermitteln. So auch wieder bei dem eben ausgebrochenen Expeditionsarbeiterstreik. Man sucht die nachfragenden Arbeitslosen in die Expeditions-Geschäfte zu dirigieren, unter der falschen Voraussetzung, daß sie nur zum Lagerausräumen betraut werden. Echt freisinnige Sozialpolitik.

Die Glasarbeiter-Aussperrung in der Oberpfalz entpuppt sich nun immer mehr als ein wohlvorbereiteter Trick der Glasbarone: dort hinten im bayerischen Wald. Die Stilllegung der Werke auf einige Wochen soll eine künstliche Preissteigerung, und die Aussperrung der 2000 Glasarbeiter die Vernichtung der Arbeiterorganisation zur Folge haben. Bevor noch die Aussperrung in Kraft getreten ist, hat man schon die Vertrauensleute der Organisation entlassen. In Betracht kommt in der Hauptsache der christliche Keramarbeiterverband. Trotz aller Verschiedenheit der christlichen Organisationsführer gelten auch diese dem Unternehmerriesenprofit als gefährlich. Die Arbeiter der oberpfälzischen Glasindustrie lebten bisher ein Hundeleben; ihnen kann es durch die Aussperrung nicht schlimmer gehen!

Bergarbeiterstreik.

Essen (Ruhr), 8. September. Auf der Zeche „Graf Bismarck“, Schacht 2, weigerten sich heute von der Nachmittagsfrist 72 Schlepper und fünf Pferdebretter, anzufahren. Wie hierzu mitgeteilt wird, ist den Schleppern Anfang dieses Monats eine Lohnerhöhung zugesagt worden. Es sollte eine Prüfung und Regelung der Lohnverhältnisse im Laufe des Monats, und zwar mit rückwirkender Kraft vom 1. September ab erfolgen. Jedenfalls um die Direktion an ihr Versprechen zu erinnern, sind die Arbeiter ohne vorherige Kündigung und für die Verwaltung vollkommen überraschend in den Ausfall getreten.

Ausland.

Der Trade-Unionkongreß.

London, 7. September. Der Jahreskongreß der Trade-Unions wurde heute in Nottingham eröffnet. Es sind 610 Delegierte anwesend, die 1 700 000 organisierte Arbeiter vertreten, gegen 1 700 000 im Jahre 1907. Ueber die Hälfte der Delegierten kam aus Lancashire, Yorkshire und London. Die Vergleute sandten 87 Delegierte. Im vereinigten Königreich gibt es also noch viele industrielle Gegenden, die recht schwach organisiert sind. Unter den Delegierten sind 7 Frauen, die die Gewerkschaften der Telephonmädchen, der Telegraphistinnen, der Textilarbeiterinnen und der Putzfrauen vertreten. Die Resolutionen bieten nichts Neues. Es sind die alten sozialpolitischen und demokratischen Forderungen, die jährlich wiederkehren. Zu bemerken ist die Resolution, die die Einbringung einer Vorlage gegen die Ausfuhr von britischen Streifbrettern, sowie die vom Verband der weiblichen Arbeiter beschlossene Resolution, betreffend Einführung von Unfallversicherung und Festsetzung eines Mindestlohnes für Heimarbeiter.

Am Vorabend der Eröffnung des Kongresses hielten die Delegierten der Vergleute eine besondere Versammlung ab, die den Beschluß faßte, die britischen Gewerkschaften aufzufordern, auf das Parlament einen Druck auszuüben, um die in Kommissionsberatung sich befindende Achtstundenvorlage (für Vergleute) zum Gesetz zu erheben.

Die sozialistischen Organisationen: Sozialdemokratische Partei und Independent Labour Party haben Redner nach Nottingham geschickt, um an den Kongressenden Volksversammlungen abzuhalten. Gewerkschaftskongresse gewährten in den letzten Jahren sehr gute Gelegenheiten für sozialistische Propaganda.

Die Presse hat vorläufig vom Kongreß sehr wenig Notiz genommen.

London, 8. September. (B. G.) Zu dem Arbeiterkongreß in Nottingham sandte Bebel eine Antwort auf die Resolution betreffend die Beziehungen zwischen Deutschland und England. Es heißt darin: Die kriegerischen Vorbereitungen sind mit so beschleunigtem Tempo fortgeschritten und beanspruchen einen so großen Teil der staatlichen Einkünfte, daß eine derartige Lage nicht lange anhalten kann. Man muß die Katastrophe, welche dieses Gebaren angeblich vermeiden soll, unmöglich machen. Aus diesem Grunde müssen wir mit Ruhe die weitere Entwicklung verfolgen und dem Volke die möglichen Folgen eines Konflikts vor Augen führen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Vom „freihetlichen“ Vereinsgesetz.

Mainz, 8. September. (B. G.) Der Les- und Debattierklub der hiesigen Anarchisten ist vom Kreisamt auf Grund des neuen Vereinsgesetzes aufgelöst worden.

Der Schuhmannsfädel.

Kassel, 8. September. (B. G.) Der Schuhmann Feder kam mit zwei Betrunknen, welche er abführen wollte, in ein Handgemenge. Er zog blank und brachte dem 23jährigen Weichbinder Strahmann einen Stich in den Unterleib bei. Der Schwerverletzte wurde ins Krankenhaus gebracht, wo er bald der erlittenen Verletzung erlag.

Justizminister und Kassendefraudant.

Kopenhagen, 8. September. (B. L. W.) Der Inspektor der Sparkassen ordnete die Einstellung der Tätigkeit der schlesischen Bauernparlamente an, deren Vorstand der frühere Justizminister Alberti war. Die Sparkasse ist Debitor des Finanzministeriums und der Banken, das Guthaben der Staatskasse beträgt 2 Millionen, wovon 1 1/2 Millionen durch Pfandsicherheit voll gedeckt ist. Die gesamten Beträge Albertis sollen, wie die Blätter melden, 9 Millionen betragen.

Der Sport der Reichen.

Schwiebingen, 8. Sept. (B. G.) Gestern nachmittag wurde auf der Straße nach Zuffenhausen ein Fuhrwerk von einem Automobil überfahren. Zwei Mädchen wurden schwer, der Fuhrmann und ein Kind leicht verletzt.

Zwei Frauen verbrannt.

London, 8. September. (B. G.) In Stockton entstand in dem Hotel Bone Arms eine Feuerbrunst. Zwei Frauen vom Küchenpersonal sind in den Flammen umgekommen.

Waldbrand.

Duluth, 8. September. (B. L. W.) auf deutsch-kanadischem Nabel.) Nach hier eingetroffenen Meldungen wüten die Waldbrände in der Nordseite von Minnesota fort und bedecken jetzt die ganze Nordhälfte Minnesotas. Die Ortschaft Snowball soll zerstört sein.

Der Kongreß der italienischen Jugendorganisationen.

Rom, den 4. September. (Fig. Ver.)

Am 30. und 31. August hat der Verband der italienischen Jugendorganisationen in Reggio Emilia seinen zweiten Kongreß abgehalten...

In bezug auf die Stellung zur sozialistischen Partei wird eine Tagesordnung angenommen...

Ueber die antikerikale Agitation gelangte nach interessanter Diskussion eine Tagesordnung zur Annahme...

Bei der Diskussion über die antimilitaristische Propaganda trat auch eine Meinung im Sinne der Verbotsideen zutage...

Der zweite Kongreß der jungen Sozialisten betont den rein sozialistischen Charakter des Antimilitarismus...

1. Die vorbereitende Agitation im Proletariat zu erhalten damit es bereit sei, mit jedem Mittel den Krieg zu verhindern...

3. Durch Flugblätter, Zeitungen und Broschüren die sozialistischen Grundsätze der Menschlichkeit und Brüderlichkeit...

4. Den künftigen Soldaten die Achtung zu lehren, die sie den Arbeitern schuldig sind...

Ueber die Beziehung zu den Gewerkschaften wurde ein Votum angenommen, das der Gewerkschaftsbewegung die volle Solidarität...

Weiter wurden Tagesordnungen für das Frauenstimmrecht, gegen den Alkoholismus, für die Amnestie und zweijährige Dienstzeit...

Kleines feuilleton.

Menschen als Ware. Im Gebiete von Turkestan hat sich ein besonderes „Gewerbe“ entwickelt, nämlich der Verkauf von Menschen...

Die britische höchste Administration, die in diesem Kauf und Verkauf eine Art Sklaverei sieht...

Jeder Mohammedaner kann bekanntlich mehrere Frauen haben. Der reiche Handelsherr, der mit Frauen handelt...

Die Gewerkschaftsorganisationen im Deutschen Reich im Jahre 1907.

II.

Die Leistungen der Gewerkschaften.

Die günstige Entwicklung der Finanzen der Gewerkschaften hat auch im Berichtsjahre angehalten. Die Gesamteinnahmen stiegen seit 1906...

Was nun zunächst die Einnahmen der Gewerkschaften anlangt, so hatten 10 Verbände über eine Million (bis 1 1/2 Millionen) Mark Jahreseinnahmen...

Die Jahresausgaben der Gewerkschaften, die von 36 063 413 Mk. (1906) auf 43 123 519 Mk. angewachsen sind...

Table with 2 columns: Organisationskategorie and Betrag in Mark. Includes rows for Verbandorgan, Agitation, Streiks im Beruf, etc.

Wie in früheren Jahren, so steht auch diesmal der Aufwand für Streiks und Aussperrungen an erster Stelle...

von Rußland von speziellen Rinderräubern, die dorthin geschickt werden, geraubt.

Das Ende der türkischen Zensur. Die Welt wird keine Gelegenheit mehr haben, sich an den lustigen Streichen der türkischen Theaterzensur zu ergötzen...

Humor und Satire.

— Eine Restauration. Ein patriotisches Fest von fester Bedeutung wurde neulich in Weßlaminden an der russischen Grenze gefeiert...

Die Weßlaminder beschloßen sofort, die Wurg zu restaurieren, und wandten sich deshalb an den renommierten Bürgermeisterei...

— Aus Berlin. Berliner Autographensammler: Dieses hier ist das kostbarste Stück meiner Sammlung: Eine Postkarte mit eigenhändiger Unterschrift des Hauptmanns von Köpenick...

durchaus dem Wesen unserer Gewerkschaften, deren vornehmste Aufgabe der Kampf für bessere Arbeitsbedingungen ist. Während indes der Aufwand für Streikunterstützung...

In den 17 Jahren seit Führung der gewerkschaftlichen Statistik, 1891—1907, sind nicht weniger als 117,6 Millionen Mark für Unterstühtungszwecke ausgegeben worden...

Für Bildungszwecke bringen die Gewerkschaften ebenfalls bedeutende Opfer. Die Verbandzeitungen erforderten im Jahre 1907 1 878 392 Mk. Bibliotheken 276 588 Mk. und Unterrichtsurse 43 195 Mk. insgesamt 2 198 175 Mk. Ausgaben...

Die Vermögensbestände der Gewerkschaften haben im Jahre 1907 die Höhe von 33 242 545 Mk. erreicht. Davon entfallen 6 262 000 Mk. auf die Buchdrucker, 5 608 000 Mk. auf die Maurer...

Auf dem Gebiete der Unterstühtungswesen hat besonders die Einführung der Kranken- bzw. der Arbeitslosenunterstützung Fortschritte gemacht.

Im Berichtsjahre wurden neu eingeführt: Die Reiseunterstützung in einem Verbands (Bauer), die Arbeitslosenunterstützung in einem (Gemeindearbeiter), die Krankenunterstützung in sieben (Bauhilfsarbeiter, Gemeindearbeiter, Hand Schuhmacher, Holzarbeiter, Kupfer Schmiede, Maschinisten und Schmiede)...

Die Ausgaben der einzelnen Gewerkschaften für Streikunterstützung schwanken zwischen 0,08 Mk. (Handlungsgehilfen) und 23,91 Mk. (Holzarbeiter), für Arbeitslosenunterstützung zwischen 0,06 Mk. (Bergarbeiter) und 27,35 Mk. (Rotenstecher)...

Notizen.

— Theaterchronik. Der Deutsche Verein zur Unterstühtung notleidender Russen veranstaltet am Sonnabend, den 12. September, nachmittags pünktlich 3 Uhr im Schiller-Theater Charlottenburg eine Tolstoi-Feyer...

— Eine Stadt von Pfablhauern ist in der englischen Grafschaft Somerset in der Nähe der Stadt Glastonbury entdeckt worden. In derselben Gegend werden schon seit 1893 Ausgrabungen zu anthropologischen Zwecken ausgeführt...

— Für den ersten internationalen Kälte-Kongreß, der den eigentlichen Titel „Kongreß der Gefrierindustrie“ führt und vom 5. bis 12. Oktober in der Sorbonne in Paris tagen wird, ist jetzt das genaue Programm festgelegt worden...

— Die Mietspreise in Paris. Von dem steten Wachsen der Pariser Mietspreise gibt eine Zusammenfassung Kunde, die vom französischen Arbeitsministerium herausgegeben wird...

Krankheitenunterstützung zwischen 20,78 M. (Mühlenarbeiter) und 0,06 M. (Gärtner).

Die Invalidenunterstützung kostete den Notenflechern 21,51 M., dagegen den Handschuhmachern 0,14 M. pro Kopf der Mitglieder.

Ein eigenes Verbandsorgan hatten 60 von 61 Verbänden. Von den Gewerkschaftsblättern erscheint eins wöchentlich dreimal, 33 erscheinen wöchentlich einmal, 13 zweiwöchentlich, 8 monatlich einmal. Die Gesamtauflage aller Blätter betrug im Berichtsjahre 2 077 643 (gegen 1 920 250 im Jahre 1906). Eine gewaltige Fülle von Aufklärung, Erziehung und Bildung ist es, die die Gewerkschaftspresse Jahr für Jahr im Dienste der Arbeiterbewegung leistet. Sie spannt die geistigen Fäden zwischen Großstadt, Landfleden und Gebirgswinkel, und verbindet die entferntesten Gegenden des Reichs miteinander.

Internationale Beziehungen wurden im Jahre 1907 von 40 Verbänden gepflegt. Zu den früher gepflegten Verbindungen kamen hinzu die Bäcker, Fabrikarbeiter, Portefeuillier, Schiffszimmerer und Schuhmacher.

Aus Industrie und Handel.

Rückgang der Vergarbeiterlöhne.

Die Kohlenmagnaten denken nicht daran, die Brennstoffpreise herabzusetzen; aber schnell bei der Hand sind sie mit Lohnabzügen. Preisausschläge wurden stets verteidigt mit der Behauptung, sie seien eine notwendige Folge vorausgegangener Lohnerhöhungen. Niesenerlöhne hätten die Vergarbeiter nach Hause tragen können, wären in ihre Taschen die Preisausschläge geflossen. Daß die Behauptung, die Mehrerlöse würden von den Lohnaufbesserungen absorbiert, mit den Tatsachen in schreiendem Widerspruch steht, beweisen schon die glänzenden Geschäftsabläufe. Hat doch der Steinkohlenbergbau, soweit bisher für das Jahr 1907 Abschlässe vorliegen, trotz der gegen das Vorjahr stark erhöhten Abschreibungen und Reservestellungen, eine Durchschnittsdividende von 13,4 Proz. für die Aktionäre erbracht. Unter Berücksichtigung der vorsichtigen Dividendenpolitik bei den diesmaligen Abschläffen muß das letztjährige finanzielle Ergebnis als glänzendes bezeichnet werden. Es ist günstiger als das vorjährige, das bei viel mäßigeren Abschreibungen und Rückstellungen für dieselben Gesellschaften die Ausschüttung einer Dividende von 13,6 Proz. ermöglichte. Und nun sind die Kohlenpreise teilweise noch weiter gesunken! Dem entsprechend wachsen natürlich auch die Erlöse, aber die Löhne werden natürlich reduziert. Im zweiten Quartal dieses Jahres betrug nach der amtlichen Statistik das Einkommen eines Vergarbeiters im Ruhrrevier 18 M., weniger als im ersten Quartal 1908. Die Veränderung illustriert diese Zusammenstellung:

	Lohn pro Schicht	Lohn pro Quartal
I. Quartal 1908	4,87	363
II. Quartal 1908	4,82	364

Demnach ist der Lohn pro Schicht um 5 Pf., pro Quartal um 18 Mark gefallen! Natürlich wird man sagen, der Lohnrückgang rechtfertige sich, weil auch die Produktion gesunken sei. Daß aber nicht nur im Verhältnis zur Produktionsabschwächung, sondern auch absolut die Löhne reduziert worden sind, ergibt sich schon aus der Differenz in der Lohnverminderung nach Schichtlohn und pro Quartal. Das absolute Einkommen ist im 2. Quartal um 18 Mark, gleich 4,71 Prozent zurückgegangen; die Senkung des Durchschnittslohnes pro Schicht beträgt 1,03 Prozent. Die Arbeiter müssen die Kosten der Krise bezahlen. Enorm hohe Lebensmittelpreise, wachsender Steuerdruck und Lohnrückgang, das ist der Segen der göttlich kapitalistischen Weltordnung der agrarisch-zönerischen neu-deutschen Wirtschaftspolitik, für welche die Arbeiter neben den Konserverativen und National-Liberalen hauptsächlich dem Zentrum zu danken haben.

Ein neues Stahlwerk. In Billich, Kreis Arefeld, beabsichtigt der frühere Direktor des Arefelder Stahlwerks ein neues Werk zu errichten. Die die „Mh.-W. Btg.“ meldet, war zuerst die Errichtung des Werkes auf dem Hafengelände in Arefeld-Binn geplant. Die Verhandlungen mit der Stadt Arefeld sind jedoch gescheitert. Darauf griff der Landrat des Landkreises Arefeld die Angelegenheit auf und die Verhandlungen sind jetzt so weit gediehen, daß der Errichtung eines Stahlwerks in Billich nichts mehr im Wege stehen soll. Von dem beim Arefelder Stahlwerk beschäftigten Arbeitern wohnen etwa 200 in Billich. Für das neu zu gründende Werk sollen bereits 1 1/2 Millionen gezeichnet sein.

Vom Ruhrkohlenmarkt. Die Verg- und Hüttenmännische Zeitschrift „Glückauf“ in Essen schreibt: Die allgemeine Lage auf dem Ruhrkohlenmarkt hat im August gegen den Vormonat keine wesentlichen Veränderungen erfahren, doch waren die Abrufe der Industrie im ganzen etwas schwächer, was in der Hauptsache auf den im letzten Monatsdrittel erheblich verschlechterten Wasserstand des Rheines zurückzuführen ist. Im Zusammenhang damit zeigten die Zufuhren zu den Abnehmern eine Abnahme und litten die Verschiffungen von Mannheim aufwärts in starkem Maße. Das Kohlenhandels hat sich infolge dieser Verhältnisse genötigt gesehen, in gewissem Umfang solche Sorten zu lagern, die ihm infolge der Einschränkung der Kohlerzeugung in größerer Menge zur Verfügung gestellt wurden.

Rückgang der Kaffeefuhr. In der letzten Generalversammlung des Kaffeehandels berichtete Direktor Gräbner über Rückgang im Kaffeewerbe. Infolge der finanziellen Krise in den Vereinigten Staaten von Nordamerika und wegen der Schwierigkeiten, die sich bei der Abwicklung der von der Gewerkschaft Sollstedt mit amerikanischen Käufern abgeschlossenen Verträge herausgestellt haben und ferner wegen des geringeren Bedarfs der deutschen Industrie, habe die geschäftliche Lage in den ersten sieben Monaten dieses Jahres sich ungünstiger gestaltet. Das finanzielle Ergebnis in dieser Zeit bleibt hinter dem des Vorjahres wegen dieser Umstände um etwa 1/4 Millionen Mark zurück.

Aus der Frauenbewegung.

Konfessionelles zur Diensthöfenfrage.

Nun wissen wir es genau, woran es liegt, daß unsere aus den Volksschulen entlassene weibliche Jugend immer weniger Lust verspürt, bei sogenannten Herrschaften sich zur Diensthöfen auszubilden. Die von sozialer Heilswissenschaft und noch mehr von sozialem Wort-Empfinden tiefend katholischen Vereine haben's ausbaldowert. Für sie gipfelt die Lösung der sozialen Frage in der Religion. Sozialer Tiefstand der unteren Klassen, soziale Klüfte? Ständelose Behandlung der Diensthöfen, verbrecherische Ausbeutung ihrer Arbeitskraft und ihrer abhängigen Stellung? Ist ja alles Unfuss, gibt's ja garnicht. Gegenüber der Scheu unserer modernen Mädchen aus dem Volke vor grober Arbeit und vor der Gebundenheit, die das Diensthöfenverhältnis mit sich bringt, tut es lediglich not, die Arbeit ins Licht der Religion zu rücken, sie als von Gott gewiesenen Himmelweg betrachten zu lehren, wodurch die Mühen der Arbeit verklärt werden und nicht als etwas erscheinen, was um jeden Preis vermieden werden müsse. So zu lesen in einem als Aufruf an die deutschen Hausfrauen fohenden erschienenen Schriftchen der Leiterin des Verbandes katholischer Vereine erwerbstätiger Frauen und Mädchen Deutschlands, welches natürlich von der katholischen „Germania“ über den grünen Meer verherrlicht wird. Wohlberachtet spricht die

Verfasserin mit keinem Worte von den sozialen Ursachen der Diensthöfennot und der modernen Diensthöfenbewegung. Zudem ganz allgemeine Mißstände, die unbestreitbar im heutigen Diensthöfenstande vorhanden seien, zugestanden werden, geht die Schrift wie die Frage um den heiligen Drei und betont dafür auf jeder Seite, daß das einzige Mittel zur vollständigen Wiederherstellung eines patriarchalischen Verhältnisses zwischen Herrschaften und Dienenden der Zusammenschluß der letzteren zu konfessionellen Organisationen und die wohlwollendste Stellungnahme der Hausfrauen zu diesen sei. Das war auch der Grundafford einer Resolution, die in der Diensthöfenfrage auf dem diesjährigen Katholikentage in Düsseldorf angenommen wurde und nur solche Diensthöfenorganisationen den Hausfrauen zur Beachtung und Unterstützung empfiehlt, welche neben der Pflege ihrer Ständelinteressen auch der Förderung des religiös-sittlichen Lebens obliegen. Am Schluffe der den „Schwarzen“ gewiß wohlgefälligen Schrift leht es noch einen kräftigen Hieb auf die gottlose Sozialdemokratie ab mit der erhabenen Weisheit, daß solches biedere Gegenständigkeitsverhältnis auf konfessioneller Grundlage den einzig wirklichen Schutz biete gegen die unheilvollen Konsequenzen jener modernen Diensthöfenorganisationen, deren letztes Ziel die Auflösung der Familie ist.

Abgesehen von der konfessionellen Spitze, die in der Hauptsache bloß auf den Seelenfang und auf Erhaltung in großgepöppeltem Dummheit berechnet ist, liehe sich einiges in besagtem Aufruf unterschreiben. Aus den Dienstmädchen — so heißt es anerkennend — rekrutieren sich tatsächlich die tüchtigsten Frauen des Arbeiterstandes. Ihr Beruf ermöglicht es ihnen vor allen anderen Berufsarten, sich die nötigen Fähigkeiten, die einer tüchtigen Hausfrau zufallen, anzueignen. Ja, wenn man das erkennt und offen zugesteht, warum wird dann die Hege gegen die moderne Diensthöfenbewegung katholischerseits in systematischer Form betrieben? Wollen denn die Mädchen dienenden Standes etwas anderes, als sich neben ihrem Lebensunterhalt und selbstverständlich unter ansänderiger Behandlung zu tüchtigen Frauen des Arbeiterstandes heranzubilden? Die bürgerlichen Zeitungen strotzen von teils erfundenen, teils übertriebenen Beispielen, nach denen die modernen Diensthöfen ihren Herrschaften die Pistole auf die Brust setzen. Allen voran das Scharblatt, das in seiner zwiespältigen „Dessentlichen Meinung“ keine Gelegenheiten vorübergehen läßt, um die moderne Diensthöfenteufelin als soziales Schreckgespenst an die Wand zu malen. Aber kein Fluch ist in diesem Herrschaftsorgan für die Gewohnheitsünden der Arbeitgeberinnen. Wenn in den Mißblättern das moderne Dienstmädchen mit seinen urkomischsten Ansprüchen zur emanzipierten typischen Figur erhoben ist, so glossiert das die schauerhaften Zustände, welche sich die Herrschaften selbst durch ihre Sklavenerneuerungen erst geschaffen haben. Nicht zügelloser Freiheits- und Vergnügungsdrang ist es, welcher unsere schulentwachsenen Mädchen dem Diensthöfenberufe entfremdet und in die doch auch höchst unfreie Fabrik treibt.

Wollen die Herrschaften, wozu in der katholischen Vereinschrift aufgefodert wird, ehrlich dahin wirken, daß der Diensthöfenberuf wieder mit einiger Lebensfreude ergriffen werden kann, so müssen sie sich selbst erkennen und das Messer an die eigenen Wunden legen. Weichwasser ist nicht mehr das Unverfallener, mit dem soziale Fragen von der schwerwiegenden Bedeutung der Diensthöfenfrage auf Pfaffenkommando zur Lösung gebracht werden.

Verfassungen — Veranstaltungen.

Wedding und Dramenburger Vorstadt, Donnerstag, den 10. September, 8 1/2 Uhr, bei Maabe, Kolberger Str. 28: Kassenabrechnung und Situationsbericht der Vertrauensperson.

Gerichts-Zeitung.

Eine bemerkenswerte Entscheidung für Mitglieder freier Hilfskassen.

Viele freie Hilfskassen, die Mitglieder aufnehmen, ohne die Bewerber vorher einer Untersuchung auf ihren Gesundheitszustand zu unterziehen, lassen die Bewerber die Erklärung abgeben, daß sie in den letzten Jahren (gewöhnlich drei) nicht krank gewesen seien. Die Aufnahmeanträge enthalten einen entsprechenden Vorwand. Diesen Vorwand lesen viele Mitglieder nicht und wenn sie es tun, so werden ihre Bedenken durch gewissenlose Agenten beseitigt und sie veranlaßt, den Tatsachen zuwider zu erklären, daß sie nicht krank gewesen seien. Erkrankt nun ein Mitglied, so wird von dem Kassenvorstand regelmäßig nachgeforscht, ob es nicht doch krank gewesen ist und wenn sich dies ergibt, kommt sicher der Ausschluß des Mitgliedes „wegen falscher Angaben bei der Aufnahme“. Die Mitglieder sehen sich dann um ihre Hoffnungen betrogen. Die ordentlichen Gerichte, die, wenn nicht durch Stant ein Schiedsgericht vorgelesen ist, über Unterstüßungsansprüche der Mitglieder zu befinden haben, bleiben fast immer am Wortlaut des Aufnahmeantrages hängen und erklären den von den Vorständen vorgenommenen Ausschluß für rechtmäßig. In einen erfreulichen Gegenfall zu dieser Rechtsprechung nach dem Buchstaben hat sich kürzlich das Landgericht zu Bayreuth gestellt. Die in Bayreuth domizilierte Deutsche Kranken- und Sterbeversicherungskasse A. G. hatte eine Witwe aus Frankfurt a. M., die auf Veranlassung des Agenten die Frage nach einer überstandenen Krankheit mit Nein beantwortet hatte, aufgenommen und verweigerte jede Unterstüßung. Vom Amtsgericht Bayreuth wurde der Standpunkt der Kasse gebilligt. Das Landgericht Bayreuth dagegen als Berufungsinstanz verurteilte die Kasse zur Leistung der Unterstüßung. Die Begründung des Urteils ist so bedeutungsvoll, daß wir sie in ihren Hauptstellen wörtlich zum Abdruck bringen wollen: „Der Ansicht des Vorderrichters, daß die Beklagte die Aufnahmeerklärung aus dem von ihr angegebenen Grunde wegen Irrtums ansetzen könne, war nicht beizutreten, denn eine Willenserklärung ist wegen Irrtums nur anfechtbar, wenn anzunehmen ist, daß sie der Erklärende bei Kenntnis der Sachlage und bei verständiger Würdigung des Falles nicht abgegeben haben würde (§ 119 des Bürgerl. Gesetzbuches Absatz 1). Da nun die Erkrankung, die sich die Klägerin im Jahre 1906 infolge einer Blutvergiftung zugezogen hatte, weder chronischer Natur, noch von der Art war, daß nachträglich noch Rückfälle zu befürchten gewesen wären, auch zur Zeit, wo die Klägerin ihre Aufnahme als Mitglied beantragte, längst völlig geheilt war, lag für die Beklagte keinerlei Veranlassung vor, jener Krankheit wegen das Beitrittsgesuch abzulehnen, vielmehr ist anzunehmen, daß sie die Klägerin auch dann als Mitglied aufgenommen haben würde, wenn sie von dem früheren Krankheitsfalle gewußt hätte.“

Aus dem gleichen Grunde findet hier eine Anfechtung wegen arglistiger Täuschung (§ 123 B. G. B.) nicht statt. Denn da die Beklagte annehmbar auch bei wahrheitsgemäßer Beantwortung der Frage Sa die Aufnahmeerklärung abgegeben haben würde, fehlt es an dem ursächlichen Zusammenhange zwischen dem Verhalten der Klägerin, in dem die arglistige Täuschung liegen soll, und der Abgabe der Erklärung.“

Es wäre zu wünschen, daß alle Gerichte sich auf diesen vernünftigen Standpunkt stellen möchten, dann wäre dem unerhörten Gebaren mancher freien Hilfskassen wenigstens in etwas ein Riegel vorgezogen.

Er ist kein Streikbrecheragent

Der Herr Strohsfeld, Bezirksleiter der Hirsch-Dunder'schen Metallarbeiter in Breslau, aber Streikbrecher zu verurteilt wurde, er doch — an dieser Tatsache vermochte auch das Breslauer Oberlandesgericht nichts zu ändern, das als Revisionsinstanz in einer Beleidigungsklage des Herrn Strohsfeld gegen den Genossen Davidsohn als Verantwortlichen des „Vorwärts“ zu entscheiden hatte. Im März dieses Jahres hatte nämlich unser Blatt unter der Spitzmarke „Der Oberhirsch als Streikbrecheragent“ eine Korrespondenz aus Breslau gebracht, in welcher mitgeteilt war, daß der besoldete Bezirksleiter des Hirsch-Dunder'schen Metallarbeitergewerkschafts in Breslau — eben der Herr Strohsfeld — bei Gelegenheit eines in Piesnitz bei Beibitz ausgebrochenen Streiks Mitglieder seiner Organisation als Arbeitswidrige dorthin zu vermitteln versucht hatte. Das Breslauer Schöffengericht hatte auf die von Strohsfeld angelegte Klage hin erklärt, die Behauptung, Strohsfeld sei ein Streikbrecheragent, sei nur der Ausdruck einer bewiesenen Tatsache und habe daher den Genossen Davidsohn freigeprochen. Die Strafkammer aber entschied, daß eine formelle Beleidigung vorliege und verurteilte Davidsohn zu 20 M. Geldstrafe. Diese Strafe ist jetzt in der Revisionsinstanz vom Breslauer Oberlandesgericht bestätigt worden.

Bandendiebstähle.

Eine aus 14 Köpfen bestehende jugendliche Diebesbande wurde gestern zum Teil aus der Untersuchungshaft beziehungsweise der Zwangsregierung der Ferienstrammer des Landgerichts III vorgeführt, um sich wegen Bandendiebstahls und Hehlerei zu verantworten. Die Angeklagten sind 13-16jährige Arbeiterkinder und Schüler, die sich beim Suchen nach Arbeit zusammengefunden und den Plan gefaßt hatten, durch Diebstahlfahrten sich in den Besitz von Waren und Geld zu setzen. Sie machten vorwiegend Straßenzüge Charlottenburgs unsicher, verlegten aber das Feld ihrer Tätigkeit auch nach dem Westen Berlins. In mehreren Fällen erbeuteten sie bei Zigarrenhändlern Hunderte von Zigaretten, in einem Papiergeschäft in Charlottenburg stahlen sie zweihundert Neujahrskarten, in mehreren Schlächtergeschäften fielen ihnen Würste zur Beute, in größeren Kaufhäusern fanden sie Gelegenheit, dort aufgestellte Waren verschwinden zu lassen. Dazu traten mehrere Fälle, in denen Schauläden erbrochen und ausgeplündert wurden. Zwei besonders heftige Angeklagte waren in die augenblicklich unbewachten Geschäftslöcher eines Schuhmachers, eines Witzhändlers und eines Wäders gedrungen, hatten sich der Ladentasse bemächtigt und waren davongeeilt, noch ehe der betret. Geschäftsinhaber aus dem neben dem Laden liegenden Zimmer auf der Verfolgung ergriffen. In mehreren Fällen wurde kleinen Kindern auf der Straße, bezw. auf Hausfluren das Geld, welches sie zum Einholen von Kaufmannswaren in der Hand trugen, abgenommen. Auch ein Fall regelrechter Leichenfledderei lief mit unter. Nicht weniger als 41 solcher Fälle des Diebstahls waren unter Anklage gestellt. Der Hauptschuldige war ein Arbeitsburche Willi R., der mit einem anderen, geistkranken und deshalb verhandlungsunfähigen Wurschen eine Art Anführerrolle hatte und bei mehr als 30 Raubzügen dieser Art beteiligt war. Gegen ihn erkannte der Gerichtshof auf neun Monate Gefängnis unter Anrechnung von acht Monaten Untersuchungshaft, ein gleichfalls hervorragend beteiligter Arbeitsburche R. wurde zu acht Monaten, einer zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Gegen die übrigen Angeklagten lautete das Urteil auf sechs Wochen, bis herab auf zwei Tage Gefängnis. Ein Angeklagter wurde freigesprochen.

Ein nützlicher Ueberfall durch zwei Rowdys

fand gestern vor dem Schöffengericht Berlin-Lichtenberg seine Sühne. Wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung waren der Monteur Paul Krieger und der Arbeiter Kallies angeklagt. Der Erstangeklagte, der zurzeit eine ihm wegen gefährlicher Körperverletzung zubierte einjährige Gefängnisstrafe verbüßt, gehört zu jenen leichtsinnigen Subjekten, die des Nachts die Straßen unsicher machen und harmlos des Weges gehende Passanten ohne die geringste Veranlassung antempeln und zu Boden schlagen. — In der Nacht zum 1. Juni dieses Jahres ging der Förster Stegemann in Begleitung des Monteurs Egler durch die Alfredstraße in Lichtenberg. Die beiden Angeklagten kamen ihnen entgegen und brachten ihre Absicht dadurch sehr deutlich zum Ausdruck, daß sie den harmlos ihres Weges gehenden Leuten ein Bein stellten. Während die beiden Zeugen hierdurch am Weitergehen behindert waren, fragte Krieger den Förster, ob er Feuer bei sich habe. Als Stegemann verneinte, schlug ihn der Angeklagte mit den Worten: „Dann werde ich es Dir aus den Augen schlagen!“ mit der geballten Faust mitten in das Gesicht, so daß der Beschlagene infolge dieses unvernünftigen Angriffs zu Boden stürzte. Krieger schlug nunmehr wie ein Unsinntiger auf den am Boden Liegenden ein und ergriff dann die Flucht. Der zweite Angeklagte, Kallies, war unterdessen auf Egler eingedrungen und hatte versucht, diesen ebenfalls zu Boden zu werfen. Er kam hierbei aber an den Unrechten, denn der ihm an Körperkraft weit überlegene Egler prügelte ihn windelweich und übergab ihn dann einem hinzueilenden Schuttmann. — Der Staatsanwalt beantragte gegen Krieger eine Gefängnisstrafe von einem Jahre, gegen Kallies nur eine Geldstrafe von 100 M. Das Gericht war jedoch der Ansicht, daß derartige brutale und rohe Vorgehensweise eine Milde nicht verdienten und erkannte gegen Krieger auf eine Inhaftstrafe von einem Jahre, gegen Kallies auf zwei Monate und einer Woche Gefängnis.

Ein Glendbild.

Der Bergmann H. Bayer und seine Ehefrau wurden vom Landgericht in Bamberg wegen Ruppelrei zu zwei und drei Wochen Gefängnis verurteilt, weil sie den intimen Verkehr ihrer Tochter mit einem Schlafburche nicht verhindert haben. Die Eheleute besitzen eine Wohnung mit einem Zimmer, einem Kämmerchen und einem Winkel, den man Erker nennt. In diesen Räumen stehen drei Betten, in die sich 15 Personen zu jein haben: die Eheleute, zwölf Kinder und ein Schlafgänger. Unter solchen Umständen alle sittlichen Pflichten wahrzunehmen, mag für die in größter Not lebenden Eheleute sehr schwer sein. Die Verhandlung enthielt geradezu schredliches, unbeschreibliches Glend!

Der Vater Staat haut zwar mit dem Volksgeldmittel drein, er vermag aber nicht Zustände zu schaffen, um auch den Vermissten unter den Armen ein menschenwürdiges Dasein zu ermöglichen.

Kommerzienrat und Steuerhinterzieher.

Den Staat betrogen hat der königliche Kommerzienrat Georg Baumann, der Besitzer der großen Gmollwerke in Amberg (Oberpfalz). Er wurde vom dortigen Landgericht wegen Hinterziehung von Kapitalrentensteuer zu 4885,25 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Herr gibt sich bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit als braver Patriot, was ihn aber nicht hinderte, das zu unterschlagen, „was des Kaisers ist“.

Eingegangene Druckschriften.

Fr. 10 des „Lüddendischen Postillon“ (Verlag M. Ernst, München) ist soeben erschienen. Das Titelbild behandelt die Einkommensteuer, das Schlußbild die Konstitution in der Türkei, der „frankie Mann“ ist der Quasalberci überdrüssig und verläßt es mit der Naturgeschichte. Ein weiteres Bild zeigt den Schah von Persien im gemeinsamen Norden mit dem russischen Caren. „Jendule Cse“, ein Gesellschaftsbild, läßt uns einen Blick in moderne Chen tun. Aus dem türkischen Inhalt haben wir hervor: Zum Nürnberger Parteitag (Reizgedicht), Was in der Welt vorgeht, Rose Sonette in drei Abteilungen, Konfessionelle Weltrevolution, Revolutionelles, Juppelin über Stuttgart, Wädinger Buch, Das freudige Ereignis, Sedanfeier, des Kaiserreichs Glanz und Ende.

Multifizierte Sittengeschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Herausgeber: Ed. Juch. Komplette 20 Hefungen a 1 M. Verlag: A. Langen in München.

„März“, Halbmonatsschrift für deutsche Kultur. Herausgeber: A. Thoma, D. Hoffe, K. Langen, K. Kram. Erstes Septemberheft. Preis 1,20 M. Verlag K. Langen in München.

Strandbesonderheit der Umgebung von Stenoberg mit dem Blumenthal-Bald. 75 St. Landkartenverlag J. G. Straube, Berlin SW. 13. Preis 1,20 M. Verlag K. Langen in München.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Mittwoch, 9. September.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Königl. Opernhaus. Gar und Zimmermann.
Königl. Schauspielhaus. Die Kabinenleiterin.
Deutsch. Reitenlieder.
Kammerstücke. Gutes und kein Ring. (Anfang 8 Uhr.)
Anfang 8 Uhr.

Leffing. Der Raub der Sabinerinnen.
Neues. Außerhalb der Gesellschaft.
Neues Schauspielhaus. Faust. (I. Teil.) Anfang 7 Uhr.
Anfang 8 Uhr.

Alteins. 2X2-5.
Romische Oper. Tiesland.
Rebens. Der Floh im Ohr.
Gebbel. Der Liebhaber.
Univiertelhaus. Die blaue Maus.
Trianon. Fräulein Josefine — meine Frau.

Wachen. Ein Holzbaum.
Schiller O. (Königl. Theater.)
Der Richter von Palamoa.
Schiller. Charlottenburg. Das Stiftungsfest.

Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Gnomon.
Neues Operetten. Die Dollarprinzessin.

Vorung. Jaja.
Luisen. Staatsanwalt Alexander.
Thalia. Das Mitternachtsmädchen.
Bernhard Rose. Das demoiste Haupt.

Apollo. Vera Violetta. Spezialitäten.
Metropol. Donnerwetter — tadellos.
Gebrüder Herrnfeld. Das kommt davon. Vorher: Es lebe das Nachtleben.

Wahne. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Kassino. Romische August Knoche. Spezialitäten.

Golles-Caprice. Die Brautjungfer. Die lästige Witwe.
Berliner Prater. Berlin, wie es weint und lacht. (Anf. 7 Uhr.)
Carl Haberland. Spezialitäten.
Gustav Behrend. Die Gaudenprinzessin. Spezialitäten.

Reichshallen. Steffner Sänger.
Walhalla. Spezialitäten.
Urania. Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr: Eine Nilfahrt bis zum zweiten Katarakt.

Sternwarte. Invalidenstr. 57/58.

Neues Theater.
Außerhalb der Gesellschaft.
Anfang 8 Uhr.
Donnerstag und Freitag: Außerhalb der Gesellschaft.
Sonnabend zum erstenmal: Der Prinz d'Kuree.

Theater des Westens.
Abendlich 8 Uhr:
Ein Walzertraum.
Operette von Oscar Strauß.
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr. In beiden Breiten: Die lästige Witwe.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Mittwoch, 9. September, Anf. 8 Uhr:
Egmont.
Donnerstag: Was ich wieder kam.
Freitag: Gnomon.
Sonnabend: Am weißen Rößl.

Hebbel-Theater.
Königsgrüner Str. 57/58, Anf. 8 Uhr.
Der Liebhaber.
Komödie in 4 Akten v. Bernard Shaw.
Vorg. u. folg. Tage: Der Liebhaber.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Die blaue Maus.

Lortzing-Theater
Selle-Platzstraße 7/8.
Heute 8 Uhr:
Schauspiel Hedwig Lange.
Zaza. 154/8*
Sonntagnachmittag 3 Uhr: Am Klavier.

Residenz-Theater.
— Direktion: Richard Alexander. —
Abends 8 Uhr:
Der Floh im Ohr.
Schwanke in 3 Akten von G. Feydeau.
Deutsch von Wolf-Dacobs.
Chandosische-Parade: Richard Alexander.
Vorg. und folgende Tage: Der Floh im Ohr.

Brunnen-Theater
Badstraße 58. Direkt.: Willi Voigt.
Täglich:
Mit vollen Segeln.
Erstklassige Spezialitäten.

Richard Morescos
wilde Königin
Spannendste Raubtiergruppe der Gegenwart.
Vorverkauf von 10 Uhr ab.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:

Eine Nilfahrt bis zum zweiten Katarakt.

ZOOLOGISCHER GARTEN

Täglich nachm. 4 Uhr:
Gr. Militär-Doppel-Konzert
Eintritt 1 M.,
von abends 6 Uhr ab 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren
— die Hälfte. —

Luisen-Theater.

Abends 8 Uhr:
Staatsanwalt Alexander.

Donnerstag: Helga.
Freitag: Helga.
Sonnabend: Staatsanw. Alexander.

BERNHARD ROSE THEATER

Dr. Frankfurter Str. 132.
Das demoiste Haupt.
Anf. 8 Uhr. Bodentagspr.
Auf der Gartenbühne:
Theatervorstellung. Gen.-M.-Gen.
Drosow, künftl. Reichsch. Anf. 5 Uhr.

Metropol-Theater

Unter persönlicher Leitung des
Komponisten **Paul Lincke.**
Zum 5. Male:

Donnerwetter
tadellos!

Große Jahresrevue in einem Vorspiel u. 9 Bildern v. Jul. Freund.
Musik von Paul Lincke. In Szene gesetzt von Dir. Richard Schultz.
Die Tänze einstudiert v. Ballettmeister Louis Grundlach.
Anf. 8 Uhr. — Rauchen gestattet.

Apollo Theater

Täglich:
Trilby-Svengali?
Kunst und Mystikum.

Paul Spadoni
der König der Kraftatletik. 9 1/2:

Vera Violetta.

WINTER GARTEN

Eröffnungs-Programm.

The Zancigs — Joseph Joseph, Sänger — Ephraim Thompson, dressierte Elefanten — Okabe, Japaner-Truppe — Die 5 Mowatts, Keulen-Jongleure — Die 12 Tiller-Girls, engl. Gesangs- u. Tanztruppe — Cornelia und Eddie, amerikanische Exzentriks — Der Zukunftspreis, Wettrennen m. lebenden Pferden. Karl Hertz, Zauberkünstler. Boyer de Lafory, französ. Sängerin. Der Biograph.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
Na endlich!
Pariser Extravagans mit

Paulette van Roy
und das kolossale

Eröffnungsprogramm
14 erstklassige Spezialitäten.

Passage-Panoptikum.
Ohne Extra-Entree.
Der Riese
aller Riesen
Pisjakoff
Eintritt 50 Pf.
Kinder, Soldaten 25 Pf.

Jahresbericht des Vorstandes des sozialdemokratischen Vereins für den 8. u. 10. schleswig-holsteinischen Reichstagswahlkreis 1907/8. 82 Seiten. Verlag: E. Bichhoff in Altona.

Tätigkeitsbericht des sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Frankfurt a. M. 1907/8. 40 Seiten. Selbstverlag.
Kiel? — Wilhelmshaven! Von Th. Kämmerer. 30 Pf. Verlag: G. Hoffmann, Stralburg.

Schiller-Theater.

O. (Wallner-Theater.)
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Der Richter von Zalamea.
Schauspiel in 3 Akten von Calderon de la Barca.

Donnerstag, abends 8 Uhr:
Stein unter Steinen.

Freitag, abends 8 Uhr:
Das Stiftungsfest.

Zirkus Busch.
Donnerstag, den 10. September, abends 7 1/2 Uhr:
Gala-Premiere.
Erstes Auftreten in Deutschland nach fünfjähriger Tournee in Australien und Amerika.

Houdini
der König der Ausbrecher (die Befreiung unter Wasser!) sowie das wohl. neue Programm! Die Tricks lassen sich täglich von 10 Uhr an geöffn. Billette sind ferner zu haben: Beim Jubiläumskont. unter den Linden 24 und in der Billard-Abteilung d. Barenhauses N. Wertheim, Leipziger Straße 132/133.

Neues Operetten-Theater.
Schiffbauerdamm 25, a. d. Lustenfr. Neu einstudiert! Anfang 8 Uhr:
Die Dollarprinzessin.
Operette in 3 Akten v. A. B. Millner.

Gebrüder Herrnfeld-Theater.
Anfang 8 Uhr. Vorverk. 11-2 Uhr.
57 Kommandantenstr. 57

Das kommt davon!
mit dem Vorspiel:
Es lebe das Nachtleben.
Komödie in 3 Akten von Anton und Donat Herrnfeld.

Galastheater
Burgstr. 24, 2 Min. v. Hof. Börse. Täglich 8 Uhr. Galerie 30 Pf.
Der einzig dastehende Eröffnungs-Spielplan!

12 Attraktionen 1. Ranges 12. U. a.: The 5 Rahnes, Schleuderbreit - Akrobatin. Montani Sisters, Doppeldrachstein-Mit. Mit Irons and Maxon, musikal. Virtuosen. Dazu:
Der Seefadett.
Eingpiel in 2 Akten.
Familienarten wochentags 2 halben Klassenpreis gültig in allen Barbier-, Pfeifer- u. Zigarrengeschäften gratis!

Berliner Prater-Theater
Kastanien-Allee 7-9.
Berlin wie es weint und lacht.
Volksstück mit Ges. in 3 Akten und erstklassige Spezialitäten.
Anf. Sonntag 4 Uhr. Wochent. 4 1/2 Uhr. Bei ungünstiger Witterung im Saal.

Das tägliche Ziel vieler 1000 Schaulustiger bildet die
Hagenbeck-Schau
Berlin, König-, Ecke Neue Friedrichstraße. 213/5*
Täglich abends 8 Uhr: Große Vorstellung.

Jeden Sonntag, Mittwoch u. Sonnabend 2 große Vorstellungen, nachm. 4 u. abends 8 Uhr. Jeden Sonntag von 11 Uhr vorm. bis 12 1/2 Uhr Besichtigung u. Fütterung der Raubtiere. Jeden Wochentag ab 10 Uhr vorm. bis 12 1/2 Uhr mittags hochinteressante Raubtierdresur-Proben. Besichtig. u. Fütterung d. Raubtiere geg. ein Entree v. 50 Pf. f. Erwachs. u. 25 Pf. f. Kinder.

In Ihrem eigenen Interesse
liegt es, meine Damen, schon im September, bevor die besten Modelle bei

Westmann Hauptgesch.: Berlin W., Mohrenstr. 37a (kein Eckhaus, 2. Haus v. d. Jerusalemstr. 115) und Gr. Frankfurterstr. 115 (kein Eckhaus, 2. Haus von d. Andreasstraße, vergriffen sind, Ihren Bedarf in

Herbst- und Winter-Konfektion zu decken!

Mäntel, Paletots, Jacketts, Capes, Fichus, Phantasiepièces, Pelzkonfektion, Plüschkonfektion, Abendmäntel, Kostüme, Kleider, Röcke, Blusen etc. etc.

elegante neueste Façons!! Moderne Stoffe!!
tellweise zur Hälfte des Wertes:
Original-Wert bis M. 20.— bis M. 30.— bis M. 40.— bis M. 50.— bis M. 100.—
jetzt nur M. 10.— nur M. 15.— nur M. 20.— nur M. 25.— nur M. 50.— etc.

Neu aufgenommen! **Imitierte Perlaner!** Neu aufgenommen!
Ein großer Posten Übergangsmäntel schon zu M. 8.— zum Ausschauen!

Die noch in großer Auswahl vorhandene Frühjahrs- und Sommerkonfektion gebe ich jetzt zu jedem annehmbaren Preise ab!

Prüfungs- und Einsegnungskleider ausnahmsweise billig!

Man achte gefälligst genau auf meine Firma und Hausnummer.

Sonntag geöffnet 8-10, 12-2 Uhr.
Gratis bei Einkauf von nur M. 15.— an: Ein eleganter Bordürenrock oder Bluse!

Original-Wert bis M. 20.— bis M. 30.— bis M. 40.— bis M. 50.— bis M. 100.—
jetzt nur M. 10.— nur M. 15.— nur M. 20.— nur M. 25.— nur M. 50.— etc.

Neu aufgenommen! **Imitierte Perlaner!** Neu aufgenommen!
Ein großer Posten Übergangsmäntel schon zu M. 8.— zum Ausschauen!

Die noch in großer Auswahl vorhandene Frühjahrs- und Sommerkonfektion gebe ich jetzt zu jedem annehmbaren Preise ab!

Prüfungs- und Einsegnungskleider ausnahmsweise billig!

Man achte gefälligst genau auf meine Firma und Hausnummer.

Sonntag geöffnet 8-10, 12-2 Uhr.
Gratis bei Einkauf von nur M. 15.— an: Ein eleganter Bordürenrock oder Bluse!

Original-Wert bis M. 20.— bis M. 30.— bis M. 40.— bis M. 50.— bis M. 100.—
jetzt nur M. 10.— nur M. 15.— nur M. 20.— nur M. 25.— nur M. 50.— etc.

Neu aufgenommen! **Imitierte Perlaner!** Neu aufgenommen!
Ein großer Posten Übergangsmäntel schon zu M. 8.— zum Ausschauen!

Die noch in großer Auswahl vorhandene Frühjahrs- und Sommerkonfektion gebe ich jetzt zu jedem annehmbaren Preise ab!

Prüfungs- und Einsegnungskleider ausnahmsweise billig!

Man achte gefälligst genau auf meine Firma und Hausnummer.

Sonntag geöffnet 8-10, 12-2 Uhr.
Gratis bei Einkauf von nur M. 15.— an: Ein eleganter Bordürenrock oder Bluse!

Original-Wert bis M. 20.— bis M. 30.— bis M. 40.— bis M. 50.— bis M. 100.—
jetzt nur M. 10.— nur M. 15.— nur M. 20.— nur M. 25.— nur M. 50.— etc.

Neu aufgenommen! **Imitierte Perlaner!** Neu aufgenommen!
Ein großer Posten Übergangsmäntel schon zu M. 8.— zum Ausschauen!

Die noch in großer Auswahl vorhandene Frühjahrs- und Sommerkonfektion gebe ich jetzt zu jedem annehmbaren Preise ab!

Prüfungs- und Einsegnungskleider ausnahmsweise billig!

Gutwurf einer Strafprozedurordnung und Novelle zum Gerichtsverfassungsgesetz nebst Begründung. 305 Seiten. Verlag: O. Liebmann, Berlin W. 57.

Lehrerzeitlicher Arbeiter-Kalender für das Jahr 1909. 80 Heller. Verlag: J. Brand u. Co., Wien, Gumpendorfer Straße 18.
Die Nürnberger Arbeiterbewegung 1908-1908. Von Georg Gärtner. Fränkische Verlagsanstalt und Buchdruckerei Nürnberg.

Sozialdemokratischer Verein im 5. Berliner Reichstagswahlkreis.

Am Freitag, den 4. d. M., verstarb unser Mitglied

Franz Skoruppa
Grosswalder Straße 195.
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 9. September, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Kranenhaus am Friedhofskaplan am nach dem Begräbnis-Kirchhof, Weihensee, Berlin, 17-19, statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Todes-Anzeige.
Am 5. September verstarb unser Mitglied, der Schwitz

Johann Wenzel,
Koloniestr. 70.
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 9. September, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Todes-Anzeige.
Am 5. September verstarb unser Mitglied, der Schwitz

Johann Wenzel,
Koloniestr. 70.
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 9. September, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Klampner

Gustav Wagenknecht
am 5. d. Mts. an Lungenleiden gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 9. September, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Gnadenfriedhofes, Barfußstraße, aus statt. Ein Geistlicher geht mit.

Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, der Kohlenarbeiter

Emil Teige
am 6. September im Alter von 61 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 9. September, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Kreuzkirchhofes, Rarierstraße, aus statt.

Die Ortsverwaltung II.

Danksagung. 14915
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben unvergesslichen Frau

Ilda Nagler
sage ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten, sowie dem Verbands der freien Gasse- und Schanzelste Deutschlands herzlichsten Dank.
Gustav Nagler, Schönhauser Allee 33.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme anlässlich des Hinscheidens unserer leider zu früh entschlafenen ungeliebtesten Angehörigen

Auguste Gränig
geb. Herrmann.
sagen wir allen Verwandten, Bekannten, sowie dem Kollegen vom Bleich- und Sandholzwerk der Firma Bergmann, Wilhelmstr. und dem Gewerkschafts-Verein „Ober-Schönhauser Liebestift“ unseren herzlichsten Dank.
Über-Schönhauser.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Westmanns
Trauermagazin
Dauergeschäft Berlin W., Mohrenstr. 37a, kein Eckhaus, 2. Haus v. d. Jerusalemstr. 115, kein Eckhaus, 2. Haus von d. Andreasstraße, vergriffen sind, Ihren Bedarf in

seiner Leistungsfähigkeit und seine billigen Preise durch Raumersparnis u. geringe Spesen geschmackvolle Auswahl in fertiger Trauer-Garderobe für Damen und Mädchen.

Sehen ersuchen:
Die preussische Polenpolitik
in ihren Ursachen und Wirkungen.
Von Herm. Wendt.
Preis 60 Pf.
Expedition des „Vorwärts“,
Lindenstraße 69 (Laden).

Sehen ersuchen:
Die preussische Polenpolitik
in ihren Ursachen und Wirkungen.
Von Herm. Wendt.
Preis 60 Pf.
Expedition des „Vorwärts“,
Lindenstraße 69 (Laden).

Sehen ersuchen:
Die preussische Polenpolitik
in ihren Ursachen und Wirkungen.
Von Herm. Wendt.
Preis 60 Pf.
Expedition des „Vorwärts“,
Lindenstraße 69 (Laden).

Sehen ersuchen:
Die preussische Polenpolitik
in ihren Ursachen und Wirkungen.
Von Herm. Wendt.
Preis 60 Pf.
Expedition des „Vorwärts“,
Lindenstraße 69 (Laden).

Sehen ersuchen:
Die preussische Polenpolitik
in ihren Ursachen und Wirkungen.
Von Herm. Wendt.
Preis 60 Pf.
Expedition des „Vorwärts“,
Lindenstraße 69 (Laden).

Sehen ersuchen:
Die preussische Polenpolitik
in ihren Ursachen und Wirkungen.
Von Herm. Wendt.
Preis 60 Pf.
Expedition des „Vorwärts“,
Lindenstraße 69 (Laden).

Sehen ersuchen:
Die preussische Polenpolitik
in ihren Ursachen und Wirkungen.
Von Herm. Wendt.
Preis 60 Pf.
Expedition des „Vorwärts“,
Lindenstraße 69 (Laden).

Sehen ersuchen:
Die preussische Polenpolitik
in ihren Ursachen und Wirkungen.
Von Herm. Wendt.
Preis 60 Pf.
Expedition des „Vorwärts“,
Lindenstraße 69 (Laden).

Sehen ersuchen:
Die preussische Polenpolitik
in ihren Ursachen und Wirkungen.
Von Herm. Wendt.
Preis 60 Pf.
Expedition des „Vorwärts“,
Lindenstraße 69 (Laden).

Sehen ersuchen:
Die preussische Polenpolitik
in ihren Ursachen und Wirkungen.
Von Herm. Wendt.
Preis 60 Pf.
Expedition des „Vorwärts“,
Lindenstraße 69 (Laden).

Sehen ersuchen:
Die preussische Polenpolitik
in ihren Ursachen und Wirkungen.
Von Herm. Wendt.
Preis 60 Pf.
Expedition des „Vorwärts“,
Lindenstraße 69 (Laden).

Sehen ersuchen:
Die preussische Polenpolitik
in ihren Ursachen und Wirkungen.
Von Herm. Wendt.
Preis 60 Pf.
Expedition des „Vorwärts“,
Lindenstraße 69 (Laden).

In den früheren Räumen des
Warenhauses Fr. Pfingst & Co., König-Strasse No. 33

eröffne ich am Sonnabend, den 12. September ein
Kaufhaus für Gelegenheitskäufe

und bringe Waren von den einfachsten bis zu den elegantesten Genres in
Herren-, Damen- und Kinder-Konfektion, Woll- und Seidenstoffe, Teppiche, Gardinen, Möbelstoffe,
Handschuhe, Strümpfe, Trikotagen, Kurzwaren, Tappiserie, Weisswaren, Damen-Putz, Schuhwaren,
Leinen, Baumwollwaren, Krawatten, Herrenwäsche, Damenwäsche sowie ganze Braut-Ausstattungen.

Alexander Cohn.

Volksgarten-Theater

am Bahnhof Gesundbrunnen.
Für die Winter-Saison
empfehle meine 400-1000 Personen
fassenden Feste auch Sonntags
an Vereine und Gewerkschaften zu
günstigen Bedingungen; auch noch
einige Sonnabende frei.

Parodie-Theater

Dresdener Straße 97.
Spre: Cavalleria-Rustikana und
die urkomische Barletta
„Berlin steht Kopf“.
Anfang Sonnt. 8, Besetzt. 5 1/2, Uhr.

Reichshallen-Theater

Täglich:
**Stettiner
Sänger.**
Anf. Wochentags 8 Uhr,
Sonntags 7 Uhr.
Reichshallen-Garten und
Restaurant: Militär-Konzert.

Sanssouci

Kaltbuser
Straße 6.
Direktion Wilhelm Reimer.
Jed. Sonntag, Montag u.
Donnerstag:
**Hoffmanns
Norddeusch. Sänger**
und Tanz.
Ausgewähltes Programm
Beg. Sonnt. 5, wochent. 8 U.

**Gustav Behrens-
Theater.**

Goltzstr. 9.
Neu! Neu! Neu!
Am Strande von Helgoland.
Küststättungs-Operette.
Wiederaufstreten von Gustav Behrens
und 10 erstklassige Spezialitäten.
Lustiges Kinematograph.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr

Berliner Eis-Palast

Lützowstr. 22/24.
Permanente
Eisbahn.
Von morgens 10 Uhr bis
nachts 12 Uhr geöffnet.
Täglich von 12 Uhr ab:
Großes Konzert.
Eintrittspreise:
Vormittags 10 bis 5 1/2, Uhr
0,75 M.; ab 5 1/2, Uhr 1 M.;
Kinder unter 12 Jahren
bis 5 1/2, Uhr 0,50 M.

Haben Sie Stoff?
Ich fertige davon Anzug od. Paletot
nach Mass, schnell, dauerh. Zutaten,
von 20 Mark an. Moritz Laband,
Neue Promenade 11, (Stadt-Hörst).

Bolero
ist nach dem
Urteil aller Sachverständigen
die
feinste 2 Pf.-Zigarette.
Garantiert Handarbeit!

Kunstgeigenbauer E. Toussaint
BERLIN C.
Joachimstraße 11 C,
liert Reparaturen,
auf Wunsch zugleich mit
vorz. Lönberbeilegerung.
Spezialität:
Erzeugung des alt-
italienischen Timbre
für große Säte an allen
u. neuen Geigen. =
Mäßiges Honorar. *

Reinen werten Freunden und Be-
kanten zur Nachricht, daß sich mein
Schankgeschäft jetzt
Sajöneberg, Hauptstraße 75,
bestudet. Richard Froelich, Gastwirt.
Ohne Anzahlung! Portieren,
Gardinen, Stoppdecken, Teppiche, Uhren,
Bettwäsche und Kleider!
L. Matzner, Auguststr. 50.
Nur Postkarte erbeten.

Original
**Reichel
Essig-
Essenz**

gibt feinsten u. milden feinsten
Einmache-Essig.
Von ärztlichen Autoritäten
als gesünder Essig anerkannt.
Originalflaschen 1 M., 1/2, 1/4, 1/8 M.
Überall in den Drogerien u.
Geschäften erhältlich, wo nicht
direkter Versand, von der Fabrik
**Otto Reichel, Berlin SO 43,
Eisenbahnstr. 4.**
Nur echt u. rein
bei unversch. Kopiel-
verschl. mit Marke „Lichtherz“.

Brauerei Friedrichshain
früher Lipps, Am Königstor.
Oekonom: Ernst Liebing.
Vom 3. September 1908 ab auf kurze Zeit täglich:
Großes bayerisches Keller-Fest
Orig. bayr. Königskapelle, die Untersberger, die
bayr. Schrammeln in Heimatstracht. — Gr. Fest-Aufführungen.
Belustigungen jegl. Art. — Gr. Prämierungen sowie Gratisverlosungen.
Bedienung durch ca. 30 oberbayr. Madln in Heimatstracht. Anf. 5 Uhr.
Entree Wochentags 20 Pf. — Bei ungünstiger Witterung im großen Saal.

Schwarzer Adler
Friedrichsberg, Fernsprecher Nr. 8. Frankfurter
Chaussee 5.
Jeden Mittwoch:
Großes Militär-Konzert
angeführt von der Jugendwehr.
Soiree der Apollo-Sänger.
Nach der Vorstellung: Familien-Kränzchen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Berlin.

Donnerstag, den 10. September, abends 8 1/2, Uhr:
General-Versammlung
bei Freyer, Köpenstraße 29.
Tages-Ordnung:
1. Bericht vom Gewerkschafts-Kongress. Referent: Kollege Th. Glöck. 2. Diskussion. 3. Antrag betreffend
die Zusammensetzung der Generalversammlung. 69/20
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. Die Ortsverwaltung.

Zu herabgesetzten Preisen
geben wir folgende Schriften ab:
**Im Reiche
der Freiheit.**
Briefe über den Sozialismus
von Robert Blatchford.
Aus dem Englischen frei über-
setzt von Henry Wright.
Preis statt 1 M. nur 50 Pf.
In England ist das Buch in
mehr als einer Million Exem-
plaren verbreitet.
**Die Entwicklung
zum Sozialismus**
von Professor
Emile Vandervelde.
Autorisierte Uebersetzung aus dem
Französischen von Dr. Albert
Stöckum.
Preis statt 3 M. nur 1 M.
Expedition des „Vorwärts“
Berlin SW.
Lindenstr. 69, Laden.

Leber 100 Morgen
neu aufgeschlossenes Gefände,
5 Minuten vom Bahnhof
Kaulsdorf
20 Pfennig-Tour
Güterbhf. 3/4hr. Ansfahrt, be-
stige Wohnungen, bester
tehmig. Gartenbod., Gas- u.
Wasserleit., glückl. Jaglungs-
beding., langjähr. Hypothek.
Best noch
□ R. von 10 M. an.
Auskunft auf unser Terrain
an d. Hönowertstraße u. im
Bahnhof-Rest. Boboy, Tel.
Nieschalke & Nitsche
Berlin, Neue Königstr. 16

**Verband der freien Gast- und Schankwirte
Deutschlands. (Zahlstelle Berlin.)**

Bezirksversammlungen:
Bezirk 1. Donnerstag, den 10. September, beim Kollegen
Kirchhoff, Weißstraße 9.
" 2. Freitag, den 11. September, beim Kollegen Wolf-
gramm, Uferstraße 677.
" 3. Freitag, den 11. September, beim Kollegen Gott,
Strahmannstraße 29.
" 4. Freitag, den 11. September, im Gewerkschaftshaus,
Engelstraße 15.
" 5. Donnerstag, den 10. September, beim Kollegen
Schmidt, Lindenstraße 3, dritter Hof.
" 6. Freitag, den 11. September, beim Kollegen H. Gahn,
Stralauer Straße 48.
Täglich nachmittags 5 Uhr.
75/16 Die Ortsverwaltung.

Achtung! Rixdorf!

Donnerstag, den 10. September, abends 8 1/2, Uhr,
im Lokal von Thiel, Bergstr. 151/152:
Volks-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Der Gewerbegerichtstag in Jena vom 27.-29. August.
(Referenten sind die Genossen Behrens, Körsten, Julius Vieweg
und Urban.)
2. Diskussion.
Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung erwartet recht regen Besuch
Die Gewerkschaftskommission Rixdorf.
NB. Der Stadtrat Herr Dr. Glücksmann ist zu dieser
Versammlung eingeladen. 800/4*

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Berlin.
Freitag, den 11. September, abends 8 Uhr, in den „Arminhallen“,
Kommandantenstr. 58/59 (Großer Saal):
Außerordentl. Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Bericht vom sechsten Gewerkschafts-Kongress. Referent: Kollege
Emil Bloth. 2. Diskussion. 84/10*
Zahlreichen Besuch erwartet Die Ortsverwaltung.

Steinarbeiter!

Filiale I.
Donnerstag, den 10. September, abends 8 1/2, Uhr:
Mitglieder-Versammlung
in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 58/59.
Tages-Ordnung:
1. Fortsetzung der Beratung sowie Beschlußfassung betreffend die Arbeits-
verhältnisse in den Kunststeinbetrieben. 2. Gewerkschaftliches.
In der Versammlung werden auch die „Steinarbeiter-“
Adressen für das nächste Quartal entgegengenommen. Später eingehende
Wendungen können nicht berücksichtigt werden. 172/3*
Zahlreichen Besuch erwartet Die Ortsverwaltung.
Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Heute Mittwoch findet für Berlin und Vororte der Zahlabend statt.

Partei-Angelegenheiten.

Zum heutigen Zahlabend

Sind noch folgende Mitteilungen besonderer Umstände wegen zu beachten:

Charlottenburg. Den Parteigenossen der vierten Gruppe zur Beachtung, daß der heutige Zahlabend gemeinsam im Volkshaus stattfindet. Vorher einem Vortrage des Genossen Dr. Vorwardt; sieben noch einige Neuwahlen von Funktionären auf der Tagesordnung.

Karlshorst. Heute Mittwoch Zahlabend bei Sabrowski. Diskussion über die Kassalischen Verfassungsreden.

Friedenau. Der Zahlabend findet für die einzelnen Bezirke in folgenden Lokalen statt: 1. Bezirk bei Huhn, Wagnerplatz. 2. Bezirk bei Witwe Hallmann, Stubenrauchstraße, Ecke Zaunstraße. 3. Bezirk bei Vorsch, Schwalbacher Straße 2. 4. Bezirk bei Schönfeld, Rheinstr. 30. 5. Bezirk bei Hegert, Köhneberg, Ecke Handjershstraße. 6. Bezirk bei Herzog, Rheinstr. 62. Der Vorstand.

Köpenick. Die Genossen werden darauf aufmerksam gemacht, daß der heutige Zahlabend sich mit der Neuwahl eines Parteipredikers beschäftigt wird.

Lankwitz. Die Mitglieder werden darauf hingewiesen, daß der heutige sowie die folgenden Zahlabende auf Vereinsbeschlüssen wie folgt abgehalten werden: 1. und 2. Bezirk im Lokal Edel, Marienfelder Straße 9. 3. und 4. Bezirk im Lokal Erpel, Rietzenstraße, Ecke Kaiser-Wilhelm-Straße. 5. und 6. Bezirk im Lokal Schulz, Kurfürstenstraße.

Wir bitten, diese Bekanntgabe auszuschnitten und aufzubewahren. Der Vorstand.

Zur Befriedigung des Kunstgenusses

Unter der Arbeiterschaft Berlins wird erfreulicherweise in immer steigendem Maße mehr getan. Die Volkshäuser unterstützen diese Bestrebungen durch Arrangierung von besonderen Abenden für ihre kunsttätigen Mitglieder, der Arbeiter-Sängerbund erstreckt durch den Zusammenschluß kleinerer, leistungsfähiger Vereine zu leistungsfähigen Chören das gleiche Ziel und die gewerkschaftlichen und politischen Organisationen sind nach Kräften bemüht, ihren Veranstaltungen einen künstlerischen Charakter zu geben durch Abhaltung besonderer Kunstabende. Wir haben uns durch Augenschein überzeugt, daß da, wo den Parteigenossen wirklich etwas Gutes geboten wurde, immer wieder der Wunsch laut wurde nach baldiger Wiederholung solcher Abende.

Im Zusammenhang hiermit möchten wir darauf hinweisen, daß in den nächsten Tagen wiederum mehrere solcher Abende stattfinden. Am kommenden Sonntag veranstaltet die 6. Abteilung des Wahlvereins für den 6. Kreis in den Germania-Sälen in der Chausseestraße (großer Saal) einen Kunstabend, der der heiteren Kunst in Wort und Ton gewidmet ist. Neben Rezitationen von Lessing, Goethe, Heine, Glasbrenner und Ludwig Thoma wird für ein gutes Konzert gesorgt sein, das vom Reuen Tonkünstlerorchester ausgeführt wird. Anfang präzise 8 1/2 Uhr. Billett 50 Pf.

Der Wahlverein für den 1. Kreis hat seinem Herbstfest, das am Sonntagabend 5 1/2 Uhr in der Reuen Philharmonie, Köpenicker Straße 96/97, stattfindet, einen ähnlichen Charakter gegeben. Mitwirkende: Max Schütte (Festrede), Frau Rina Marbon-Poljamer (Rezitation), Fel. Gertrud Bischoff (Gesang), Leo Kestenberg (Klavier), Gesangsverein „Typographia“. Ball. Billett 30 Pf. Verkauf an den bekannten Stellen.

Es ist den Veranstaltern ein volles Haus zu wünschen, damit in diesem Bestreben, den Arbeitern für geringes Geld wirkliche Genüsse geboten werden, fortgeföhrt wird.

Zur Lokalliste. In Mahlsdorf, Niederbarnim, steht uns das dortige Lokal von Schliefs, Dönowter Straße 6, nicht mehr zur Verfügung.

In Pichelsdorf, Potsdam-Dshavelland, hat das Lokal „Rheinsberg's Gartenlokal“ die Firma geändert in: „Pichelsdorfer Garten, C. Rupprecht“; dasselbe ist nach wie vor frei. Die Lokalkommission.

Zweiter Wahlkreis. Am Sonntag, den 13. September, veranstaltet der „Säden“ eine Herrenpartie zwecks Besichtigung der Anlagen und Wohnhäuser der Arbeiter-Vaughenossenschaft „Paradies“ in Wahnsdorf bei Grünau. Treffpunkt früh 8 1/2 Uhr am Sörliger Bahnhof. Abfahrt 8.40 nach Johannisdorf, von dort zu Fuß. Für Rucksäcke Treffpunkt von mittags ab in Grünau bei Franz, „Zur grünen Eke“, Köpenicker Straße 88.

Am Sonntag, den 27. September, findet bei Rabe, Fichtestraße 29, ein gemütliches Kaffeeloch und Kinderfest mit Tanz statt. Eintritt frei, Tanz 20 Pf.

Für beide Veranstaltungen bitten um zahlreiche Beteiligung Die Abteilungsleiter.

Beim Volksfest am Sonntag sind gefunden worden: eine Brosche und ein Kartel. Abzuholen bei R. Köderig, Planufer 92B.

Boghen-Nummelsburg. Die Parteigenossen und Genossinnen werden darauf hingewiesen, daß am heutigen Zahlabend in allen Bezirken ein Referat über die Organisationspflicht des weiblichen Proletariats in politischer Beziehung gehalten wird. Von den Mitgliedern wird daher erwartet, daß sie auch ihre Frauen und Töchter mitbringen werden. Der Vorstand.

Friedrichshagen. Den Parteigenossen der einzelnen Bezirke zur Nachricht, daß am Sonntag, den 13. September eine Flugblattverteilung stattfindet von den bekannten Bezirkslokale früh 8 Uhr. Das Erscheinen der Mitglieder ist dringend nötig.

Johannisdorf. Unser Zahlabend findet am Donnerstag, den 10. d. Mts., abends 8 Uhr, in den bekannten Lokale statt. Die Parteigenossen werden ersucht, ihre Wohnung bei dem Bezirksführer anzugeben. Auch findet Aufnahme von Frauen im Wahlverein statt. Der Vorstand.

Ortes. Heute Mittwoch, den 9. September, findet die Wahlvereinsversammlung statt. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Laubenland

Will die Stadt Berlin aus 44 Morgen ihres Grund und Bodens machen die am Schillerhain zwischen der See- und Reindendorfer Straße liegen. Hoffentlich wird dabei in einer Form vorgegangen, die besser als seither bei ähnlichen Verpachtungen den Interessen der Kolonisten entgegenkommt. Lediglich aus Bequemlichkeitsrücksichten wird nämlich dieses Laubenterrain nicht an die Laubenkolonisten direkt, sondern an sogenannte Generalpächter vergeben, die das Land dann weiter an Unterpächter abgeben.

Diese Zwischenunternehmer wuchern nun die Laubenkolonisten in der ungeheuersten Weise aus. Geschieht dies nicht direkt, so geschieht dies indirekt in den Schanzhöfen, die auf dem gepachteten Terrain eingerichtet werden. Der den Laubenpächter, der gewöhnlich auch der Hauptpächter ist, nicht genügend frequentiert, der mag nur seine Laube abbrechen und die Parzelle verlassen! Um diesem Wucher ein Ziel zu setzen, hat sich schon vor Jahren ein „Bund der Pflanzervereine“ gebildet, der auch ein vierzehntägig erscheinendes Organ, „Der Laubenkolonist“ herausgibt. Der Magistrat von Berlin hat diesem Bunde auch feierlich zugesagt, ihn von neu auszuschreibenden Landverpachtungen zu unterrichten und gegen das Kontinentwesen in den Laubenkolonien vorzugehen. Aber wie dieser Tage in einer von nahezu 700 Laubenkolonisten besuchten Versammlung in Treptow festgesetzt wurde, ist es leider bei diesen Verpachtungen geblieben. Noch im Vorjahre ver sprach der Stadtverordnete Fährdrich als Delegierter der Grundeigentumsdeputation den Pächtern in Treptow, daß ihnen von einer eventuellen Neuverpachtung des Terrains Mitteilung gemacht werden würde, damit eventuell der „Bund der Pflanzervereine“ mitbieten könne. Dieses Versprechen ist ebenso wenig gehalten worden, wie das schriftliche Versprechen des Magistrats selbst. Das in Frage kommende Terrain in Treptow ist in aller Stille an den Generalpächter Wend, den bisherigen Zwischenpächter, weiter vergeben. Anders wird aber verfahren, wenn der „Bund der Pflanzervereine“ als Vertreter der Einzelkolonisten sich selbst an den Verpachtungen durch Voten beteiligt. Dem Restaurateur Konnenberg von der Kolonie „Moorede“ in Treptow wurde in der oben erwähnten Kolonistenversammlung der Vorwurf gemacht, er habe bei der Weiterverpachtung dieser Kolonie seinen Unterpächtern gegenüber nicht fair gehandelt. Nicht um den Magistrat zu belästigen, sondern um sich selbst zu verteidigen, führte Herr Konnenberg aus, er habe im Auftrage seiner Kolonisten das in Frage kommende Magistratsbureau aufgesucht. Dort sei ihm gesagt worden, wenn er weiter Pächter des Terrains an der Moorede bleiben wolle, müsse er mehr bieten, als der „Bund der Pflanzervereine“ geboten habe und auf eine weitere Frage sei ihm bereitwillig das Gebot des „Bundes“ mitgeteilt worden. Herr Konnenberg selbst schien dabei nicht das geringste zu finden und er war etwas erstaunt über die Aufregung, die seine ungewollte Aufklärung in der Versammlung hervorrief. Lieber die gerabete naive Handhabung der Verpachtungsgeschäfte gab auch eine andere in der Versammlung mitgeteilte Episode Aufschluß. In den Pachtverträgen des Magistrats befindet sich nämlich ein Paragraph, welcher dem Pächter die Einrichtung von Ausschänken und den Verkauf geistiger Getränke verbietet. Die Hauptpächter sehen deswegen Zwischenpächter ein, für die nach ihrer Meinung das Verbot nicht gilt und diese Zwischenpächter treiben lustig den verbotenen Ausschank. Vor zwei Jahren hatten nun der Vorsitzende der Grundeigentumsdeputation des Magistrats, Herr Stadtrat Tourbis und der Oberstadtssekretär Wodmann aus dem Bureau der Grundeigentumsdeputation mit dem Generalpächter Wend in Treptow aus Anlaß von Pachtangelegenheiten eine Zusammenkunft. Die Herren trafen sich in der Kantine des Gastwirts Wolfram, eines Unterpächters des Herrn Wend! Und keinem der beiden Herren fiel es ein, daß sie Gelegenheit hatten, sich nun mit eigenen Augen davon zu überzeugen, wie die Pachtvorschriften des Magistrats umgangen werden. Erinnern diese in der verbotenen Kantine polsternden Herren Magistratsbeamten nicht ein wenig an den Polizeidiener in Hauptmanns „Wibberpelz“, der der schlauen Mutter Wolfen den Strick zum Holzstehlen vom Schrank holt? Und die Kantine des Herrn Wolfram in Treptow existiert noch heute. Und Herr Wend ist abermals auf 3 Jahre Generalpächter geworden. Und was diese Kantine einbringen oder besser gesagt, was diese Kantine einbringen sollte, das zeigt ein anderer Kontinentwirt des Herrn Wend, der seine Wende im Werte von höchstens 500 M. für 3000 M. verkaufen will. — Hier wäre es Aufgabe des Magistrats für Remedur zu sorgen. Mindestens soll man die den Kolonisten gegebenen Versprechungen erfüllen. Und angebracht wäre es auch, wenn auf dem neu zu verpachtenden Terrain solche Verhältnisse von vornherein unmöglich gemacht werden!

In den städtischen Heimstätten in Wankenburg (Markt) für genehsende Frauen und Wöchnerinnen, in der Heimstätte zu Heinersdorf (Kreis Teltow) für genehsende Männer, der Heimstätte für brustkranke Frauen in Wankenburg bei Riedersdönhöfen und der Heimstätte für brustkranke Frauen in Mahlsdorf bei Weichensee waren laut Bekanntmachung des Kuratoriums der städtischen Heimstätten am 8. September sämtliche Betten belegt. Vor gemeldet waren bereits 371 Personen, die 30 bis 56 Tage warten müssen, bevor ihre Aufnahme erfolgen kann.

In den beiden für brustkranke Männer bestimmten Heimstätten in Gättergoh (Kreis Teltow) und Buch (Markt) lagen Vor meldungen nicht vor und waren in ersterer 10, in letzterer 28 Betten frei.

Zur Fleischvergiftungskassäre im Birchow-Krankenhaus wird aus dem Rathaus berichtet: „Nach dem Ergebnis der Untersuchungen des beschlagnahmten Fleisches im Rudolf-Birchow-Krankenhaus scheint die Annahme, daß die Fleischvergiftungen, an denen zahlreiche Schwestern erkrankt sind, auf einen Bazillus zurückzuführen sind, zuzutreffen. Dieser war äußerlich und ohne Untersuchung nicht zu erkennen. Nur durch eine sehr sorgfältige wissenschaftliche Untersuchung war es möglich, die Bazillen im Fleisch zu finden. Es wurde auch eine Untersuchung darüber angestellt, ob das Fleisch, dessen Genieß die Erkrankungen hervorgerufen hat, von einer Rotzschlachtung herrühre, das heißt von einem Tiere, das schnell geschlachtet werden mußte, weil Anzeichen für eine Krankheit vorhanden waren. Das war aber nicht der Fall. Das Tier bezw. die Tiere waren anscheinend bösig gesund. Niemand konnte ahnen, daß das Tier von den Bazillen verlehrt war. Ein Mittel, sich vor solchen Fleischvergiftungen zu schützen, gibt es noch nicht. Der Genieß von rohem Schabefleisch ist also mit Gefahren verknüpft. Ebensovienig wie der Zigarrenraucher sich vor einer Nikotinvergiftung schützen kann, wird der Liebhaber von Schabefleisch sich vor einer solchen Krankheit wirksam behüten können. Das einfachste ist danach, daß alle die, welche solche Gefahren vermeiden wollen, auf den Genieß von Schabefleisch verzichten. Von den seimezeit erkrankten Schwestern sind noch 3 bettlägerig und 12 noch dienstunfähig. Die übrigen sind sämtlich wieder hergestellt und versehen bis auf 8, die nur halben Dienst tun, wieder ihr Amt. Die Kerze hoffen, daß auch diese 15 Schwestern in Kürze wieder vollständig hergestellt werden. Infolge dieser Erfahrungen hat die städtische Verwaltung angeordnet, daß in Zukunft in den städtischen Anstalten kein Schabefleisch mehr verabreicht wird. Der in einer Zeitung der städtischen Verwaltung gemachte Vorwurf, daß sie bei der Ausschreibung von Lieferungen stets nur den Mindestfordernden berücksichtige oder es sei denn, daß er gute Beziehungen besäße,

muß entschieden zurückgewiesen werden. Zur Lieferung werden nur leistungsfähige, renommierte und reelle Fleischer zugelassen. Der Lieferant für das Rudolf-Birchow-Krankenhaus erkaufte sich eines guten Rufes, er hat schon viele Jahre für städtische Anstalten geliefert, ohne daß Beschwerden eingelaufen sind. Bei der Ausschreibung der Fleischlieferung für das Rudolf-Birchow-Krankenhaus erhielt er den Zuschlag, weil er als leistungsfähig bekannt und nicht teurer als die Konkurrenten war.“

Was hier über den Fleischlieferanten gesagt wird, widerspricht dem, was kürzlich vom Magistratsstich aus behauptet wurde, nämlich daß schon öfter moment worden sei.

Die Große Berliner und die Vororte. Auf Wunsch des Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg hat die Große Berliner Straßenbahn-Gesellschaft allen Vorortgemeinden die Entwürfe für die Untergrundbahn nebst Ergänzungsplänen und Skizzen der Verkehrsstärken zugehen lassen. — Gleichzeitig hat der Oberpräsident die Frist zur Aeußerung über den Antrag der 90-jährigen Konzessionsverlängerung eventuell im Wege des Ergänzungsverfahrens bis zum 15. Oktober dieses Jahres verlängert.

Soweit bis jetzt Aeußerungen der Vororte über das Aufstehen der Großen vorliegen, lauten sie durchweg ablehnend. Hoffentlich lauten die noch ausstehenden Antworten im gleichen Sinne.

Die Lenkaren. Die beiden Luftkreuzer in Zegel haben gestern wieder eine Probefahrt unternommen, die bei beiden Luftschiffen je 40 Minuten dauerte. Das Militärluftschiff stieg um 1 1/2 Uhr nachmittags unter Führung des Majors Sperling gegen den acht Meter aus Südost wehenden Wind auf und manövrierte, da auf dem Zegeler Schießplatz scharf geschossen wurde, in 200 bis 400 Meter über der Jungfernhöhe, stieg dann höher hinauf und fuhr nach Charlottenburg. Da sich der Wind bedeutend verstärkte, machte Major Sperling in Charlottenburg kehrt, fuhr über die Jungfernhöhe nach dem Schießplatz zurück, woselbst die Landung glatt von statten ging. Gegen den Wind hatte das Luftschiff schwer zu kämpfen. Das Parveal-Luftschiff stieg, nachdem der beim letzten Aufstieg verursachte Schaden repariert und der Motor einen neuen Kühler erhalten hat, nachmittags 5 1/2 Uhr vom Zegeler Schießplatz auf. Major Parveal leitete die Fahrt, die sich bei einer Windstärke von 6—11 Metern in einer Höhe von 300—500 Metern über die Jungfernhöhe bis nach Charlottenburg erstreckte, persönlich. Es wurden dabei alle Teile sehr sorgfältig geprüft und für gut befunden, so daß den Probefahrten nichts mehr im Wege steht. Die Landung ging um 8 Uhr 10 Minuten glatt von statten.

Um sich das Leben zu nehmen, hat am Montagabend das der dem Kaufmann Mentel, Neuenburger Straße 1, bedienstete Dienstmädchen Gertrud C. den Gashahn aufgedreht. Verwundlos wurde es nach dem Krankenhause in der Gütshiner Straße gebracht, wo Hoffnung vorhanden ist, es dem Leben zu erhalten.

Wie wir erfahren, handelt es sich um ein noch nicht 16 Jahre altes Mädchen, das durch die ihr von der Herrschaft zuteil gewordene Behandlung zu dieser Herzweihungsthat schritt. Frau Mentel soll eine sehr erregbare Dame sein, die es mit den Pflichten eines Dienstmädchens sehr streng nimmt. Das geht schon aus der Berechnung hervor, wie sie für den Monat August den Lohn bemessen hat. Es war vereinbart, daß 12,50 M. Monatslohn gezahlt würden. Am Monatslohn wurde folgende Rechnung auf gemacht: Weil die C. am 5. oder 6. August erst den Dienst angetreten hat, wurden 2 M. in Abzug gebracht. Weiter wurden abgezogen 3 M. für den Mietstaler, 50 Pf. für den Gefindestein, 4 M. für gerbrochenes Geschirr und 50 Pf., die der Herr Mentel dem Mädchen für Beaufsichtigung des Kindes besonders gegeben hatte. Weitere 50 Pf. hatte die Frau M. der C. gegeben, um zu ihrer Mutter zu fahren zu dem Zweck, eine Bescheinigung zu holen, daß die C. noch weiter bei der M. bleiben könnte. Bemerkte sei, daß die Mutter des Mädchens sich vorher zu Frau Mentel-begeben hatte, um mit ihr über die Behandlung Rücksprache zu nehmen, wobei die Mutter anfänglich gedroht hatte, ihre Tochter wegnehmen zu wollen, sie schließlich aber doch noch daließ.

Nach dieser Lohnaufrechnung blieben dem Mädchen von ihrem Monatslohn gerade 2 M. übrig. Diese Aufrechnung zeugt nicht gerade von besonderer Vornehmheit, obwohl sich Frau Mentel „Gnädige Frau“ titulieren ließ. Die „Gnädige Frau“ soll ange geben haben, das arme Mädchen habe ihr 5 Pf. unterschlagen; das charakterisiert sie schon genügend. Um aber diese Charakteristik recht deutlich zu machen, lassen wir den Inhalt einer Karte folgen, den die C. erst dieser Tage an die Mutter schrieb. Darin heißt es unter anderem: „Und was ich kaputtschmeiß, das zieht sie mir alles ab, und sie sagt, wenn mein Lohn noch nicht reicht, dann behält sie meine Sachen und läßt pfänden.“ Auch ein Beitrag zu dem herrlichen Dienstmädchenleben.

Nette Zustände. In Friedersdorf kam auf dem „Dudel“, im Weidbilde des Dorfes, Feuer aus. Die Ortsverwehmannschaften erschienen pünktlich auf dem Sammelplatze, nur die Pferde, die von den Eigentümern gestellt werden mußten, fehlten. Als sich schließlich einer bereit fand, die Pferde zu stellen, erklärte der Gemeindevorsteher: „Die Spritze bleibt hier!“ Der Oberführer gab sich damit zufrieden. Während die Mannschaften eifrig über diese sonderbaren Maßnahmen stritten, rötete sich der Himmel immer mehr. Aus der Umgegend erklangen die Feuerzeichen, die Spritzen der nächsten Ortschaften rasselten durch das Dorf und untätig sehen die Mannschaften aus. Zu. Der Gemeindevorsteher hatte den Befehl zum Richtauslösen gegeben, weil ein Gewitter drohte. Nach etwa einer Stunde kam dann der Befehl zum Auslösen. Nun aber weigerten sich die Mannschaften. Sie wollten von den anderen Wehren nicht ausgelacht werden und haben sich beschwerdeführend an den Landrat gewandt.

Aus der Selbstmordskanzel. In einer Pelzwarenfabrik in der Rosenthaler Straße schoß sich gestern vormittag der 28 Jahre alte Kürschnermeister Karl J. in Gegenwart des Geschäftsinhabers eine Revolverkugel in die rechte Schläfe. Herbeigerufene Kerzte legten ihm einen Rotverband an und veranlaßten seine Ueberführung nach dem Hedwigs-Krankenhaus. Hier liegt er hoffnungslos danieder. Große geschäftliche Verluste haben ihn zu der Tat getrieben. — Gegenüber der Börse sprang abends ein Unbekannter in die Spree und ertrank. Die Leiche konnte noch nicht geborgen werden. — Die 21 Jahre alte Kontoristin Marie Lindner wurde vormittags in ihrer Wohnung in der Jostener Straße tot auf dem Fußboden liegend aufgefunden. Sie hatte sich mit Lysol vergiftet. — Im Tiergarten schoß sich in der Nacht der 18 Jahre alte Schreiber Max L. an der großen Merallee, Ecke der Jostener, eine Revolverkugel in die Stirn. Der Tod trat auf der Stelle ein. Verweggrund: Mittellosigkeit.

Zu dem Straßenbahnunfall in der Danziger Straße. Ede Weihenburger Straße wird berichtet, daß der keine dreijährige Kleiner, der unter die Räder eines Straßenbahnwagens geriet, glücklich mit dem Leben davon gekommen sei.

Aufgefundene Kindesleiche. Am Montagmorgen wurde im Gedächtnis des Bahnhofs Friedrichstraße und zwar in einem bereits am 18. August ausgegebenen Karton die stark in Verwesung über-gangene Leiche eines neugeborenen Knaben aufgefunden. Die Leiche, an der äußeren Verletzungen nicht wahrnehmbar sind, ist dem Schauhaus übergeben worden.

Aus dem Straßenverkehr. Vor dem Hause Italiener Straße 45 geriet nachmittags das Privatautomobil L. A. 4893 mit dem linken Hinterrad in die Straßenbahnspuren und schlug um. Die beiden Insassen, der Fahrer und Besizer Schantwitzer Max Kapfischki und der Passant Gustav Mangus, wurden auf das Pflaster geschleudert und gerieten unter den Kraftwagen. Kapfischki ist mit leichten Hautabwühlungen im Gesicht dabongekommen, während Mangus eine Rückenquetschung sowie einen Bruch des linken Schulterblatts erlitten hat. Kapfischki konnte sich allein nach Hause begeben, Mangus wurde, nachdem ihm auf der Rettungswache am Götterhof Bahnhof die erste Hilfe geleistet worden war, mittels Droschke seiner Wohnung zugeführt. Das Automobil war demnach beschädigt, daß es abgeholt werden mußte. — Ebenfalls wurde der dreijährige Sohn Erich des Stellmachers Albert Schulze an der Ecke der Götterhof- und Völkermannstraße von einem Fouragetaxi überfahren. Mit einem komplizierten Bruch des linken Unterarmes schaffte ihn ein Unbekannter nach der Unfallstation in der Badstraße, von wo seine Überführung nach der Königl. Klinik in der Biegelstraße erfolgte. Nach Zeugnisaussagen trifft die Schuld ein etwa achtjähriges Mädchen, das den Knaben, der auf einem Sandhaufen spielte, in demselben Augenblick umstieß, als der Fouragetaxi vorüberfuhr. —

Der Postkutschel hat am Montagabend zwischen 9 und 10 Uhr am Stralauer Tor eine große Rolle gespielt. Wie der Polizeibericht angibt, sollte der 29 Jahre alte Dreher Emil Gistermann von dem Schuttmann Skello wegen angeblichen groben Unfugs und Lärmens nach der Wache gebracht werden. Dabei soll es zwischen E. und dem Beamten zu einem Zusammenstoß gekommen sein, wobei der Schuttmann von seinem Säbel Gebrauch machte und den E. in der schlimmsten Weise zurichtete. E. mußte in einer Droschke nach der Unfallstation gebracht werden, wo er verbunden wurde. Gistermann hat in der Droschke sein Notizbuch verloren, in das er die Namen einiger Zeugen eingetragen hatte. Er bittet die Personen, die den Vorfall gesehen haben, ihm ihre Adressen nochmals anzugeben. Mitteilungen wolle man an Restaurateur Ferd. Bähr, Stralauer Tor und Warschauer Platz, gelangen lassen.

Vermißt. Die unberechnete Elli Thiel, am 8. Januar 1904 in Berlin geboren, in Drig. Germania-Promenade 6 bei den Eltern wohnhaft gewesen, wird seit dem 5. d. M., nachmittags 3 Uhr, vermißt. Gegen 9 1/2 Uhr ist sie in dem Reichshallen-Theater in Begleitung eines zwanzigjährigen Mannes mit rotblondem Schurbart gesehen worden. Es besteht der Verdacht, daß dieser sie entführt oder verschleppt hat. Die Vermißte ist 1,72 Meter groß, ihrem Alter entsprechend sehr stark entwickelt, hat blondes Haar, blaue Augen, vollständige Zähne und zarte rote Gesichtsfarbe. Sie war bekleidet mit rot-braunem Anzug, weißer Bluse mit Einsatz, hellbraun-dunkelgrünem Jackett mit aufgeschlagenen Ärmeln, blauem Strohhut mit hellblauer Seide und Federstut, schwarzen Schnürstiefeln und hellbraunen Strümpfen. Nachrichten über die Vermißte werden in jedem Polizeirevier und bei der Kriminalpolizei, Alexanderstraße 3/6, 2 Treppen, Zimmer 334, schriftlich oder mündlich zu 4916 IV 67, 08 entgegengenommen.

Sonntagsruhe im Photographiergewerbe. Es gibt wohl selten eine Berufsart, in deren innerem Wesen der Öffentlichkeit so jeder nähere Einblick vorenthalten blieb, wie dies tatsächlich in der Photographie der Fall ist. Aus diesem Grunde ist es wohl auch nur möglich, daß hier noch Arbeitsbedingungen herrschen und Löhne gezahlt werden, wie es im allgemeinen nicht mehr üblich ist. So ist es denn auch nicht verwunderlich, wenn die im Deutschen Photographen-Gewerkschaftsverband organisierten Helfer heute noch gezwungen sind, einen erbitterten Kampf um die ihnen gesetzlich zum Teil gewährte Sonntagsruhe zu führen. Seit Jahr und Tag werden die diesbezüglichen Bestimmungen von einem ganzen Teil der Arbeitgeber ohne weiteres einfach mißachtet und die Angelegten bis zu 8, ja 10 Stunden und noch darüber hinaus zum Arbeiten an allen Sonntagen angehalten. Um diese unseren heutigen Verhältnissen doch sprechenden Verhältnisse einmal der Öffentlichkeit zu unterbreiten und mit den Prinzipalen in dieser Frage einen Meinungsaustausch herbeizuführen, veruft die Abteilung Berlin des Deutschen Photographen-Gewerkschaftsverbandes zum Donnerstag, den 10. September, nach Wendisch-Borsdorf, Pfälzstr. 17, eine öffentliche Versammlung ein. Kollege Reinhardt-Dresden spricht über das Thema: „Warum verweigert man dem Photographen die Sonntagsruhe?“ Die wertvolle Beobachtung ist hierzu dringend eingeladen, and wird gebeten, durch zahlreiches Erscheinen und im Kampf um unsere Menschenrechte in dieser Versammlung zu unterstützen.

Das Walhalla-Variété-Theater am Weinbergsweg hat nun gleichfalls seine Winterpause eröffnet. Seinem neuen Programm hat es einige recht bemerkenswerte Nummern einbereitet. So stellt Sidi Kirwana eine Anzahl lebender Bilder zu Pferde geradezu wunderbar da, wie den Trompeter von Södingen, das Märchen, die Hofbändigerin, Mozepas Todesritt und Sturz. Dabei verfügt das mitwirkende Pferd über eine staunenswerte Ruhe; nicht einen Hüll rührt es sich von der Stelle. Auf dem Gebiete des Tanzes hat die brasilianische Tänzerin Joly Violetta etwas besonderes los, vor allem gefallen neben den Paraden ihres brasilianischen Tänze. Daneben ist der Akrobatik und Erzentrik ein größerer Raum eingeräumt, auch der Humor kommt durch einige Schläger des Humoristen Jack zu seinem Recht.

Im Wissenschaftlichen Theater der Urania werden in den nächsten Tagen noch einige Wiederholungen der beiden Ägypten-Vorträge, welche bis jetzt in St. Petersburg gelegentlich der Internationalen Bau- und Kunstausstellung gehalten wurden, zur Darstellung gelangen, und zwar am Mittwoch der Vortrag „Eine Wälfahrt bis zum zweiten Katarakt“ und am Donnerstag der Vortrag „Ägypte und die Pyramiden“.

Feuerwehrbericht. In der vorletzten Nacht um 12 1/2 Uhr wurde die Feuerwehr löswilligerweise nach der Wälfahrtstraße alarmiert. Der Täter ist entkommen. In der Friedenstraße 93 versuchte sich eine geistesranke Frau im Verfolgungswahn das Leben zu nehmen. Die Frau wurde aus der verschlossenen Wohnung geholt und der Polizei übergeben und dann einer Irren-anstalt zugeführt. Betten und anderes wurden in der Barnimstraße 41 ein Raub der Flammen. Ferner hatte die Wehr in der Frankfurter Allee 105 und Stromstraße 55 zu tun.

Der Berliner Volkshor beabsichtigt in den Weihnachtsfeiertagen mit einem Extrazug nach Hamburg zu fahren, um dort zwei Konzerte zu veranstalten; da jedoch an der für einen Extrazug erforderlichen Personenanzahl von 240 noch etwa 60 Personen fehlten, so werden alle diejenigen, die sich an der Fahrt beteiligen wollen, gebeten, sich innerhalb der nächsten 14 Tage bei dem Kassierer des Chors, Herrn Fritz Pöhlke, Alt-Stralauer 58, oder in den Übungsstunden des Chors, freitags von 8 1/2—10 Uhr in der Aula des Coppen-Realgymnasiums, Steinfir. 31—34, unter Einwendung resp. Unterlegung des Fahrpreises zu melden. Der Fahrpreis III. Klasse beträgt für Hin- und Rückfahrt 10 M., d. h. etwa die Hälfte des gewöhnlichen Fahrpreises. Den Teilnehmern wird zu dem Konzert des Chors ein Freibillett zur Verfügung gestellt. Die Fahrt findet nur dann statt, wenn bis zum 20. d. M. die genügende Teilnehmerzahl vorhanden ist.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Ueber eine starke Mehrbelastung des Armenrats klagt in ihrem letzten Bericht die Charlottenburger Armenverwaltung. In den Monaten April, Mai, Juni und Juli 1908 überstiegen die Ausgaben die der gleichen Monate des Vorjahres um ein Beträchtliches,

so wurden für bare Unterstühtungen in den genannten vier Monaten dieses Jahres 25 929 M. mehr ausbezahlt. Für Arzeneien betragen die Mehrausgaben 655 M., für Milch 3253 M. und für gewöhnliche Krankenpflege 1638 M. Der monatliche Durchschnittssatz der laufenden Unterstühtungen stieg von 14,87 M. auf 14,98 M. Die Zahl der eingelassenen Unterstühtungsgesuche stieg um nahezu 50 Proz. In den betreffenden vier Monaten 1907 waren es 2390 Gesuche, 1908 aber 3441, die eingereicht wurden; die Armenverwaltung weiß sich nun nicht anders zu helfen, als daß sie den Armenkommissionen und Stadtvätern empfiehlt, bei der Gewährung irgendwelcher Hilfe recht vorsichtig zu sein und alle Umstände auf das genaueste zu prüfen. Daß durch diese, sagen wir gelinde, äußerst unangebrachte Verwarnung der Armenkommissionen und Stadtväter irgend ein greifbarer Erfolg für den Sädel der Armenverwaltung herauskommen wird, bezweifelt die Armenverwaltung selbst. Denn sie sagt in ihrem Bericht, daß sie schon immer alle Verhältnisse der Armenkommissionen aufs genaueste geprüft habe und nur ausnahmsweise zu Bewilligungen gekommen sei. Wenn dieses ausdrücklich festgesetzt wird, dann bedeutet diese Verwarnung aber keine Anregung für die Armenkommissionen zur Vermeidung unnötiger Ausgaben, sondern dann ist dieser Erfolg eine Fremde und die Aufforderung zur möglichen Einschränkung selbst notwendiger Unterstühtungen. Die Kernisten der Armen werden die Folgen dieser Anweisungen bald zu spüren bekommen.

Aber auch in anderer Beziehung ist dieser Bericht interessant. Als im Januar und Februar dieses Jahres die sozialdemokratischen Stadtverordneten beantragten, daß die Stadt geeignete Schritte zur Unterstühtung der unverschuldet arbeitslos Gewordenen einleiten sollte, wurde dieser Antrag mit dadurch begründet, daß infolge einer solchen Arbeitslosenversicherung naturgemäß die städtische Armenkasse entlastet werden könnte. Aber damals war es gerade der Leiter der städtischen Armenverwaltung, Stadtrat Samter, der sich bemühte, nachzuweisen, daß die Lage auf dem Arbeitsmarkt keineswegs beunruhigend sei und die Stadt veranlassen müßte, zu irgendwelchen besonderen Maßnahmen zu greifen. In der Stadtverordnetenversammlung vom 12. Februar sagte der Herr Stadtrat Samter u. a.: „Der Magistrat kann, soweit der Armenverwaltung Material vorliegt, sich auch heute nicht auf den Standpunkt stellen, daß eine Krise auf dem Arbeitsmarkt vorliegt.“ Und diese Behauptung suchte der Redner damals an der Hand von Zahlen zu beweisen, aus denen hervorgehen sollte, daß, weil einige der um Unterstühtung nachsuchenden Arbeitslosen auf dem Lagerplatz nicht Steine klopfen wollten, eine Arbeitslosigkeit nicht vorläge. Trotzdem damals dem Magistratsredner von seiten unserer Genossen — auch im Ausschuß, der für diese Frage eingesetzt war — das Gegenteil nachgewiesen wurde, blieb Herr Stadtrat Samter bei seiner Ansicht.

Nun ist es äußerst interessant, in dem Bericht der Armenverwaltung festzustellen zu finden, daß die außergewöhnlich starke Inanspruchnahme der Armenkasse neben der starken Steigerung der Lebensmittelpreise und der beträchtlichen Erhöhung der Wohnungsmieten auf den — verglichen mit früheren Jahren, ungewöhnlichen Mangel an Arbeitsgelegenheit — zurückzuführen sei. — Endlich also scheint man auch in der Armenverwaltung etwas von dem gefürchteten, was sich draußen, außerhalb der Bureaukratie der Armenverwaltung abspielt.

Es liegt uns fern, deswegen triumphieren zu wollen, daß wir recht behalten haben. Dafür ist uns die Sache zu ernst und die Leiden der Opfer dieser Arbeitslosigkeit sind zu groß, um sie bezogen zu können in einem Disput. Aber bei den damaligen Debatten sieht man unsere Vertreter im Rathause der Uebertreibung. Der Magistrat lehnte jede Hilfe ab und darum legten die „Liberalen“ die Initiative zu wirklich notwendigen Hilfsaktionen für die Arbeitslosen vertrauensvoll in die Hände des Magistrats. Während so die Kernisten der Armen von den Bürgerlichen genarrt wurden, schritt aber die Not weiter. Sie schreit jetzt von neuem und dem Bericht der Armenverwaltung.

Rigdorf.

Wenn man in der Nacht einen Arzt braucht, dann hat man nur nötig, zur nächsten Unfallstation zu gehen, da sich jederzeit ein Arzt parat, der sofort anspringt, um entweder auf der Station erste Hilfe zu leisten oder mit in die Wohnung zu kommen und dort den gewünschten Beistand zu gewähren. So stellen zunächst diejenigen sich den Betreffenden der Unfallstation vor, die noch nicht in die Lage gekommen sind, eine Unfallstation aufsuchen zu müssen. Kundige aber wissen, daß die Sache mitunter anders verläuft. Immer wieder hört man die Klage, daß auf Unfallstationen nicht jederzeit ein Arzt anzutreffen ist, daß hilfesuchende Personen erst nach langem Warten Einlaß fanden, ja, daß ihnen manchmal trotz alledem Klingelnd und Klopfend überhaupt nicht geöffnet wurde.

Ein ganz besonders schlimmer Fall dieser Art wird uns aus Rigdorf gemeldet. Die junge Frau eines Bürtlers D., die sich im achten Monat der Schwangerschaft befand, wurde nachts von heftigen Blutungen befallen. Der Mann bemühte sich zunächst, eine Hebamme aufzutreiben, aber an drei verschiedenen Stellen klingelte er vergeblich. Herr D. versuchte es dann mit der Unfallstation, die sich an der Ecke der Steinweg- und Bahmannsdorfer Straße befindet. Er erzählt uns, er habe dort klingelnd, geklopft, gegen das Fenster geklopft, doch drinnen habe sich niemand gerührt. Nach vergeblichem Warten habe D. sich auf den Weg gemacht, um einen Privatarzt zu suchen. Aber auch die Herren Privatärzte, bei denen er klingelte, waren sämtlich nicht zu haben. Bei vier Ärzten zog er die Glocke, überall mußte er zunächst Name und Wohnung angeben — und überall kam dann der Bescheid, der Herr Doktor sei nicht zu Hause. Wieder lief der umhergehende Mann zur Unfallstation, wieder klingelte und klopfte und hämmerte er darauflos — und wieder öffnete ihm niemand. Ratlos und verzweifelt ging er von dannen, da fiel sein Blick auf das Schild einer Hebamme, die in der Nähe der Unfallstation wohnt. Noch einmal versuchte er es, er zog die Glocke, und hier endlich fand er Hilfe. Inzwischen hatte aber der Zustand der Frau sich infolge des bedeutenden Blutverlustes so sehr verschlimmert, daß das Ärgste zu befürchten war. Am Tage holte man dann einen Arzt herbei. Gegen Abend wurde eine Operation ausgeführt, darauf sollte die völlig entkräftete Frau schliefen in ein Krankenhaus gebracht werden, sie starb aber noch am Abend.

Warum auf der Unfallstation dem hilfesuchenden Mann nicht geöffnet wurde, das ist ihm unbegreiflich — und uns auch. Herr D. versichert, er sei nicht etwa nach kurzem Warten weitergelaufen, sondern habe lange ausgeharrt und immer wieder geklopft, aber nichts habe sich gereg. Von anderer Seite wird uns mitgeteilt, daß schon in einer der vorhergehenden Nächte bei derselben Unfallstation eine ähnliche Erfahrung gemacht worden sei. Ein junger Mann, der sich mit einem Leichnam in die Hand geschossen hatte, habe dort lange und vergeblich klingelnd und geklopft. Leider ist es für uns in der Regel unmöglich, den Verlauf solcher Vorfälle sicher zu ermitteln, weil genaue Zeitangaben fast immer fehlen. Wie können denn, der bei einer Unfallstation anklopft, nur den Rat geben, sofort mit der Uhr in der Hand herzukommen, von wann an und wie lange er warten muß. Klagen und Beschwerden darüber, daß ein Hilfesuchender lange habe warten müssen oder daß ihm überhaupt nicht geöffnet worden sei, können dann nicht abgelehnt werden mit der rasch fertigen Antwort, er habe in seiner erklärlichen Ungeduld und begreiflichen Aufregung die Wartezeit überschätzt und habe schließlich nicht lange genug gewartet.

Schöneberg.

Die Stadtverordnetenversammlung beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung mit dem Bau einer Untergrundbahn.

Nach der vom Magistrat gemachten Vorlage soll die Untergrundbahn vom Kollendorfsplatz über den Viktoria-Luisen-Platz und Bayerischen Platz nach der Hauptstraße gehen. Die veranschlagten Baukosten

und die zu erwartenden Betriebsausfälle im Gesamtbetrag von 13 800 000 M. sollen durch eine Anleihe aufgebracht werden. Der Bau der Untergrundbahn wird der Firma Siemens u. Halske nach Maßgabe ihres auf vertraglich auf 10 200 000 M. festgesetzten Kostenschlages übertragen. Die Bauarbeiten sollen sofort in Angriff genommen werden und wird der Magistrat ermächtigt, einen Gemeindefiskus vorzubereiten, nach welchem die interessierten Grundeigentümer zur Deckung der Kosten für die Herstellung und Unterhaltung der Untergrundbahn in einer nach dem Gesetze zulässigen Weise herangezogen werden. Zum Schluß wird die Versammlung erucht, den vorgelegten Entwürfen für die Fortsetzung der Untergrundbahn vom Kollendorfsplatz im Zuge der Rog-, Genthiner, Königin-Auguste- und Viktoriastraße über den Kemperplatz und durch den Tiergarten nach der Behrenstraße zuzustimmen; es sollen sofort alle zur Erreichung dieser Bahnlinie nötigen Schritte getan werden.

Die Dringlichkeit der Vorlage wird von der Versammlung trotz des Widerspruchs der Stadtv. Schneider und Heyner (Unabh. Vereinig.) anerkannt und sofort in die Verhandlungen eingetret.

Stadtbaurat Gerlach begründet und erläutert eingehend die Vorlage. Er weist darauf hin, daß sich die städtischen Körperschaften bereits seit dem Jahre 1903 mit der Frage beschäftigt haben, und wünscht, daß jetzt den früheren parlamentarischen Beschlüssen auch ein Beschluß praktischer Natur folgen möge. Redner weist darauf hin, daß zunächst ein Projekt der Gesellschaft für elektrische Hoch- und Untergrundbahnen vorgelegen habe und trotzdem man mit dieser Gesellschaft verhandelt habe, hat dieselbe eigenmächtig die Genehmigung einer Konkurrenzlinie nachgesucht, ohne der Stadt davon die geringsten Mitteilungen zu machen. Die städtischen Körperschaften sind sodann selbständig an die Ausarbeitung eines Projekts herangegangen, und schon heute könne gesagt werden, daß der Polizeipräsident gegen die Erteilung der Genehmigung des vorliegenden Projekts nichts einzutenden hat. Bereits Anfang Juli sei dann ebenfalls der Antrag auf Konzessionserteilung für die Weiterführung vom Kollendorfsplatz nach der Behrenstraße gestellt worden. Redner meint, daß es zwar noch zu großen Auseinandersetzungen mit den Nachbargemeinden kommen werde, aber er glaubt, daß auch diese überwunden werden. Schöneberg würde erfreut sein, wenn sich Berlin an dem Unternehmen beteiligen würde. In der eingeleiteten Deputation ist in gewissenhafter Weise gearbeitet worden, und wenn heute die Vorlage angenommen wird, so könne er versprechen, daß die Untergrundbahn bereits in zwei Jahren läuft.

Stadtv. Gottschalk (Lib. Frakt.) freut sich, daß der Magistrat den Mut und die Energie gefunden hat, selbständig vorzugehen. Die Untergrundbahn ist eine Existenzfrage für Schöneberg, ohne dieselbe wird Schöneberg in eine wirtschaftliche Kalamität kommen. Es sei kein Nachteil, wenn man zunächst 1/2 Million zuzufügen habe. Durch Heranziehung eines steuerkräftigen Publikums wird dieses Defizit wieder wett gemacht. Redner hält eine nochmalige Ausschussberatung für zwecklos. Er empfiehlt die sofortige Annahme der Vorlage.

Stadtv. Luleh (Lib. Vereinig.) hält ebenfalls eine Ausschussberatung für überflüssig und ist für sofortige Annahme. Schöneberg würde nur einen Vorteil davon haben.

Stadtv. Heyner (Unabh. Vereinig.) kritisiert, daß man sich mit der finanziellen Seite zu wenig befaßt habe und sucht nachzuweisen, daß die Bahn unrentabel ist und bleiben wird. Seiner Meinung nach ist die Bahn ein toter Strang. In der Deputation ist mit phantastischen und ungläublichen Zahlen gearbeitet worden. Es wird eine der teuersten Schnellbahnen der ganzen Welt werden, denn sie habe auch den Landverkehr zu passieren. Redner ergeht sich dann in abschälligen Bemerkungen über das ganze Projekt, wobei er von einer „Sachbahn“, „Lustschloß“, „wertloser Schump“, „unglückliche Mißgeburt usw.“ spricht. Er beantragt schließlich Ausschussberatung.

Dr. Kämmerer widerlegte diese letztere Ausführungen und betonte, je schneller die Bahn gebaut wird, desto besser sei es für Schöneberg in finanzieller Beziehung. Wird noch länger gewartet, so wird Schöneberg immer mehr ins Hintertreffen kommen.

Stadtv. Kollendörfer (Soz.) erklärt, daß die sozialdemokratische Fraktion der Vorlage zustimmen wird, denn die Sozialdemokratie ist stets für eine Ausbildung des Verkehrswesens eingetreten. Schöneberg muß für möglichst gute Verkehrsmittel Sorge tragen. Die Untergrundbahn ist das einzige Schnellverkehrsmittel für Großstädte. Von einem Stumpf könne in bezug auf die projektierte Untergrundbahn nicht geredet werden; es muß damit gerechnet werden, daß die Untergrundbahn Groß-Berlins immer weiter ausgedehnt wird. Redner zweifelt auch daran, daß die jetzige Hochbahn sich weigern wird, in eine Betriebsgemeinschaft mit Schöneberg einzugehen. Jede Bahn gewinnt durch neue Anschlüsse. Redner ist der Meinung, daß eine Ausschussberatung jetzt nicht mehr viel nutzen wird, da die Kardinalfrage bereits vor Jahren gelöst sei. Er empfiehlt deshalb ebenfalls die sofortige Annahme der Vorlage.

Die Stadtv. Kuhnigk (Lib. Frakt.) und Wendmann (Lib. Vereinig.) treten ebenfalls für sofortige Annahme der Vorlage ein und widerlegen die Ausführungen des Stadtv. Heyner.

Stadtv. Leffig (Unabh. Vereinig.) beläpft die Vorlage und verlangt, daß erst Untersuchungen angestellt werden, ob sich die Bahn jemals rentieren wird.

Stadtverordnetenvorsteher Rohausen hat eine ganze Reihe von Bedenken, er will aber damit zurückhalten, weil man ja doch der Majorität weichen muß. Nach außen hin wird es einen günstigen Eindruck machen, wenn man sich einig sei.

Der Antrag auf Ausschussberatung wird darauf gegen acht Stimmen abgelehnt und die ganze Vorlage sodann gegen zwei Stimmen angenommen. Einige Herren, die erst ihre Hand dagegen erhoben hatten, dann aber sahen, daß sie nur eine ganz kleine Zahl repräsentierten, zogen ihre Hand noch rechtzeitig herunter. — Geschlossen wird sodann noch, eine gemischte Deputation einzusetzen, der alles weitere in dieser Angelegenheit übertragen werden soll.

Eine Anfrage der liberalen Fraktion, wie es mit der Angelegenheit betr. die Konzessionsverlängerung der Großen Berliner Straßenbahn steht, soll in der nächsten Sitzung beantwortet werden. Bis dahin soll den Stadtverordneten auch eine Abschrift des gepflogenen Briefwechsels zugehen.

Ein Antrag des Magistrats, eine Filiale der Volksbibliothek in der Gegend des Barbaraplatzes zum 1. Oktober 1909 einzurichten, wird einem Ausschuss überwiesen. Von der sozialdemokratischen Fraktion war beantragt worden, dieselbe schon zum 1. Januar 1909 einzurichten.

Sodann lagen nicht weniger als drei Anträge vor, dem Grafen Zepelin eine Summe aus städtischen Mitteln zu überweisen. Eine Begründung stellten die Antragsteller für überflüssig, da sie die einstimmige Annahme der Anträge voraussetzten. Stadtv. Kollendörfer (Soz.) erklärte jedoch, daß die sozialdemokratische Fraktion dagegen stimmen wird. Im vorliegenden Fall handelt es sich in erster Linie um eine Reichsfrage und es seien auch ausreichende Mittel vom Reich zur Verfügung gestellt. Uebrigens ist das Problem immer noch nicht gelöst, es ist fraglich, welche der verschiedenen Systeme das vorteilhafteste sein werde. Durch die überreichlichen Mittel geniert Graf Zepelin jetzt schon eine Freiheit, wie sie selten ein Erfinder gehabt hat.

Es wird darauf beschloffen, 50 000 Mark zu bewilligen, von einer Sammlung in der Bürgerchaft aber Abstand zu nehmen.

Den Abgeordneten in Donauwörth werden gegen die Stimmen der liberalen Fraktion 1000 M. bewilligt.
Eine Anregung, auch für den Herrn Ganswindt in Schönbürg eine Nationalspende zu beantragen, findet keine Zustimmung.

Sichtenberg.

Ein schwerer Unglücksfall hat sich gestern im Betriebe der Signalbauanstalt J. Gast, Siegfriedstr. 202, zugetragen. An einem Hängegerüst, auf dem zwei Arbeiter beschäftigt waren, brach ein Tragebalken, die beiden Arbeiter stürzten in die Tiefe und wurden unter die nachstürzenden Balken und Bretter begraben. Ein Arbeiter namens Schönerer erlitt schwere innere Verletzungen, während der Arbeiter Schmidt mit einem Armbruch davontam. Wie wir hören, soll der Tragebalken defekt gewesen sein. Nur dem glücklichen Umstande, daß an einigen unter dem Gerüst aufgestellten Drehbänken im Augenblick des Einsturzes kein Arbeiter beschäftigt war, ist es zu danken, daß das Unglück nicht noch weitere Opfer gefordert hat. Vielleicht beschäftigt einmal die zuständige Gewerbeinspektion den Betrieb, der, wie uns gemeldet wird, auch in seinen sonstigen Einrichtungen nicht gerade musterhaftig sein soll.

Weißensee.

Aus der Gemeindevertretung. Die Regulierung der westlichen Bürgersteige der Königs-Chaussee zwischen Albertinen- und Parkstraße wurde einstimmig beschlossen. Die Gehbahn wird aus Kunstgranitplatten und an der Innenseite wird ein Kantenstreifen hergestellt. Auch werden die Bürgersteige in der Lecherstraße von der Gustav-Adolf- bis Goethestraße und in der Rüdigerstraße von der Circus- bis Lecherstraße noch in diesem Jahre reguliert. Die Kosten tragen nach dem Ortsstatut zu einem Viertel die Gemeinde, zu drei Vierteln die Anlieger. Staatsüberschreitungen von circa 9000 M. für das Rittergut Birkholz wurden nachbewilligt werden. Die Entschädigung für den Leichnamstator wurde von 180 M. auf 600 M. erhöht. Seit Bestehen des Leichnamstators, April dieses Jahres, sind bereits 135 000 M. ausgegeben worden, infolgedessen ist die Tätigkeit des Taxators, der nebenamtlich tätig ist, so gestiegen, daß die Erhöhung gerechtfertigt erscheint. Zum 1. April 1909 wird für das Realgymnasium eine Oberlehrerstelle, ebenso für die höhere Mädchenschule eine Oberlehrerstelle und für das Lehrerinnen-Seminar eine Lehrerinnenstelle errichtet. Für die Lehrerbücherei der Gemeindefschulen wurde eine Summe von 200 Mark nachbewilligt. Zur Beschäftigung eines Säuglings-Krankenhauses in Düsseldorf wurden drei Herren delegiert, um die dort zu gewinnenden Erfahrungen auf das hierorts zu errichtende Säuglings-Krankenhaus anzuwenden. Die Gemeindevertretung trat dem Beschlusse der Finanzkommission einstimmig bei, Herrn Bürgermeister Dr. Albert zu Liebenwalde auf Zahlung der von ihm entnommenen Kartoffeln im Betrage von 9 M. zu verlitigen.

Wannsee.

In der letzten Gemeindevertreterversammlung wurde beschlossen: Die eingetauchten Porzellan zur Erweiterung des Friedhofes sollen gerichtlich aufgelassen werden. — Es soll auf dem Lagerplatz am Feuerwehdepot ein Wagenstuppen gebaut werden zur Unterbringung der Sprengwagen. Der Preis beläuft sich auf 2500 M. — Die Einwohner von Kohlhafenbrück beantragen die Anstellung eines Nachtwächters in Kohlhafenbrück und sind bereit, monatlich 50 M. dazu zu zahlen. Die Gemeindevertretung wurde sich dahin einig, daß sich Kohlhafenbrück einen Nachtwächter anstellt, die Gemeinde zahlt monatlich 50 M. dazu; außerdem sollen in Kohlhafenbrück drei Gaslaternen bis 2 Uhr nachts brennen. — An der Grenze zwischen Villa Arnold und dem Konradischen Grundstück geht ein Regenwasserabfluß von der großen Seestraße nach dem See. Die Landgesellschaft hat ein Stück vom Wasserflus gekauft und verlangt von der Gemeinde, daß die Regenwasserleitung verlängert wird, weil das angekaufte Stück zugeschnitten werden soll. Die Gemeindever-

tretung lehnte die Sache ab und war der Meinung, daß die Landgesellschaft selbst die Kosten hierfür tragen muß. — Beschlossen wurde noch an den notwendigen Stellen Nichtlaternen brennen zu lassen.

Schöneiche.

Die Gemeindevertretung gab in ihrer letzten Sitzung dem von der Stadt Köpenick vorgelegten Vertragsentwurf über die Fortführung der elektrischen Bahn vom Bahnhof Friedrichshagen bis Schöneiche, Klein-Schönebed und Pichtenau ihre Zustimmung. Sobald die behördliche Genehmigung des Entwurfs erfolgt ist, soll sofort mit dem Bau der Bahn begonnen werden, so daß dieselbe voraussichtlich spätestens am 1. Juni nächsten Jahres in Betrieb genommen werden kann.

Straßen.

In der letzten Wahlvereinsversammlung erstattete Genosse Wessel seinen Bericht von der Kreis-Generalversammlung. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Streitigkeiten im Kreise im Interesse der Partei bald aufhören mögen. Genosse Schöndorf berichtete über den Verlauf der Verbands-Generalversammlung, bei dieser Gelegenheit die Haltung der süddeutschen Genossen in der Budgetfrage scharf verurteilend. Genosse Wessel gibt der Ansicht Ausdruck, daß eine ruhigere Behandlung der Frage durch die Parteipresse wünschenswert gewesen. Eine in diesem Sinne gehaltene Resolution gelangte zur Annahme, die die Parteiblätter zur Einstellung der Diskussion auffordert. Genossin König wandte sich gegen den Gehpennig-Vortrag für die Frauen. Die Genossinnen würden dadurch zu Mitgliedern zweiter Klasse gestempelt.

Hierauf wurde beschlossen, diesen Winter einen Bildungsfahrt über Nationalökonomie stattfinden zu lassen. Die Landtagswahl-abrechnung ergab eine Einnahme von 162,30 Mark, eine Ausgabe von 157,20 Mark. Der Ueberschuß vom Frühkonzert betrug 22,70 Mark und vom Volksfest 177,15 Mark. Beschlossen wurde ferner, an den Kreis 150 Mark abzuführen. Mitglieder wurden 14 neu aufgenommen.

Vermischtes.

Ein Kavaller.

Wegen Verbrechen gegen das künftige Leben hatte sich heute vor dem Kriegsgericht der Kommandantur in Kosen der Rittmeister Menck vom 5. Niederschlesischen Trabantabteilung zu verantworten. Als Zeugin war die Tochter eines auswärtigen Rechtsanwalts geladen. Nach dreistündiger Verhandlung wurde diese zwecks weiterer Verweigerung verlagert. Die Verhandlung fand unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt.

Eisenbahnunfall. Hannover, 8. September. Unfälle Meldung. Heute morgen gegen 8 Uhr fuhr auf Bahnhof Hannover der in Gleis 3 einlaufende Güterzug 6701 über das auf Halt stehende Ausfahrtsignal hinaus und einer Rangierabteilung in die Flanke. Hierbei wurden die Lokomotive und 10 Wagen beschädigt. Personen sind nicht verletzt. Untersuchung ist eingeleitet.

Ein Metzgerstreit.

Die Kranken von Bellinzona gehen ersten Tagen entgegen; die Metzger der Stadt streifen; sie weigern sich, ihre Berufspflichten auszuüben. Die Gesundheitsfürsorge der Stadt Bellinzona wird wie folgt reguliert: alle Metzger der Stadt erhalten von der Kommunalbehörde ein festes Gehalt, das zwischen 3—5000 Frank variiert. Dafür aber sind sie verpflichtet, einem jeden auf Verlangen ärztliche Hilfe und Rat zu erteilen, unsonst, sei der Patient nun reich oder arm. Von den Bürgern erhebt die Stadt ihre besondere Metzgersteuer, die dazu dient, diese Frei-Metzger zu besolden. Die Metzger meinen nun, daß sie über Gebühr in Anspruch genommen werden. Sie haben sich zusammengeschlossen: sie wollen lieber ein

kleineres einheitliches Gehalt von 2500 Frank und das Recht, von den einzelnen Klienten je nach der Vermögenslage ein kleines Honorar von 50 Centimes bis 5 Frank zu erheben. Und ehe die Stadtbehörde den Wünschen der Metzger nicht nachgibt, so lange werden sie streifen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, Fahrstuhl wochentags abends von 7, bis 9, Uhr statt. Gestern 7 Uhr Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Bezugszeichen beizufügen. Geleitete Antwort wird nicht erteilt. Ad zur Verantwortung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Billige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.
C. G. Vanscher Wag. Das Testament ist ungültig. Lesen Sie in Stadthagens "Arbeiterrecht" nach, dort finden Sie Beispiele. — R. G. Vanscher. Ja. — R. Z. 44. 1. §§ 32 ff. des Bürgerlichen Gesetzbuches. 2. Nur die rechtmäßigen Vereine. 3. Nein. — R. H. 100. Kommen Sie in die juristische Sprechstunde. — R. 38. Die Hälfte des Krankengeldes eventuell auch auf Antrag zwei Drittel.

Künstlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Fleisch: Zufuhr reichlich, Geschäft ruhig, Preise unverändert. Wild: Zufuhr etwas reichlicher, Geschäft lebhaft, Preise fest. Geflügel: Zufuhr nicht genügend, Geschäft flott, Preise gut. Fische: Zufuhr ausreichend, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Zufuhr reichlich, Geschäft schleppend, Preise wenig verändert.

Witterungsüberblick vom 8. September 1908, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. G. 6 u. m. 12 u. n.	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. G. 6 u. m. 12 u. n.
Stommes	768 SB	2 heiter	14	Saparanda	746 D	6 heil bb.	10				
Damberg	761 SO	3 wolkenl	12	Petersburg	752 SB	3 heil bb.	10				
Berlin	763 SO	2 wolkenl	12	Seitz	756 S	5 bedekt	14				
Kranke R.	763 SW	Dunkl	11	Harden	752 SW	bedekt	12				
München	765 SB	2 wolkenl	12	Paris	760 SWS	2 heiter	15				
Wien	766 SO	1 wolkenl	11								

Wetterprognose für Mittwoch, den 9. September 1908.
Zunächst ziemlich heiter, etwas wärmer, bei nachigen südlichen Winden; später wieder zunehmende Bewölkung und leichter Regen.
Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 7. 9. 08	seit 6. 9. 08	Wasserstand	am 7. 9. 08	seit 6. 9. 08
Remel, Tüft	224	+7	Saale, Großh.	134	+6
Bregel, Ansbach	—5	+7	Saale, Spandau	45	-1
Wischel, Horn	198	+66	Rathenow	28	-1
Ober, Rathbor	141	-1	Spree, Spremberg	—	—
Kroffen	120	+18	Beesfow	72	0
Frankfurt	104	0	Dejer, Minden	—23	-6
Barthe, Schrimm	—	—	Minden	48	-2
Landenberg	18	0	Stein, Raxmilanska	550	+58
Rehe, Gordanum	-8	0	Aaab	243	+14
Gide, Leitmeritz	-29	+8	Rdin	251	+4
Dresden	-151	-8	Redar, Weibromm	95	+15
Barby	78	+20	Rain, Berthelm	165	+1
Magdeburg	87	+3	Roel, Aler	122	+32

+) + bedeutet Sturz, — Fall, — ?) Unterpegel.

Herabgesetzte Preise



MODERNE HERREN-ANZÜGE

ein- und zweireihig. Erprobte erstklassige Erzeugnisse in schönsten buntgemusterten und einfarbigen Stoffen. Vorzügliche Passformen. **24⁵⁰ M.**

Soweit Vorrat, Durchweg

Baer Sohn

SPEZIAL-HAUS
größten Maßstabes
Chausseestr. 29-30
11 Brückenstr. 11
Gr. Frankfurter Str. 20

Der Haupt-Katalog Nr. 34 gratis und franko. — —



Neuzeltige
Herbst- u. Winter-Moden
für unsere teils
Maßarbeit
zu sehr mäßigen Preisen.

Um vielseitigen Wünschen Rechnung zu tragen, werden die allgemein beliebten VERA-CIGARETTEN neuerdings auch mit Mundstück hergestellt.

JOSETTI VERA
m. Mundstück
CIGARETTEN

enthalten dieselbe köstliche Mischung wie Vera ohne Mundstück, die stets bei allen urteilsfähigen Rauchern to bestem Ruf gestanden.

Josetti-Vera m/M.
10 St. 30 Pfg.

Wir verkaufen
jezt noch billig

- R 4 Mark an
- in Vetershagen, Ostbahn,
- R 10 Mark an
- Sergefeld, am Bahnhof,
- R 10 Mark an
- Kaulsdorf, am Bahnhof,
- R 10 Mark
- Bahnhof Sadowa, Niedersch-
- Kaulsdorf-Zid.
- R 30 Mark an
- Nieddorf, Stadtbahn, a. Bahnh.
- Verkaufsstell. a. d. Bahnhöfen.

Nieschalke & Nitsche
Berlin, Neue Königstr. 16.

Kenner rauchen nur **Zeppelin-Zigarre**
Luftig-Duftig

Marke: **Luftig-Duftig**

in Originalpackung, gesondt geschützt. Feinste G, S und 10 PZ-Zigarre. Milde und aromatisch. Nachahmung wird gerichtlich verfolgt. Vertretung: Leo Ansbach, Berlin O., Blankenfelde Str. 3.

Haben Sie schon einen Phonographen gratis bekommen?

Um unsere unübertroffenen Starkton-Platina-Hartguss-Walzen überall bekannt zu machen, haben wir uns entschlossen, 2000 H. Konzert-Phonographen zu verschenken. Näheres durch Prospekt grat. Postkarte genügt. Viele Dank-schreiben. National-Phonograph-Kompagnie Dresden 16/441.

Gastwirts- und Kochkunst-Ausstellung
 veranstaltet vom
 Verband der Gast- u. Schankwirte für
 Berlin u. d. Prov. Brandenburg (S. V.)
 und dem Zweigverein Berlin des In-
 ternationalen Verbandes der Köche in
 Berlin, Neue Welt, Hasenheide 108-114



vom 25. Sept. bis 1. Oktober 1908
 Prospekte gratis und franko.

Dr. Simmel
 Spezial-Arzt
 für Haut- und Harnleiden.
 diht am
Prinzenstr. 41, Moritzplatz,
 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 3-4.

Keine Zerstörung der Wäsche

kein Angreifen der Faser ist bei Be-
 nutzung des neuen konkurrenzlosen
 Waschmittels

Persil

zu befürchten, da es den Schmutz
 spielend löst und ohne jedes Reiben und
 Bürsten die Wäsche von selbst wäscht.
 Für jede Waschmethode geeignet, daher
 einfachste Anwendung, falscher Gebrauch
 ausgeschlossen. Garantiert chlorfrei und
 gefahrlos; wir kommen für jeden Schaden auf.

Alleinige Fabrikanten: **Henkel & Co., Düsseldorf**
 auch der weltbekannten Henkels Bleich-Soda.

Fabrik-Niederlage für Berlin und Vororte:
Joh. Schmalor, Berlin N., Tieckstraße 11.

Rauchen Sie
Phanomen
 Cigaretten
 Devise: Qualität ist die beste Empfehlung.

Wann haben Sie wieder Waschtage?
 Probieren Sie dann ohne Kaufzwang meine
 Dampf-Schnell-Waschmaschine „Meteor“.
 Prospekt No. 43 grat. u. franko. Tel. VI 7659.
Fritz Knoch, sw. 48, Puttkamerstraße 19.

Jedes Wort 10 Pfennig.
 Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche
 und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort
 (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 13 Buchstaben
 zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
 für die nächste Nummer werden in den Annehm-
 stellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis
 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69,
 bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Teppiche mit Farbenfehlern, Fabrik-
 niederlage Große Frankfurterstraße 9,
 parterre, Rauterhoff, Vormärksteinern
 6 Prozent Rabatt. 14705*

Gasföhrer, Petroleumföhrer ohne
 Einzahlung, Woche 1,00, Louis Böttcher
 (selbst): Borghagenstraße 32 (Bath-
 erbindung Borghagenstraße), Rei-
 nickerdorferstraße 116, Schönhauser
 Allee 80, Potsdamerstraße 81, Rix-
 dorfer, Kaiser Friedrichstraße 247. *

Teppiche! (jederballe) in allen
 Größen für die Hälfte des Wertes
 im Teppichlager Brunn, Odeons-
 platz 4, Vorderhof 2d. 264/11*

Antiquitäten und Händler kaufen
 Bronzestatuen, Jagdampeln, Gold-
 schmuckgegenstände, Düngegas-
 brenner allerbillig! Großhandlung
 Alte Jakobstraße 125. Gefährlichen
 Engrosrabatt. 10048*

Teppiche in jeder Größe, Fabrik
 Große Frankfurterstr. 50/51, 2633*

Kleider-Ausgaben, Schuhe, Hüte,
 Reuter, Schiller, Schapf, je vier
 Bände 6,- Mark. Eichenborst, Kunst-
 je zwei Bände 3,50 Mark. Bürger,
 Reich, Lenau, Uhland, Wieland und
 andere, je ein Band 1,75 Mark. Ex-
 pedition, Lindenstraße 69, Laden. *

Teppiche, Wollläufer und Ein-
 teilige 3,25, 3,85, 4,35, 5,00, 5,75. *

Vorortern, Violoncell, 2 Stühle,
 1 Kammerquint in allen Farben 3,25,
 3,85, 4,75, 5,50, 6,75. Große Frank-
 furterstraße 125. 11675*

Plüsch und Luchtschaden mit
 kleinen Beschädigungen. Niefeinstwahl,
 1,65, 1,95, 2,50, 3,50, 4,85, 6,50, 7,25.
 11675*

Tüllbettedecken in weiß und creme
 1,95, 2,25, 2,75, 3,25, 4,50. 11698*

En-Haute Kalligraphen, Meister 35,
 40, 45, 50, 60, 75 Pfennige. 11708*

Abgegebte Gardinen und Stores
 1,65, 2,25, 2,85, 3,65, 4,35, 5,25.
 G. Weisenberg's Teppichhaus, Große
 Frankfurterstraße 125. 11715*

Teppiche, Niefeinstwahl, mit
 kleinen Beschädigungen 3,15, 3,55, 4,65,
 5,85, 6,00, 7,50. 11728*

Wohnzimmern! Solow und Wohn-
 zimmer-Teppiche, Fabrikmuster, frei
 mit 20 Prozent Rabatt. 11738*

Rohstoffe in allen Dreien und
 Freislogen jetzt bedeutend unter Preis.

Wäsche, Reste in Wolle und
 Plüsch in allen Farben. G. Weisenberg's
 Teppichhaus, Große Frankfurter-
 straße 125. 11755*

Spezialserie von Budow, 75 Pf.
 Expedition, Lindenstraße 69, Laden. *

Wohnzimmern! Solow und Wohn-
 zimmer-Teppiche, Fabrikmuster, frei
 mit 20 Prozent Rabatt. 11738*

Wohnzimmern! Solow und Wohn-
 zimmer-Teppiche, Fabrikmuster, frei
 mit 20 Prozent Rabatt. 11738*

Der Kleingarten, seine Umlage,
 Einteilung und Bewirtschaftung, von
 Max Heiderhoff. Preis 60 Pf. Ex-
 pedition Lindenstraße 69, Laden. *

Bronzegasföhrer, Hängelglocke, drei-
 leuchtend, mit kompletten Grün-
 brennern, Glas, Glühbirnen
 30 Mark. Jugendstil, Grünlicht,
 12 Mark komplett. Alle Jakob-
 straße 125. 10833*

Vittoria-Röhren ohne Ein-
 zahlung, wöchentlich 1,00, gebrauchte,
 spottbillig. Röhrenstraße 1-6, Bar-
 tholomäusstraße 67. 14333*

Paletots, Monatsanzüge, wenig
 getragene, von 5 Mark an, große
 Auswahl für jede Figur, auch neue
 elegante Garderobe aus erster Be-
 zugsquelle, 20 Prozent billiger wie
 im Laden, direkt vom Schneider-
 meister Paul Jächter, zum Koenig-
 steinstraße 10. 18333*

Wandblechhaus, Pringelstraße 88,
 Staudenbühne Kadettanzüge! Ge-
 wöhnliche! Spottbilligster Betten-
 verkauf! Brautbetten! Großartige
 Aussteuerwägel! Bamberger Gar-
 dinen! Steppdecken! Plüschschaden!
 Teppichwägel! Goldene Damen-
 schuhe! Herrenschuhe! Freislogen!
 Schmuckgegenstände. Bis neun geöffnet. *

Schloßereier in jeder Größe, wegen
 Beschädigungen billig. Wilhelm-
 straße 21. 14885*

Wegen Gastföhrerübernahme ver-
 kauft Holzgardebock, Gabelnstraße.

Lichtdecken (reich gefärbt), in
 Viktorianer 1,95-3 Mark, in Bel-
 edische 4,85-5,85. Saison-Extrapreise.
 Teppichhaus Emil Lejebvre, Dranten-
 straße 158. 11533*

Vorwärts-leser erhalten auf
 meine billigen Preise fünf
 Prozent Extrarabatt. Teppich-
 haus, Drantenstraße 160, Dranten-
 platz. 11633*

Teppiche, seidenglanzende, volle
 Größe 5 Mark, Thomas, Dranten-
 straße 160, Drantenplatz. 11645*

Gardinen, Stores, Resimuster,
 für halben Wert. Thomas, Dranten-
 straße 160, Drantenplatz. 11655*

Warenverkauf! Im Wandblech-
 haus, Hermannplatz 6. Bequemste
 Fahrverbindung Großberlins! Niefein-
 manns Einkaufslokal! Niefein-
 manns Wägelverkauf! Hochseiner
 staunenbühne Kadettanzüge! Ge-
 wöhnliche! Herrenschuhe! Sommer-
 paletots! Winterpaletots! Exor-
 namentlicher Bettenverkauf! Gardinen-
 verkauf! Teppichverkauf! Wäsche-
 verkauf! Brautbetten! Goldene
 Taschenuhren! Wanduhren! Ketten-
 answahl! Ringanstrahl! Plüsch-
 schaden! Steppdecken! Röh-
 renmaschinen! Kleiderstoffe! Plüsch!
 Auerkauf! Hermannplatz 6, Sonn-
 tags geöffnet. *1102*

Kinderwagen, neu, bringend,
 16,00. Wägel, Tregerstraße 25.

Engermaschine billig Kraut-
 straße 6, 1. Ausgang, Seitenfügel III
 rechts. 14955*

Restaurant mit Babstzellen um
 Ränderherber verkauft billig. Wolden-
 bergerstraße 19. 14945

Restaurant mit Vereinszimmer
 und anstehender Wohnung, Fabrik-
 lieferung inkl. Piano, Billard, Spiel-
 automaten, Preis 25,00 Mark. Zu er-
 fragen Petersburgerplatz 4, Expedition.

Bilderrahmen, Bergolde und
 Goldbleistift, verbunden mit
 Glaseri sowie Einrahmungsgeföhr,
 Kleiderabengestalt, 5 Arbeitsräume,
 5 große Schaufel, 3 Schaufel
 an der Hausfront, 900 Mark Werte,
 aufgehende Privatbank, Umlage
 circa 12000 Mark, passend für Ver-
 goldener, Wägel, auch Kaufmann, sichere
 gute Existenz, wegen Familienverföhr-
 teil sofort billig zu verkaufen. Offerte
 „Bergolde“, Postamt S. 14. 14855

Möbel.
Kauf Teilzahlung, Möbelverkauf,
 Stube und Küche, Anzahlung 15 Mark
 an. Einzelne Möbelstücke 3 Mark an.
 Verleihen gemietete Möbel spottbillig.
 „Berolina“, Kottbusstraße 49. 11045*

Billige Möbel aus Versteigerungen
 Aufhängen, Schränke, Vertikos, Schreib-
 tische, Tische, 45,-, Büfette, Schreib-
 tische 35,-, Schrank 58,-, Bier-
 zugsch 68,-, Lederstuhl 12,-,
 Truhen 30,-, Bettstellen, Tische,
 Garnituren, bunte Röhren 55,-,
 enorm große Auswahl kompletter
 Wägel jeder Art, billiger als
 überall. Alles Gelegenheitskäufe.
 Ziemer's Möbelgeschäft, Kottbus-
 straße 55. 11215*

Brautleute, Schlafzimmer, Wohn-
 zimmer, umfänglich, Stallstraße
 50, Hof II, Bernauer. 11585*

Kleiderständer, Vertiko, Sofa spott-
 billig Drantenstraße 126, II. 11595*

Wahagioni Truhen, englische
 Wägelarbeiten 35, Schallongue, sehr
 hübsch gedachte Spinden, Bettstellen,
 Matrassen, großer Kasten, Fußboden-
 ständer, Spiegelverkleidung, nur Gelegen-
 heit, Hauptstraße 112, Lazarus.

Wollen Sie gerade jetzt eine ein-
 lade oder bessere Wohnung? Ein-
 richtung, aber trotzdem gute, reiche
 Möbel kaufen. Sie müssen die
 Kottbusstraße 26, Schönhauser Tor,
 hingeben. Zum Beispiel: Kottbus-
 konkurrenzlos komplette Wohnungs-
 einrichtung mit moderner Küche,
 drei Kammern, zusammen 250 Mark,
 bessere 350, 400, 525, 600-1500 Mark.
 Speisezimmer, eichen, mit 6 Leder-
 stühlen, komplett 500, bessere 675,
 schwere 780-2000. Derrenzimmer,
 Solons, Schlafzimmer, moderne
 Röhren 65-200. Beschäftigung in
 6 Tagen. Geöffnet 8-1/2, Sonn-
 tags 8-2 ununterbrochen. Verkauf
 nur Kottbusstraße 26, Schön-
 hauser Tor. 14425*

Möbel saunend billig. In meiner
 seit 1890 bestehenden Möbelfabrik,
 Gneisenaustraße 15, am Dollen
 Tor, bietet sich augenblicklich Ge-
 legenheit, in Folge Raummangel,
 Möbel zu noch nie dagewesenen
 billigen Preisen zu kaufen, und sollten
 Brautleute, Pensionate usw. nicht ver-
 säumen, ihre Möbel schon jetzt zu
 kaufen, da auch unter anderem 20
 zurückgesetzte und wenige gebrauchte
 Einrichtungen am Lager stehen. Be-
 schäftigung ohne Kaufzwang. Teil-
 zahlung gestattet. Beamtin ohne
 Anzahlung. Ich helfe schon Wirt-
 schaften zu 140,-, 190,-, 250,-,
 300,-, 400,- Mark, eleganter bis
 10000 Mark. Röhrenbühne 90,-,
 Bänke mit Säulen 85,-, Wägel-
 bettstelle mit Patentmatratze 65,-,
 Wägellette mit Marmor 23,-,
 Wägelverkleidung, Wägelstühle 27,-,
 Säulentrumeau 23,-, elegante
 Schreibische mit Aufsatz 35,-,
 Tischchen mit Aufsatz 23,-, große
 Sprungbühnenmatratze 23,-, große
 Garderobenschrank 35,-, Kuchent-
 stellen 21,-, Sofa 32,-, modern
 gefestigte Röhren 68,-. Augenblick-
 lich am Lager befindliche Derrenzimmer,
 Schlafzimmer, Speisezimmer, ge-
 branter Altkammern, Empfindung
 spottbillig. Verkaufte Möbel werden
 bis zur Lieferung kostenlos auf-
 bewahrt, durch eigene Geföhr-
 geleitet. Sonntags bis 2 Uhr ge-
 öffnet. Bitte genau auf Haus-
 nummer 15 achten. 10828*

Leiter Konat. Wegen Aufgabe
 mehrerer Lageräume sofort Kuchent-
 stühle, Kuchentische, Säulen-
 trumeau, Plüschsofa, viele Kleider-
 stühle, Vertikos, Garnituren, Leder-
 stühle, Bettstellen, Büfette, Schreib-
 tische, Kuchentische, Umbau, Schall-
 longue, moderne Röhren. Solange
 der Vorrat reicht. Nur alles gute
 Möbel. Geöffnet 8-1/2, Sonntag
 8-2 ununterbrochen. Verkauf nur
 Kottbusstraße 26, Hof, Speicher.
 Beschäftigung 6 Tagen. 14425*

Metallbetten, Kinderbettstelle,
 spottbillige Kaufgelegenheit. Rappold,
 Ritterstraße 90 III. 10775*

Durch bedeutende Geschäftser-
 größerung und riesige Masseneinkäufe
 nur kurze Zeit: Kleiderständer, Vertiko
 30, Truhen mit Stufe 39, Seiden-
 plüsch, Garnitur, neu 95, Plüsch-
 sofa 50, bunte Röhren 60, Schreib-
 tische 39, Schlafzimmer, Büfette,
 ganze Einrichtungen nur Brunn-
 straße 30. Hirschowitz, Tischlermeister.

Wenig gebrauchtes Röhren-
 kleiderständer, ein Sofa, zwei Röh-
 ren, Stühle zu verkaufen. Rixdorf,
 Rixdorfstraße 26, vorn II rechts.

Sofa, Kleiderständer, Spiegel mit
 Spind, Kuchentisch, Bettstelle, Ma-
 trasse billig. Höfer, Admiral-
 straße 25. 14845*

Heute und folgende Tage kommen
 folgende Kuchentische, alles fadel-
 los, fast neu, zum sofortigen Schnell-
 verkauf: Röhrenbaum, Kleiderständer
 35,-, Röhrenbaum Bettstellen mit Ma-
 trassen 40,-, Kuchentisch 8,-,
 Kuchentisch 15,-, Schreibtisch 8,-,
 Kuchentisch 4,-, Garnituren 15,-,
 Facettenspiegel 12,-, 14,-, 16,-,
 Sofa 30,-, Plüschsofa 50,-, Säulen-
 vertiko 45,-, Bilder, englische Bett-
 stellen mit Matrassen 53,-, ganz
 neu, - moderne Küche 53,-. Vorteil-
 hafte Einkaufsquelle für Brautleute,
 Pensionate usw. Böhme, Garten-
 straße 22, Hof parterre, Ecke Invaliden-
 straße, Sietzner Bahnhof. 14975*

Kleiderständer, Vertiko, zwei
 Kuchentische, Plüschsofa, Kuchentisch,
 Säulentrumeau, Kuchentische, Röh-
 renmaschine verkauft. Dierckmann,
 Dresdenerstraße 109, Duergerstraße
 parterre. *1113

Kucheneinrichtung, eichene, ver-
 kauft spottbillig Dölle, Velzgerstraße 5,
 Gartenhaus. *146

Lehrn die Kuchensprache beherrschen!
 Erfolgreich, leicht fasslichen Unterricht
 in Wert und Schrift der deutschen
 Sprache erteilt Damen und Herren
 (separat) auch abends ein tüchtiger
 und gewissenhafter Privatlehrer. Die
 Stunde kostet eine Mark. Eine Unter-
 richtsstunde wöchentlich genügt. Be-
 zugsquelle Angebots sind unter G. 4 an
 Expedition des „Vorwärts“ zu richten.

Kuchengeigenbauer E. Louvain,
 Berlin O., Joachimstraße 116, Repa-
 raturen, Tonverbesserungen preis-
 wert. 8715*

Kuchenspieler von Frau Kofsky,
 Schlichter, Rixdorfstraße 8, III.

Röhrenschneidemaschinen, sach-
 gemäß, schnell, billig, in eigener
 Werkstatt, auch außer dem Hause.
 Bellmann, Gollnowstraße 28. 9945*

Wandische Röhrenstraße 27. *

Aufholierung, Bettmatratze 4,00,
 Sofa 5,00, auch auherna Hause,
 Hofmann, Neue Königstraße 30.

Kleider, Einfachkleidung - Jah-
 gänge, andere Käufer kauft Bekker,
 Drantenstraße 138. 14775*

Gebrauchtes mahagoni Wägel-
 ständer kauft. Objekt Expedition
 Petersburger Platz 4. *129

Stellenangebote.
Automobil - Betrieb - Geföhr,
 Hannoverstraße 5, bildet geeignete
 Leute zu Automobilführern aus
 und stellt solche nach Bedarf unter
 Vorbehalt ein. Lehrgeld 50 Mark. *

Kuchenschwede, selbständige, ver-
 langt Klame, Charlottenburg, Schiller-
 straße 97.

Kaufmann - Lehrling bei hoher
 Vergütung für das Bureau einer
 hiesigen Fabrik bald gesucht. Gehalt
 O. 2 Hauptexpektion. 11498*

Schlosserlehrling bei hoher Ver-
 gütung zum 1. Oktober gesucht. Willi
 Baum, Herzhof, Berlin SO. 26,
 Elisabeth-allee 5/6. 11485*

Gärtner und Dreherlehrlinge (so-
 wie einen Formelehrer) stellt unter
 günstigen Bedingungen ein: Karl
 Willig, Brongewarenfabrik, O. 98,
 Wöhrstraße 20. 10595*

Einpater verlangt Goldschmied-
 fabrik, Postamtstraße 5. *172

Silbermalter verlangt Bögel,
 Charlottenburg, Wilmersdorfer-
 straße 190. *111

Härter und Wägel verlangt so-
 fort G. Kuchel's Fabrik und
 Wägel, Reichenstraße, Hainersdorfer-
 straße 10. *141

Kleidermacher, Sonnabends, Sonn-
 tags, verlangt Brüssel, Feldenfeld-
 straße 20. *129

Im Arbeitsmarkt durch
 besonderen Druck hervorgehobene
 Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Tüchtige Handwerker
 auf breite Ware suchen bei hohen
 Honorarien
Neumann & Lehmann,
 Dresden bei Frankfurt a. d. Oder.

Annahme-Stellen
 für „Kleine Anzeigen“.

Zentrum:
 Fritz Zinke, Rauterhoff, 59.
 H. Bahnsch, Auguststraße 59.

Westen:
 G. Schmidt, Rixdorfstr. 14

Osten:
 W. Mann, Petersburgerplatz 4.
 R. Wengels, Hainersdorferstr. 3.
 Gustav Vogel, Kottbusstr. 53.

Nordosten:
 E. Zucht, Immanuelstraße 12.
 J. Mehl, Barnimstr. 42

Norden:
 G. Masche, Uferstr. 36.
 F. Trapp, Sietznerstr. 10.
 Karl Ward, Kottbusstr. 123.
 Karl Weide, Kottbusstr. 42.
 R. Dehne, Kottbusstr. 24.
 G. Vogel, Kottbusstr. 87.
 H. Zieg, Invalidenstr. 124

Nordwesten:
 Karl Anders, Salzweidestr. 2.
 Wacker, Kottbusstr. 22

Südwesten:
 G. Werner, Gneisenaustr. 72.
 Dehne, Kottbusstr. 27.

Süden:
 St. Gris, Pringelstr. 31.
 Rich. Schmidt, Kottbusstr. Damm 6

Südosten:
 Paul Böhm, Kottbusstr. 14/15.
 V. Porich, Engelstr. 15.

Charlottenburg:
 G. Schardor, Seitenstraße 1

Friedrichshagen:
 O. Seitel, Kronprinzenstr. 59

Rixdorf:
 W. Sehnrich, Rauterhoff, 7.
 Gontab, Hermannstr. 50.

Kottbusburg:
 H. Rosenkrantz, Alt-Borghagen 56

Schöneberg:
 W. Bäumer, Rixdorfstr. 51

Weißensee:
 G. Fuhrmann, Sedanstr. 105.
 Jul. Schiller, König-Chauffee 89a

Reinickendorf:
 P. Gurisch, Gröbenweg 48

Treptow: 245/2
 R. Gramenz, Rixdorfstr. 412

Vermietungen.

Wohnungen.
Prächtige Balkonwohnungen billig
 sofort Soldmerstraße 32/34. 11025*

Stube und Küche, hell und freund-
 lich, Puttkamerstraße 3. 14805*

Kuchenschneiden! Beachtungen,
 sofort, später, große, trockene, veno-
 vierte Räume, Bad, eigenes Klosett
 und Korridor (Wägelstube), drei
 Zimmer 45,-, zwei Zimmer 27,-,
 ein Zimmer 20,- Kolonnenstr. 68/69.
 Noch billigere Kleinwohnungen! Witten-
 berg, Kottbusburgerstraße 38; Rix-
 dorfer, Kottbusstraße 15. 199/17*

Hofwohnung billig Rixdorf-
 straße 18. *129

Stube, Küche, Korridor 1. Oktober
 zu vermieten, 22,50 Mark. Kuchentisch
 beim Rixdorfstr. 15. *129

Vergnügungshaus zwei Zimmer,
 Küche, Speisezimmer, Bad, Balkon
 vermietet. Bis April billiger. Kreuz,
 Sprengelstraße 33, Eingang Samon-
 straße. *159

Schlafstellen.

Schlafstelle für einen oder zwei
 Herren zu vermieten bei Frau
 Belwert, Schreinerstraße 14, Hof III.

Mietsgesuche.

Leeres Zimmer sucht ältere Dame
 bei besserer Familie, nur Borden-
 oder Gartenhaus. Offerten „Ostern“,
 Postamt SW. 61 erbeten. 14835

Möbliertes Zimmer, separat,
 sucht Herr sofort, 15-20 Mark. Küche
 halbes oder Kottbusstr. Tor. Offerten
 „Zimmer“, Postamt 61. 14965*

Einfach möbliertes Zimmer, be-
 vorzugt Küche Köchler Bahnhof, zum
 15. 9. Offerten unter O. E., 3055
 amt 33. 14995*

Stellengesuche.

Blinder Buchhalter bietet am
 Abend. Stühle werden abgeholt und
 zurückgebracht. U. Wägel, Wägel-
 straße 27. 14685

Musikerin sucht Beschäftigung,
 Tag 1,75. Pöhl, Wägelstr.
 12. 1442

Verschiedenes.

„Zamelherd“ Volkstänzer-Gesell-
 schaft (Moderne Humorsitten) Sietzner-
 straße 57. *191

Abendkurse zur Ausbildung von
 Technikern und Werkmeistern für
 Elektrotechnik und Maschinenbau.
 Prospekt frei. Technische Akademie
 Berlin 45, Rauterhoffstraße 100. *

Variantenwahl Bessel, Wägel-
 straße 9a. 2555*

Teilnehmer an einem englischen
 Jüdel (monatlich 4 Mark) werden ge-
 sucht. Privatstunden für Anfänger
 und Fortgeschrittene werden erteilt.
 G. Swiento, Schöneberg, Sedan-
 straße 57, III. 10085*

Lehr- und Arbeitsburschen
 im Alter von 14-16 Jahren verlangt sofort der
Arbeitsnachweis,
 Zimmer 48.
 Geöffnet von 7 Uhr morgens bis bis 6 Uhr abends.